

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn



Jahresbericht

2001



Inhalt

Vorwort.....	3
Der Internationale Beirat des ZEI.....	4
Forschung und Beratung.....	5
Forschungsgruppen im Überblick.....	5
Forschungsgruppe I „Institutionen und Institutionenentwicklung in Europa“.....	7
Forschungsgruppe II „Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik“.....	14
Forschungsgruppe III „Makroökonomische Politik und Institutionen“.....	20
Forschungsgruppe IV „Europäische Arbeitsmärkte und Systeme der sozialen Sicherung“.....	23
Forschungsgruppe V „Erweiterung der Europäischen Union“.....	25
Forschungsgruppe VI „Europas Rolle in der Welt“.....	32
Forschungsgruppe VII „Europäische Identität und Dialog der Kulturen“.....	35
Weiterbildung.....	43
Master of European Studies.....	43
Transatlantic Summer Academy.....	45
Junior Fellows Programm.....	45
Bonn Graduate School of Economics.....	46
ZEI Summer School in International Macroeconomics, Money and Finance.....	46
Summer School on European Telecommunications.....	47
Sonstige Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen.....	48
Zentrale Koordination.....	50
IWB-Geschäftsführung.....	50
Öffentlichkeitsarbeit, Information und Dokumentation.....	50
ZEI im Überblick.....	52
Organisation und Ansprechpartner (Organigramm).....	52
Mitarbeiter und Fellows.....	53
Ausgewählte Veranstaltungen.....	58
Publikationen.....	61
Kooperationspartner.....	67
ZEI Pressespiegel (Auswahl).....	70

Vorwort

Der Prozess der europäischen Integration schreitet weiter voran. Das Jahr 2001 war insbesondere von den Vorbereitungen auf das Ende der nationalen Währungen und die Einführung des Euro-Bargelds geprägt. Gleichmaßen wurden im Berichtsjahr durch die Vorbereitungen auf die Erklärung von Laeken die Grundlagen für eine weitere institutionelle Vertiefung der Europäischen Union geschaffen. War das Gipfeltreffen des Europäischen Rates in Nizza das markante europäische Ereignis des Jahres 2000, so können in jüngster Zeit die Erklärung von Laeken und die damit einhergehende Schaffung des „Konvents zur Zukunft Europas“ als prägende Neuerscheinungen der europäischen Politik und weitere Meilensteine im Integrationsprozess begriffen werden. Der Konvent soll eine umfassende Reform der Europäischen Union ausarbeiten und so zu einer intensiven und transparenten Vorbereitung auf die Regierungskonferenz 2004 beitragen. Bundesaußenminister Joschka Fischer erklärte dazu bei der konstituierenden Sitzung des Konvents in Brüssel: „Der Konvent geht das bislang ehrgeizigste Reformprojekt der Europäischen Union an. Sein Ziel ist es, Lösungsvorschläge zu formulieren, um die Handlungsfähigkeit einer sich erweiternden Union in einer globalisierten Welt sicher zu stellen.“ In der Tat werden in der Zukunft einige Kernfragen bezüglich der europäischen Institutionen, der jeweiligen Zuständigkeiten und Instrumentarien und zur Sicherstellung der demokratischen Legitimation ihrer Entscheidungsträger beantwortet werden müssen. Antworten, die ihren „krönenden Abschluss“ nach einer weit verbreiteten Meinung wohl letztlich nur in einer Verfassung der Europäischen Union finden können, vor allem im Hinblick auf die Integration der jetzigen Beitrittskandidaten in Süd- und Osteuropa.

Angesichts seiner Komplexität bedarf der Reformprozess wissenschaftlich fundierter Unterstützung. Das gilt in gleichem Maße für den Prozess der Erweiterung der Europäischen Union, der mit der Aufnahme der ersten Gruppe von Ländern aus Mittel- und Osteuropa schon in naher Zukunft seinen ersten Höhepunkt ansteuert. Aber auch bei der Weiterentwicklung der bestehenden Europäischen Union, Binnenmarkt und Währungsunion, ist wissenschaftliche Beratung gefragt. In den damit einhergehenden Themenkreisen hat das ZEI im Berichtsjahr durch Politikberatung, Forschung und postgraduale Aus-, Fort- und Weiterbildung seine Position weiter etabliert. Dies betrifft die Beschäftigung mit dem europäischen Beihilfenrecht, den europäischen Arbeitsmärkten und die Analyse der europäischen Märkte und ihrer wettbewerbsrechtlichen Regulierungen aus ökonomischer wie rechtswissenschaftlicher Sicht. Weitere behandelte Aspekte sind die Auseinandersetzung mit sozial-ethischen und kulturwissenschaftlichen Fragen oder die Erörterungen von institutionellen Reformvorschlägen. Auch in Zukunft wird das ZEI den Integrationsprozess in allen wesentlichen wissenschaftlichen Aspekten begleiten. Das Zentrum arbeitet multidisziplinär und praxisrelevant mit Partnern aus Wissenschaft, Politik und Unternehmen zusammen.



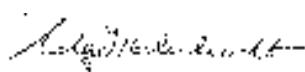
(v.l.n.r.): Prorektor Matthias Herdegen, Bundeskanzler a.D. Helmut Kohl, ZEI Direktor Ludger Kühnhardt, Programmdirektor Stefan Fröhlich und ZEI Direktor Jürgen von Hagen.

Während des Berichtsjahres hat sich das ZEI einer externen Evaluation unterzogen. Auf Veranlassung der nordrhein-westfälischen Landesregierung wurde die Arbeit und Entwicklung des ZEI durch eine wissenschaftliche Expertenkommission unter Leitung von Prof. Dr. Klaus Hänsch, dem ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments, geprüft und bewertet. Das Gutachten ist entscheidend für die weitere institutionelle und personelle Ausgestaltung des ZEI nach dem Ende des Förderzeitraumes im Jahr 2004.

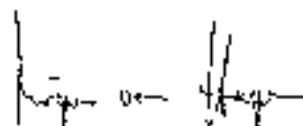
Für die Unterstützung der Arbeit des ZEI muss vielerlei Dank ausgesprochen werden. Insbesondere danken wir dem Internationalen Beirat unter Vorsitz von Bundesaußenminister a.D. Prof. Hans-Dietrich Genscher, dem Rektor und Kanzler der Universität Bonn sowie den Mitarbeitern der Universitätsverwaltung, der Stadt Bonn, dem Land Nordrhein-Westfalen und der Bundesregierung für ihre effiziente Unterstützung. Dank sagen wir auch für das wache öffentliche Interesse, das der Arbeit unseres Zentrums gilt. Unser besonderer Dank gilt vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ZEI und der Geschäftsführung des Internationalen Wissenschaftsforums Bonn (IWB), die durch ihre engagierte Arbeit am Erfolg des ZEI den größten Anteil haben.



Prof. Dr. Christian Koenig



Prof. Dr. Ludger Kühnhardt



Prof. Dr. Jürgen von Hagen

Der Internationale Beirat des ZEI

Genscher, Prof. Hans-Dietrich (Vorsitzender), ehemaliger Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Bonn

Bartoszewski, Prof. Dr. Wladyslaw, Polnischer Ex-Außenminister und Träger des Friedenspreises des deutschen Buchhandels 1996, Warschau

Bogdanov, Prof. Dr. Bogdan, Gründer und Vorstandsvorsitzender der New Bulgarian University, Sofia

Borchard, Prof. Dr. Klaus, Rektor, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn (ex officio), Bonn

Delors, Jaques, Präsident „Notre Europe“, ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission, Paris

Inotai, Prof. Dr. András, Direktor, Institut für Weltwirtschaft, Ungarische Akademie der Wissenschaften, Budapest

Issing, Prof. Dr. Otmar, Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank, Frankfurt

Kraft, Hannelore, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Maichel, Dr. jur. Gert, Vorstandsvorsitzender der RWE Power AG, Essen

Malinvaud, Prof. Dr. Edmond, Mitglied de Académie Francaise und Ehrendoktor de Universität Bonn, Paris

Masterson, Prof. Dr. Patrick, Präsident, European University Institute, Florenz

Portes, Prof. Dr. Richard, Präsident, Center for European Economic Policy Research (CEPR), London

Tenzer, Dipl.-Ing. Gerd, Mitglied des Vorstands, Deutsche Telekom AG, Bonn

von Ploetz, Dr. Hans-Friedrich, Deutscher Botschafter in Großbritannien, London

Forschung und Beratung

Forschungsgruppen im Überblick

Die Forschungs- und Beratungstätigkeit am ZEI wird in Forschungsgruppen geleistet, die sich besonderen Schwerpunktthemen widmen. In diesen arbeiten Wissenschaftler und „fellows“ aus den verschiedenen Abteilungen des Zentrums, die sich mit gemeinsamen oder ähnlichen Fragestellungen befassen. Auf diese Weise wird die multi- und interdisziplinäre Zusammenarbeit zu zentralen Fragen des europäischen Integrationsprozesses gefördert. Wie schon im Vorjahr arbeiteten am ZEI auch im Jahr 2001 sieben thematische Forschungsgruppen zu folgenden Themen:

I Institutionen und Institutionenentwicklung in Europa

Inhaltlich beschäftigt sich diese Forschungsgruppe vor allem mit der Rolle und Entwicklung der Institutionen im Rahmen der europäischen Integration. Sie widmet sich zum Beispiel dem Prozessrecht vor dem Europäischen Gerichtshof. Grundsätzlich geht es um Fragen, die die Koordination der Wirtschafts- und Fiskalpolitik der EU-Länder in der Währungsunion betreffen. Darüber hinaus beschäftigt sich die Forschungsgruppe speziell mit der Analyse der politischen, juristischen und institutionellen Rahmenbedingung für die Osterweiterung. Eine weitere wichtige Aufgabe: Sie beobachtet die Europäische Union, ihre Organisationen und politischen Parteien und macht Vorschläge für strukturelle Reformen.

II Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik

Diese Forschungsgruppe ist in vier Untergruppen gegliedert, welche sich jeweils mit sektorspezifischen Fragestellungen der Marktgestaltung und Marktprozesse im Rahmen der europäischen Integration befassen. Im einzelnen arbeiten die Gruppen zu den Be-

reichen europäisches Telekommunikations-, Pharma- sowie Wettbewerbsrecht und Umweltpolitik. Auch aktuelle Themen finden Eingang in die Forschungstätigkeit: Es werden zum Beispiel die verfassungsrechtlichen Grenzen für die Forschung an embryonalen Stammzellen erörtert.

III Makroökonomische Politik und Institutionen in Europa

Im Mittelpunkt der Arbeiten dieser Forschungsgruppe steht die Beschäftigung mit der Frage nach der Gestaltung der Fiskalpolitik der Mitgliedsländer in der Währungsunion. Die Auseinandersetzung erfolgt zum Teil im Rahmen von Studien über die Fiskalpolitik der EU in den vergangenen Jahren bzw. über fiskalische Regeln. Zudem widmet sich die Forschungsgruppe kritisch der europäischen Geldpolitik.

IV Europäische Arbeitsmärkte und Systeme der sozialen Sicherung

Die Arbeit dieser Gruppe konzentriert sich auf Fragestellungen, die das Thema Arbeitsmarkt, seine Institutionen und Probleme betreffen. Untersucht wird in diesem Zusammenhang der Einfluss der unterschiedlichen Strukturen in den EU-Ländern auf die Arbeitsmarktsituation. Dazu gehört auch die vertiefte Auseinandersetzung mit der Frage, ob eine gesamteuropäische Beschäftigungsstrategie der Heterogenität der Arbeitslosigkeit gerecht wird.

V Erweiterung der Europäischen Union

Diese Forschungsgruppe setzt sich mit Fragen auseinander, die die Erweiterung der EU betreffen. Untersucht werden wirtschaftspolitische und ökonomische Faktoren des Erweiterungsprozesses, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung der Geld- und



*Bürgerforum im ZEI
am 23. August 2001.*

Währungspolitik, aber auch des Arbeitsmarktes in den Beitrittsländern. Beobachtet wird darüber hinaus die Entwicklung der öffentlichen Meinung zum Thema „EU-Erweiterung“.

im Sinne eines intensiven Dialogs mit Politik und Praxis zu gesellschaftlich relevanten Fragestellungen. Unterstützt wird ihre Arbeit durch Foren und Arbeitsgruppen. Vorträge und Diskussionen sowie internationale Tagungen mit internationalen Fachleuten – vom ZEI durchgeführt – sorgen zudem für eine weiterführende Beschäftigung mit spezifischen Fragen.

Im Jahr 2001 fanden beispielsweise folgende Veranstaltungen statt:

VI Europas Rolle in der Welt

Mit der Rolle der EU im Kontext der weltweiten wirtschaftlichen Organisationen und den euro-transatlantischen Beziehungen beschäftigt sich diese Gruppe. Inhaltlich geht es dabei um den Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, aber auch um Kooperationen zwischen Europa und Asien in den Bereichen Bildungs- und Beschäftigungspolitik. Ein weiteres wichtiges Thema mit zunehmender Relevanz: die Auswirkungen der Terroranschläge in den USA auf die zukünftigen Aufgaben Europas.

VII Europäische Identität und der Dialog der Kulturen

Den Themen „Europäische Identität“ und „Interkultureller Dialog“ widmet sich diese Forschungsgruppe am ZEI. Dazu gehören Fragen und Probleme aus den Bereichen der Ethik und der Sprachwissenschaft; diskutiert wird darüber hinaus über den Einfluss der Religionsvielfalt auf das gesellschaftliche Zusammenleben. Die Gruppe macht auf die Notwendigkeit der interkulturellen Verständigung für ein friedliches Zusammenleben auf der Welt aufmerksam.

Die insgesamt sieben Forschungsgruppen, die in der Regel institutionen- und fächerübergreifend besetzt sind, treffen sich regelmäßig. Sie leisten einen wertvollen Beitrag

- Die „8. Transatlantic Summer Academy“, die sich interdisziplinär mit dem Thema „Euro-Atlantic Relations in the 21st Century“ beschäftigte. 30 Studenten aus Amerika und Europa diskutierten mit Experten und Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien. Zentraler Bestandteil der Sommerakademie: Exkursionen nach Straßburg, Berlin und Brüssel.
- Die „1st ZEI-VI Summer School on European Telecommunications“, die zusammen mit dem Mobilfunknetzbetreiber VIAG Interkom durchgeführt wurde.
- Der „EMU Monitor“, eine Gruppe europäischer Makroökonomien, bezog in zwei Pressekonferenzen Stellung zur Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB).
- Das „Parliament's Forum on EU Accession“, in dessen Rahmen hochrangige Vertreter der europäischen und der deutschen Politik über Öffentlichkeitsstrategien im Erweiterungsprozess diskutierten.
- Das „8. Europakolloquium“ des ZEI zum Thema „The Future of the European Integration Process: Ideas and Concepts of Candidate Countries“ mit außenpolitischen Vertretern aus Bulgarien, der Slowakei, der Tschechischen Republik, Kroatien und Litauen.
- Der internationale Workshop „Education and Employment in the Cross-Cultural Context of EU“, der vom ZEI in Kooperation mit der Sichuan Universität in Chengdu/China durchgeführt wurde. 40 Wissenschaftler und Politiker aus China und Europa nahmen daran teil.

Das Kapitel *ZEI im Überblick* listet die im Jahr 2001 gelaufenen Veranstaltungen noch einmal in aller Ausführlichkeit auf.



*Bürgerforum im ZEI
am 23. August 2001.*

Forschungsgruppe I: „Institutionen und Institutionenentwicklung in Europa“

Institutionelles Recht

Die Projektgruppe „Institutionelles Recht der Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Union“ (Leitung: Jens-Daniel Braun) befasst sich mit den Institutionen, Verfahren und Prinzipien der europäischen Integration, dem Prozessrecht vor dem Europäischen Gerichtshof, den politischen, rechtlichen und institutionellen Integrationsbedingungen für eine erfolgreiche Osterweiterung sowie mit neuen Maßstäben zur Konkretisierung des gemeinschaftsrechtlichen Subsidiaritätsgrundsatzes. Eine enge Verknüpfung der einzelnen Teilaspekte wird angestrebt.

Lehrbuch „EG-Prozessrecht“

Vier Jahre nach dem Erscheinen der ersten Auflage des Lehrbuchs „Einführung in das EG-Prozessrecht“ von Christian Koenig und Claude Sander ist nun die zweite Auflage in Bearbeitung. Darin sollen nicht nur die Änderungen berücksichtigt werden, die aus dem Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages 1997 resultieren. Vielmehr wird das gesamte Buch überarbeitet und stark erweitert. Aufgrund der nunmehr sehr umfassenden Darstellung wird das Werk ab der zweiten Auflage den Titel „EG-Prozessrecht“ tragen. Als dritter Co-Autor konnte Prof. Dr. Pechstein gewonnen werden.

Im Rahmen der Aktualisierung werden neben den Änderungen, die der Amsterdamer Vertrag mit sich brachte, auch die Fortentwicklungen auf den Gebieten Rechtsprechung und Literatur eingearbeitet. Erstmals wird in der zweiten Auflage auf den Konkurrentenschutz in Beihilfen- und Wettbewerbssachen, die Inzidentkontrolle, das Schiedsverfahren, die Kartellbeschwerde nach Art. 3 der Verordnung 17/62 und das beschleunigte Verfahren eingegangen. Darüber hinaus erfahren die durch den Amsterdamer Vertrag neu eingeführten Verfahren, wie etwa Art. 68 Abs. 3 EG und Art. 35 EU,

eine eingehende Behandlung. Gleiches gilt für die sich im Zusammenhang mit dem Vertrag von Nizza ergebenden Änderungen. Da letzterer noch nicht in Kraft getreten ist, sind allerdings noch nicht alle zukünftigen Änderungen absehbar. Dennoch werden die voraussichtlichen Entwicklungen etwa im Bereich der dem EuG „beigeordneten Kammern“ und die Auswirkungen für das Vorabentscheidungsverfahren und das Rechtsmittelverfahren skizziert.

Expertenrat Konvent

Die Arbeit des „Konvents zur Zukunft der Europäischen Union“ unter der Leitung des ehemaligen französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing wird von Seiten der nordrhein-westfälischen Landesregierung durch einen „Expertenrat der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen zur Begleitung des EU-Konvents“ unterstützt, in dem Wissenschaftler und politische Entscheidungsträger Ideen austauschen und konkrete Reformvorschläge entwickeln. In diesen Expertenrat wurde als einer der Vertreter der Europarechtswissenschaft Prof. Dr. Christian Koenig, LL.M., berufen, der von Winfried Rasbach (wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI) unterstützt wird. Einen Schwerpunkt der ZEI-Arbeit im Konvent bilden Anstrengungen zur Verbesserung des Rechtsschutzes auf EG-Ebene. Prof. Dr. Koenig kann in diesem Zusammenhang auf die Erfahrungen aus verschiedenen Verfahren vor dem EuGH, aber auch auf – etwa im Rahmen des angesprochenen Lehrbuchprojektes gewonnene – wissenschaftliche Erkenntnisse zurückgreifen. Besonderes Augenmerk wird in diesem Zusammenhang auf eine Verbesserung des Rechtsschutzes im Beihilfenverfahren gelegt. Darüber hinaus werden auch grundlegende Strukturfragen des EG-Beihilfenrechts behandelt, wie etwa das Konfliktfeld der Regionalförderung.

Kompetenzverteilung in der EU

Zu den vordringlichen Aufgaben des europäischen Konvents gehört die Reform der Kompetenzverteilung in der Europäischen Union. Im Kern geht es um die Frage, welche wirtschaftspolitischen Aufgaben auf der Ebene der Union erledigt werden müssen und welche in der Zuständigkeit der nationalen Regierungen, der Regionen und der lokalen Gebietskörperschaften liegen sollten. Kritik an der vermeintlichen Tendenz zu großer Zentralisierung der Europäischen Union haben in den letzten Jahren nicht zuletzt die deutschen Bundesländer geübt. Sie sehen in der Politik der Europäischen Kommission, beispielsweise gegenüber Landesbanken und kommunalen Versorgungsbetrieben, eine unangemessene Einschränkung ihrer Handlungsfreiheit.

In der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion wird die Kompetenzverteilung unter dem Stichwort „Fiskalischer Föderalismus“ diskutiert. Traditionell geht es in der ökonomischen Analyse um Effizienzgesichtspunkte in der Versorgung mit öffentlichen Gütern. Erst in den letzten Jahren haben Aspekte der Politischen Ökonomie in der Debatte an Gewicht gewonnen. Die neueren Arbeiten zu diesem Thema betonen u.a. die Rolle des Subsidiaritätsprinzips. ZEI Direktor Jürgen von Hagen und der französische Wirtschaftswissenschaftler Jean Pisani-Ferry, Leiter des Conseil d'Analyse Economique des französischen Ministerpräsidenten, diskutieren in einer gemeinsamen Arbeit die Grundsätze der Kompetenzverteilung in Europa. Sie argumentieren, dass der prozedurale Aspekt der Kompetenzverteilung, d.h. die Gestaltung des Verfahrens zur Änderung der Kompetenzverteilung, wichtiger ist als die Definition eines Kompetenzkatalogs, wie er von den deutschen Ländern gefordert wurde. Pisani-Ferry und von Hagen stellten ihre gemeinsame Arbeit im Oktober einem Workshop des Conseil d'Analyse Economique in Paris vor und diskutierten im November mit Vertretern des Bundesministeriums der Finanzen und des Auswärtigen Amtes über ihre Analyse.

Wirtschaftspolitischer Wettbewerb

In der wirtschaftspolitischen Debatte um die institutionelle Entwicklung der EU nimmt die Frage nach dem Verhältnis der verschiedenen wirtschaftspolitischen Systeme in den Mitgliedsländern breiten Raum ein. Einerseits geht es um die Frage, inwieweit die Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsländer im Wettbewerb zueinander stehen können oder harmonisiert und koordiniert werden müssen. Andererseits stellt sich die Frage, ob ein fiskalischer Verbund der Mitgliedstaaten der Währungsunion nach dem Muster des deutschen Finanzausgleichs zur Sicherung von Beschäftigungsstabilität in den einzelnen Mitgliedsländern notwendig ist. Weitere Aspekte der Debatte befassen sich mit dem Problem des Steuerwettbewerbs in Europa sowie mit der Entwicklung der lokalen Gebietskörperschaften in Europa und ihrem Verhältnis zu den übergeordneten politischen Ebenen in der Union. Die Abteilung leistet seit 1997 mit ihrem breit angelegten Forschungsprogramm Beiträge zu diesen Fragen.

Die Diskussion um Wettbewerb versus Harmonisierung der wirtschaftspolitischen Ansätze und Systeme in der EU widmet sich der Frage, wie z.B. unterschiedliche Systeme der Arbeitsmarktregulierung in den Mitgliedstaaten nebeneinander bestehen können. Populäre Argumente behaupten, die europäische Integration führe zum Wettbewerb der Systeme, ähnlich dem Marktwettbewerb zwischen den Anbietern eines Gutes. Die Analogie führt zu dem Schluss, dass sich das jeweils beste wirtschaftspolitische System bewährt.

Die Marktanalogie hält jedoch näherer Überprüfung nicht stand. Anders als auf Märkten für Güter- und Dienstleistungen, gibt es im Wettbewerb der wirtschaftspolitischen Systeme keine klaren wirtschaftlichen Anreizstrukturen und keine wohldefinierten Zu- und Austrittsrechte. Dr. Martin Seidel, Senior Fellow am ZEI, hat sich in mehreren Beiträgen mit dem Problem einer angemessenen Wettbewerbsordnung für den Systemwettbewerb auseinandergesetzt. Auch Senior Fellow Klaus Büniger befasste sich in seinem Aufsatz über Systemwettbewerb als

ordnungspolitisches Problem mit diesem Thema. Er gab überdies eine Stellungnahme anlässlich einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Europa und Eine-Welt-politik des Landtags NRW dazu.

Koordination der Wirtschaftspolitik in der Währungsunion

Die EU hat zur Koordination inzwischen eine Reihe von Mechanismen geschaffen – wirtschaftspolitische Richtlinien, den Luxemburg-, Cardiff- und Köln-Prozess –, die unterschiedliche Aspekte der Wirtschaftspolitik abdecken. Inwieweit diese Mechanismen jedoch dazu beitragen, eine konsistente Wirtschaftspolitik zu liefern, ist umstritten.

Susanne Mundschenk und Jürgen von Hagen arbeiten in einem gemeinsamen Projekt an der Analyse der wirtschaftspolitischen Aspekte dieser Frage. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist die Entstehung von wirtschaftspolitischen „Klubgütern“ in der Europäischen Währungsunion. Klubgüter sind wirtschaftspolitische Größen wie der gemeinsame Wechselkurs und die gemeinsame Inflationsrate, an denen alle Teilnehmer der Währungsunion gemeinschaftlich partizipieren. Sie erfordern eine neue Definition wirtschaftspolitischer Verantwortlichkeiten in der Währungsunion. In einem im März 2001 bei einer Konferenz der Europäischen Kommission vorgetragenen Beitrag über die Herausforderungen an die Wirtschaftspolitik in der Wirtschafts- und Währungsunion zeigen Mundschenk und von Hagen, dass die bisherigen Mechanismen und Prozesse zu wenig auf die speziellen Probleme der Währungsunion zugeschnitten sind. Aufgrund ihrer institutionellen Gestaltung ist zu vermuten, dass diese Prozesse weitgehend ineffektiv bleiben werden. Dies liegt nicht zuletzt an der Beschränkung der Koordination auf den bloßen Austausch von Absichtserklärungen und der mangelnden Möglichkeit zu bindenden Absprachen.

In einem Konferenzbeitrag für die schwedische Parlamentskommission zur Wirtschaftspolitik in der EWWU untersuchen Mundschenk und von Hagen die Politische Ökonomie der Koordination der Wirtschaftspolitik in der Währungsunion. Ihre Untersu-

chung betont den Unterschied zwischen einer langfristigen und einer kurzfristigen wirtschaftspolitischen Perspektive. Langfristig sind in der Währungsunion Preisniveau und Beschäftigungsniveau voneinander unabhängig. Es besteht keine Notwendigkeit zur Koordination der Wirtschaftspolitik zwischen den Mitgliedstaaten der EWU und zwischen ihnen und der EZB. Kurzfristig ergeben sich aber aufgrund von Lohn- und Preisrigiditäten Zielkonflikte zwischen einer auf Preisstabilität ausgerichteten Geldpolitik und einer nationalen, auf ein stabiles Beschäftigungsniveau ausgerichteten Finanzpolitik. Die Untersuchung zeigt insbesondere, dass bei einer streng am Ziel der Preisstabilität ausgerichteten Geldpolitik der EZB die nationalen Finanzpolitiken der Mitgliedsländer der Währungsunion in einem Wettbewerb um ein kurzfristig gegebenes Volumen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage im Euroraum stehen. Dieser Wettbewerbswettbewerb führt dazu, dass unkoordinierte Wirtschaftspolitik ineffizient ist. Hier wird offenbar, dass die Gestaltung der wirtschaftspolitischen Institutionen in der Währungsunion von dem Paradigma der langen Frist geleitet war, in der Geld- und Fiskalpolitik unabhängig agieren konnten. Inwieweit diese Leitvorstellung für die praktische Wirtschaftspolitik in der Währungsunion tragfähig ist, bleibt eine offene Frage.

Fiskalpolitik und regionale Schocks in der Währungsunion

Im Rahmen dieser Forschungsgruppe befassen sich Wirtschaftswissenschaftler auch mit der Frage, ob eine Währungsunion, wie sie die EU inzwischen verwirklicht hat, ein System von horizontalen und vertikalen Transfers nach dem Muster des deutschen Finanzausgleichs benötigt. Es wird überlegt, ob so größere Schwankungen von Beschäftigung und Output, in den einzelnen Mitgliedstaaten mit sogenannten asymmetrischen Schocks, also divergierenden zyklischen Entwicklungen, umgangen werden können. Der amerikanische Nobelpreisträger Robert Mundell hatte schon in den 60er Jahren die Vermutung geäußert, dass eine Währungsunion derartige Transfermechanismen benötige; dieser Ansicht folgte u.a. der Delors Report von 1989.

Ein Projekt im Rahmen dieser Forschungsgruppe hat die ökonomische Analyse von Transfermechanismen in einer Währungsunion zum Ziel. Gemeinsame Arbeiten von Ken Kletzer und Jürgen von Hagen entwickeln makroökonomische Modelle einer Währungsunion, in deren Rahmen sich die Mundellsche Vermutung analysieren lässt. Sie zeigen, dass diese Vermutung differenzierter zu betrachten ist, wenn man sie außerhalb des Mundellschen Rahmens, der von Lohn- und Preisrigiditäten gekennzeichnet ist, analysiert. Die makroökonomischen und die wohlfahrtsökonomischen Effekte eines Finanzausgleichs hängen dann wesentlich von der ökonomischen Struktur der Währungsunion und von der Ausgestaltung des Finanzausgleichs ab. Diese Arbeiten demonstrieren, dass ein Finanzausgleich in der Währungsunion unter Umständen zu einer Verbesserung der Stabilität von Einkommen und Beschäftigung in den Mitgliedstaaten führen kann, dass dabei auch Konflikte zwischen der Fiskalpolitik und der Geldpolitik in der Währungsunion auftreten können. Eine gemeinsame Arbeit von Kletzer und von Hagen wurde auf einer Konferenz des UN WIDER Programms in Helsinki präsentiert und 2001 in einem Konferenzband veröffentlicht. Dipl. Volkswirt Patrick Gilles, Junior Fellow am ZEI, arbeitet diese Analysen im Rahmen seiner Dissertation weiter aus.

Verbunden mit der Frage der Versicherung gegen asymmetrische Schocks ist die Frage nach der Haftung der Europäischen Union oder ihrer Mitglieder für die Schulden eines Mitgliedstaates, der nicht in der Lage ist, seine finanziellen Verbindlichkeiten zu bedienen. Zwar enthält der Vertrag von Maastricht mit der sog. 'no bail-out'-Klausel einen Passus, der bestimmt, dass eine solche Haftung nicht verlangt werden kann. Dennoch lässt der Vertrag den Mitgliedern die Möglichkeit, für die Verbindlichkeiten eines anderen Mitglieds einzutreten. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, die ökonomischen Ursachen und politischen Determinanten von 'bail-outs' zu verstehen, d.h. Episoden, in denen Zentralregierungen Verbindlichkeiten untergeordneter Gebietskörperschaften ohne direkte Gegenleistung übernehmen. Mit dieser Problematik befasst sich ein Projekt, das Wirtschaftswissenschaftler dieser Forschungsgruppe gemeinsam mit der Inter-

american Development Bank durchgeführt haben. Dazu lieferten Forschungsgruppen aus verschiedenen lateinamerikanischen Ländern Studien über 'bail-outs' in ihren Ländern; die Abteilung organisierte zugleich ein Team von Wissenschaftlern, um eine Studie zu 'bail-outs' in OECD Ländern zu erstellen. Dabei wurden Deutschland, Italien, Schweden und Australien betrachtet. Die Ergebnisse des Projekts werden von der Interamerican Development Bank im Jahr 2002 veröffentlicht.

Gemeinsam mit Professor Jorn Rattso (Norwegian Technology University) hat am ZEI im Jahr 2001 eine internationale Forschungsgruppe mit Teilnehmern aus Norwegen, Schweden, Deutschland, Italien, Ungarn, Polen und Spanien gegründet. Sie sollen einen gemeinsamen empirischen Forschungsansatz entwickeln, unter dem lokale Gebietskörperschaften in Deutschland, Norwegen, Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik, Italien und Schweden verglichen werden können. Ein erstes Treffen fand im Dezember 2000 in Bonn statt.

Gemeinsam mit dem schwedischen Forschungsinstitut SNS veranstaltete das ZEI im Oktober 2001 einen Workshop über Probleme des fiskalischen Föderalismus und der Finanzbeziehungen zwischen lokalen Gebietskörperschaften und der Zentralregierung in Schweden. Als Teilnehmer an dem Forschungsprojekt, das Reformvorschläge zur Stärkung der lokalen Selbstverwaltung in Schweden erarbeiten soll, konnten namhafte Wissenschaftler wie Dennis Mueller (Wien), Robin Boadway (Queens University) und Howard Chernick (New York) gewonnen werden. ZEI Direktor Jürgen von Hagen stellte bei diesem Workshop die erste Fassung einer gemeinsamen Arbeit mit Matz Dahlberg (Uppsala) zum Thema „Local government in Sweden: Is there a bail-out problem?“ vor.

Krisen der Europäischen Union

In Zusammenarbeit mit der luxemburgischen Regierungsverwaltung untersuchten Experten verschiedener Wissenschaftsdisziplinen die Bedeutung von Krisen für die Entwicklung der Europäischen Union. Die Geschichte der Europäischen Integration ist dabei eine

Geschichte von Krisen und Erfolgen zugleich. Zahlreiche integrationspolitische Fortschritte wären ohne die ihnen vorausgegangenen Spannungen gar nicht möglich gewesen. Insofern sind Krisen also „die großen Einiger“, wie Jean Monnet einmal treffend bemerkt hat. Krisen und insbesondere das Krisenmanagement sind also ein inhärenter Bestandteil der europäischen Integration.

Das Ergebnis dieser Überlegungen fand Eingang in einen Sammelband über die „Europäische Union und ihre Krisen“, in welchem die verschiedenen Spannungen, die EG/EU-Europa er- und durchlebt hat, dargestellt und analysiert werden. Die zu Wort kommenden Autoren aus Politik und Wissenschaft interpretieren die einzelnen Krisen als Chancen zur Deeskalation und zur Erkundung neuer integrationspolitischer Wege für eine zukunftsorientierte Gestaltung der europäischen Idee.

Politische Parteien

Eine ähnlich länderübergreifende Initiative hat das ZEI zu den Europäischen Politischen Parteien gestartet. Wesentlich getragen wurde sie von Dr. Karl Magnus Johansson, dem Leiter des Europa-Programms der Södertörns Högskola in Stockholm, und ZEI Research Associate Dr. Peter Zervakis.

Der daraus resultierende Sammelband versucht, einen konzeptionellen Analyserahmen für das Wirken von europäischen politischen Parteien zu entwerfen. Hierbei wird besonders auf die verfassungsrechtlichen und institutionellen Voraussetzungen eingegangen, aber auch auf die praktischen Organisationsabläufe in den vier bedeutendsten europäischen Parteien. An dem Band haben Experten aus vier Ländern der EU mitgewirkt. Sie präsentierten ihre Ergebnisse vorab auf einer Tagung, die in Kooperation mit dem ZEI, am Schwedischen Institut für Internationale Beziehungen stattfand.

Kleinstaaten

Weil die Zunahme der Kleinstaaten in Europa die Europäische Union und ihre Institutionen vor völlig neue Herausforderungen stellt, musste dieser Komplex eindringlich analysiert werden. Ausgangspunkt war auch

hier das Jahr 1989. Denn der mit dem Fall der Berliner Mauer im November 1989 eingeleitete Transformationsprozess markiert nicht nur den Anfang einer neuen Phase der europäischen Geschichtsschreibung. Er signalisiert auch den Anfang einer Entwicklung, die einen ähnlich großen Einfluss auf das internationale System haben wird wie seinerzeit die durch die Entkolonisierung losgetretene Welle von Staatengründungen.

Bedingt durch die Ereignisse von 1989 und die politischen Nachbeben, die sie vor allem im Osten und Südosten des Kontinents ausgelöst haben (Zerfall der Sowjetunion, Auflösung Jugoslawiens), sind in Europa in weniger als zehn Jahren 22 neue Staaten entstanden. Gab es vor 1989 in Europa 35 Staaten, so sind es heute – gemäß OSZE – insgesamt 53. Europa hat innerhalb von wenigen Jahren ein völlig neues geopolitisches Outfit bekommen. Ignacio Ramonet, der Herausgeber von *Le Monde Diplomatique*, spricht angesichts dieser Staatenflut sogar von der „Genese eines sechsten Kontinents“. Die meisten dieser neuen bzw. neu gegründeten Staaten sind klein, mit einer Bevölkerungszahl zwischen zwei und 15 Millionen. Diese regelrechte Kleinstaaten-Inflation in Europa stellt nicht nur die Europäische Union und ihre Institutionen vor völlig neue Herausforderungen. Sie konfrontiert auch die neuen bzw. neu gegründeten Staaten selbst mit zahlreichen Problemen. Der rasante Anstieg der Anzahl kleiner Staaten in Europa hat auch der Kleinstaaten-Forschung zu einer „Renaissance“ verholfen. Der Mutation Europas zum Kleinstaaten-Kontinent wird seit einiger Zeit auch in den Sozialwissenschaften wieder verstärkt Rechnung getragen. Denn Kleinstaaten sind zu Beginn des 21. Jahrhunderts keine sympathischen Anachronismen mehr, sondern wichtige Akteure im internationalen System.

Regionale Zusammenarbeit

Bedingt durch die fortschreitende politische und wirtschaftliche Integration der EU wird der Charakter der innereuropäischen Grenzen wie auch die Zusammenarbeit zwischen den Regionen Europas einem nachhaltigen Wandel unterworfen. Daran wird sich auch künftig wenig ändern. Wie jedoch sieht die zukünftige Zusammenarbeit aus? Dieser Fra-

ge geht das ZEI in einer Publikation nach, die Anfang 2002 erschien: Xuewu Gu (Hrsg.): Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Regionen der Europäischen Union. Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2002 (Band 39 der „Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung“). Aufbauend auf grundlegenden Darstellungen zum rechtlichen Rahmen der regionalen Zusammenarbeit sowie zum allgemeinen Charakter der Grenzen innerhalb der EU bietet der Sammelband eine Analyse in ausgewählten Politikfeldern. Untersucht werden z.B. Innen- und Rechtspolitik, regionale Strukturpolitik und Umweltschutz. In einem besonderen Teil wird die Zukunft dieser transregionalen Zusammenarbeit aus der Sicht verschiedener nationaler und europäischer Institutionen beleuchtet.

Nationale Parlamente

Zu einer besonders ergiebigen wissenschaftlichen Kooperation zwischen dem ZEI und dem Jean-Monnet-Lehrstuhl der Universität Köln kam es aufgrund einer Studie über die Rolle der nationalen Parlamente im Prozess der europäischen Integration seit dem Maastrichter Vertrag: Wie haben die Parlamente auf den weiteren Transfer „ihrer“ Zuständigkeiten auf die europäische Ebene reagiert? Prof. Dr. Wolfgang Wessels, Jean-Monnet-

Chair an der Universität Köln und Senior Fellow am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) in Bonn, konnte ein internationales Team ausgewiesener Experten gewinnen, um die nationalen Anpassungs- und Europäisierungs-

prozesse in allen 15 EU-Mitgliedstaaten zu analysieren. Die Autoren beleuchten u.a. die Möglichkeiten einer effektiven Rückbindung der europäischen Entscheidungszyklen. Besonders Augenmerk richtet das Buch auf die Chancen und Defizite der Europaausschüsse in den Parlamenten der Mitgliedstaaten.

Europapolitik in Schweden

Schließlich gelang es der Forschungsgruppe, mit Martin Weber einen Experten zu gewinnen, der die unterschiedlichen Ebenen der Institutionenproblematik am konkreten Beispiel „Schweden“ veranschaulichen und weiter problematisieren konnte. Einerseits wollen die Schweden ihren nationalen Wohlfahrtsstaat auf supranationaler Ebene neu schaffen, eine glaubwürdige Neutralitätspolitik vertreten sowie die Deregulierung weiter vorantreiben. Andererseits sollen das nationale Selbstbestimmungsrecht beibehalten, an europäischer Außen- und Sicherheitspolitik teilgenommen und eine Vergemeinschaftung der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Umweltpolitik verwirklicht werden. Die Ergebnisse dieser von Junior Fellow Martin Weber zugleich als Dissertation an der Albert-Ludwigs Universität (Betreuer: Prof. Dr. Ludger Kühnhardt) verfassten Untersuchung sind publiziert in: Martin Weber: Schweden und die Europäische Union. Europadebatte und Legitimität. Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2001, (Band 47 der „Schriften des Zentrum für europäische Integrationsforschung“). Weber untersucht darin die Hintergründe der teils widersprüchlichen schwedischen Europapolitik anhand einer Analyse der vor dem EG/EU-Beitritt Schwedens geführten Europadebatten. Er weist nach, dass es nicht gelungen ist, der schwedischen Bevölkerung zu vermitteln, wie die für das Land grundlegenden legitimitätsstiftenden Faktoren widerspruchsfrei den Anforderungen des europäischen Integrationsprozesses anzupassen sind.

European Governance

Mit dem Erscheinen des so genannten Weißbuchs zum europäischen Regierungshandeln („European Governance“) am 25. Juli 2001 nahm sich die Europäische Kommission viel vor: Sie wollte das Problem der demokratischen Verantwortlichkeit und der Verbesserung des demokratischen Entscheidungsprozesses in der EU angehen. Im Weißbuch zählt die Kommission dazu fünf Prinzipien „guten Regierungshandelns“ auf: Offenheit, Teilhabe, Rechenschaftspflicht, Handlungsfähigkeit und Transparenz. Obwohl ein beachtlicher, wenn auch verspäteter Versuch zur Verbesserung europäischen Regierungs-

Workshop in Brüssel am 13. November 2001 zu „European Governance“.



handelns unternommen werde, scheitere das Weißbuch an dem Anspruch, eine substantielle Lösung für den demokratischen Legitimationskonflikt in der Europäischen Union anzubieten. Trotz der genauen Analyse der Quellen wachsender Entfremdung zwischen EU-Politik und EU-Bürger gehe das Dokument nur unzureichend auf die Herausforderungen von Transparenz und Bürgernähe der europäischen Institutionen ein. So der überwiegende Tenor einer Diskussionsveranstaltung. Organisiert wurde dieses erste öffentliche Forum in Brüssel vom Zentrum für Europäische Integrationsforschung in Zusammenarbeit mit Europa 2020 und der Landesvertretung Nordrhein-Westfalens in Brüssel. Die halbtägige Veranstaltung fand am 13. November 2001 in den repräsentativen Räumen der NRW-Landesvertretung statt. Am Forum nahmen teil: Vertreter europäischer Forschungsinstitute, der gegenwärtigen belgischen EU-Präsidentschaft, der Vertreter Romano Prodis sowie Teilnehmer aus den Vertretungen der europäischen Regionen und verschiedener Institutionen in Brüssel.

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe (Auswahl)

Bürger, Klaus: „Vorrang für Systemwettbewerb“, in: Lüder Gerken und Otto Graf Lambsdorff (Hrg.), *Ordnungspolitik in der Weltwirtschaft*. Baden Baden, 2001.

von Hagen, Jürgen und Kenneth K. Kletzer: „Monetary Union and Fiscal Federalism“, in: Charles Wyplosz (ed.), *The Impact of EMU on Europe and the Developing Countries*. Oxford, Oxford University Press, 2001.

Kühnhardt, Ludger: „Discussions: Elections in the EU and the ongoing democratic deficit“, in: Deutsch-Englische Gesellschaft (Hg.), *Europe: Opportunities and New Uncertainties. The 51st Königswinter Conference*. Berlin 2001, Seite 21 ff.

Kühnhardt, Ludger: „Die Charta der Grundrechte als erster Schritt zu einer Verfassung? Die vereinigten Staaten von Europa: Zukunftsvision zwischen Staatenbund und Bundesstaat“, in: *Das Parlament*, 51. Jahrgang, Nr. 112 / 2001, 12. Januar 2001, Seite 2.

Mundschenk, Susanne und Jürgen von Hagen: „The Functioning of Economic Policy Coordination in Europe.“, in: A. Sapir und M. Buti (Hrg), „*EMU and Economic Policy in Europe: The Challenge of the Early Years*.“ London: Edward Elgar Publishing im Druck.

Zervakis, Peter: „The Greek Diaspora in the United States and American Involvement in Greece after World War II“, in: *Modern Greek Studies Yearbook*, Bd. 14/15, 1998/1999, S. 213-240.

Forschungsgruppe II: „Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik“

Europäisches Kommunikationsrecht

Die Forschungsgruppe „Europäisches Kommunikationsrecht“ beschäftigt sich vorrangig mit rechtlichen Fragestellungen der gemeinschaftlichen Regulierung der Kommunikationsmärkte. Einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt bildete hierbei der 1999 von der Kommission eingeleitete Review-Prozess des europäischen Telekommunikationsrechts, der Ende 2001/Anfang 2002 mit der Verabschiedung eines neuen Telekommunikations-Rechtsrahmens der EG einen Abschluss gefunden hat. Die Arbeit der Projektgruppe spiegelt sich für das Jahr 2001 nicht nur in einer umfangreichen Publikationstätigkeit, sondern auch im Kontakt mit Wissenschaft und Praxis durch Veranstaltungen und Beratungstätigkeiten auf formeller und auf informeller Ebene wider.

Publikationen

Einen Schwerpunkt im publizistischen Bereich bildete im Jahr 2001 die Fertigstellung eines Handbuchs zum Europäischen Telekommunikationsrecht. Dieses in englischer Sprache im Sommer 2002 erscheinende Werk kommentiert sowohl den derzeit noch geltenden Rechtsrahmen als auch die gerade verabschiedeten neuen gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben. Erstmals wird darin erschöpfend das gesamte europäische Telekommunikationsrecht unter besonderer Berücksichtigung der wettbewerbsrechtlichen Bezüge dargestellt und bewertet. Sämtliche Mitarbeiter der Forschungsgruppe sind als Co-Autoren an diesem Werk beteiligt, das in Zusammenarbeit mit dem Senior Fellow Dr. Bartosch entstand.

Einen weiteren inhaltlichen Schwerpunkt stellten eine Reihe von Aufsätzen zu verschiedenen Problemen der UMTS-Versteigerung dar. Dabei wurden die vielfältigen regulatorischen Probleme der Einführung

einer transeuropäischen Technologie einer vertieften rechtswissenschaftlichen Analyse unterzogen.

Ebenfalls im Jahr 2001 erschien eine von Prof. Dr. Christian Koenig in Zusammenarbeit mit Prof. Holznagel (Institut für Informations-, Telekommunikations- und Medienrecht, Münster) verfasste Monographie zum Begriff der wesentlichen Leistungen im Telekommunikationsrecht. Die Autoren setzten sich erstmals mit der Geltung der Essential-facilities-Doktrin im sektorspezifischen Wettbewerbsrecht der Telekommunikation auseinander.

Beratungstätigkeit

Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie entstand die Studie „Internetplattformen für den Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen – Eine wirtschaftspolitische und wettbewerbsrechtliche Beurteilung“. Die Studie wurde in interdisziplinärer Zusammenarbeit mit dem in Bad Honnef ansässigen Wissenschaftlichen Institut für Kommunikationsdienste (WIK GmbH) erarbeitet. Die WIK GmbH erstellte zunächst eine genaue Analyse der Charakteristika von Internetplattformen bzw. Marktplätzen (Entwicklung und Merkmale von B2B-Marktplätzen sowie ökonomische Treiber der Marktplatznutzung) und der damit verbundenen Effizienzgewinne.

Darauf aufbauend analysierte sie wettbewerbspolitische Aspekte der Plattformen. Anhand dieser Erkenntnisse nahm das ZEI eine kartellrechtliche Beurteilung vor, die neben den Problemen der Marktabgrenzung und -beherrschung die spezifischen Wettbewerbsgefährdungen durch B2B-Marktplätze, das Verfahren der kartellrechtlichen Aufsicht über B2B-Plattformen sowie die Probleme der technischen Standardisierung beleuchtet. Die Untersuchung wird demnächst in Buchform erscheinen.

Veranstaltungen

Im Mai 2001 hat die Projektgruppe zusammen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie sowie dem Hochschulverbund Europaeum eine Expertenkonferenz zum europäischen Telekommunikationsrecht veranstaltet. Auf der Veranstaltung wurde eine Zwischenbilanz der bisherigen Entwicklungen und Diskussionen zur Reform des europäischen Telekommunikationsrechts unter politischen, ökonomischen und rechtswissenschaftlichen Gesichtspunkten gezogen.

Einen weiteren Höhepunkt bildete im Frühjahr 2001 die 1st ZEI-VI Summer School on European Telecommunications, die zusammen mit dem Mobilfunknetzbetreiber VIAG Interkom ausgerichtet wurde. Gut 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer – Studenten, Referendare sowie junge Berufstätige – wurden in einem einwöchigen Intensivkurs in das nationale und gemeinschaftliche Telekommunikationsrecht eingeführt bzw. hatten die Möglichkeit, ihre Vorkenntnisse zu vertiefen. Dem Grundgedanken einer Summer School folgend, Wissenschaft und Praxis zu verbinden, war die Veranstaltung in zwei große Blöcke unterteilt. Die ersten beiden Tage waren Vorträgen vorbehalten. Während der folgenden Case Days entwickelten die Teilnehmer in Gruppen Lösungsstrategien für telekommunikationsrechtliche Problemstellungen. Als Referenten wirkten sämtliche Mitarbeiter der Forschungsprojektgruppe mit. Darüber hinaus konnten Vortragende aus der unternehmerischen Praxis, der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post, dem Bundeswirtschaftsministerium, dem Bundeskartellamt sowie der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament gewonnen werden.

Europäisches Pharmarecht, Europäische Regulierung der Life Sciences

Zu den Arbeitsschwerpunkten der Forschungsprojektgruppe „Europäisches Pharmarecht, Europäische Regulierung der Life Sciences“ gehörte im Berichtszeitraum insbesondere die umfassende Analyse der rechtlichen Rahmenbedingungen für den internetgestützten

grenzüberschreitenden Arzneimittelvertrieb durch Apotheken. Darüber hinaus wurden verschiedene nationale Mechanismen zur Kostensteuerung im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung vor dem Hintergrund der Vorgaben des primären und sekundären Gemeinschaftsrechts untersucht. Des Weiteren wurden die haftungsrechtlichen Folgen etwaiger Gemeinschaftsrechtsverstöße erörtert. Die Forschungsprojektgruppe befasste sich darüber hinaus mit rechtlichen Fragen im Zusammenhang mit dem Import embryonaler Stammzellen zu Forschungszwecken. Ergänzt wurde das Tätigkeitsfeld durch Rechtsfragen im Bereich der Arzneimittelzulassung und -überwachung. Hier untersuchte die Forschungsprojektgruppe intensiv die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Änderungen der europäischen Zulassungssysteme.

Hinsichtlich des E-Commerce mit Arzneimitteln im europäischen Binnenmarkt setzte die Forschungsprojektgruppe ihre bereits im Vorjahr begonnenen Aktivitäten fort und begleitete aktiv die sich entwickelnde Rechtsprechung. Zentrale Frage war die Zulässigkeit des grenzüberschreitenden internetgestützten Arzneimittelversandes durch im Herkunftsland zugelassene Apotheken trotz entgegenstehender nationaler Verbote im Einfuhrstaat. Die Projektgruppe kam hierbei zu dem Ergebnis, dass die im EG-Vertrag festgelegte Freiheit des grenzüberschreitenden Warenverkehrs einem generellen nationalen Versandverbot für apothekenpflichtige Arzneimittel entgegensteht. Mitgliedstaatliche Verbote des internetgestützten Arzneimittelbezugs aus Apotheken anderer Mitgliedstaaten sind vielmehr nur zulässig, wenn im konkreten Fall mit diesem Bezugsweg eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit verbunden ist. Dabei ging es auch um die Frage, ob sich sozialrechtliche Pflichten auf Apotheken in anderen Mitgliedstaaten erstrecken, sowie um die Pflicht der deutschen gesetzlichen Krankenkassen, die Kosten für aus solchen Apotheken bezogene Arzneimittel zu übernehmen. Darüber hinaus wurden heilmittelwerberechtliche Fragen, die sich im Hinblick auf den Internet-Auftritt einer Apotheke stellen, ausführlich untersucht. Wichtig ist insbesondere, dass Internet-Bestellformulare, die nur die für die Bestellung erforderlichen Informationen enthalten, nicht

als verbotene Werbung eingestuft werden dürfen, da ansonsten die Transaktionsform des internetgestützten Arzneimittelbezugs praktisch unmöglich wäre. Dies würde unter anderem gegen die sog. E-Commerce-Richtlinie der EG verstoßen. Gegenwärtig sind diese Fragen im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens vor dem Europäischen Gerichtshof anhängig. Die Aktivitäten und Ergebnisse der Forschungsgruppe im Bereich des E-Commerce mit Arzneimitteln wurden durch Prof. Dr. Christian Koenig, Eva-Maria Müller und Christina Engelmann auf zahlreichen externen Veranstaltungen vorgetragen und sind Gegenstand mehrerer Veröffentlichungen. Im Rahmen eines Memorandums wurden die aktuellen rechtlichen und politischen Probleme den zuständigen Mitgliedern der Europäischen Kommission mitgeteilt. Auf Arbeitsebene erfolgt eine intensive Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Gesundheit.

Um die mit dem grenzüberschreitenden Internethandel von Arzneimitteln verbundene rechtliche wie ökonomische Problematik genauer zu untersuchen, plant die Projektgruppe gemeinsam mit Kooperationspartnern aus Deutschland und den Niederlanden die Durchführung einer Drittmittelstudie. Im Rahmen dieser Studie sollen insbesondere die Schwachstellen der gegenwärtigen Regulierung herausgearbeitet werden, um hieraus Vorschläge für zukünftige Regulierungsmodelle abzuleiten. Zur Bewerbung um eine Forschungsförderung im Rahmen des 5. EU-Rahmenprogramms wurde ein entsprechender Projektantrag bei der EU-Kommission eingereicht, über den bis Mitte 2002 entschieden wird.

Im Bereich des Arzneimittelvertriebs setzte sich die Forschungsprojektgruppe überdies intensiv mit rechtlichen Fragen des Parallelhandels und der Reimporte mit Arzneimitteln innerhalb der EG auseinander. Die großen Preisgefälle zwischen den einzelnen EG-Mitgliedstaaten stellen einen Anreiz für Großhändler dar, Arzneimittel in einem „Niedrigpreisland“ aufzukaufen und sie dann in einem Staat mit höheren Preisen gewinnbringend zu vertreiben. Da der Parallelhandel zur Vernetzung der einzelstaatlichen Märkte und damit zur Binnenmarktverwirklichung beiträgt, ist er aus der Sicht der Europäischen

Kommission wünschenswert. Gleichzeitig ist er den Herstellern der Originalpräparate ein Dorn im Auge. In diesem Zusammenhang entstehen vielfältige rechtliche Probleme, sowohl im Hinblick auf die Arzneimittelzulassung als auch hinsichtlich der Marken- und Patentrechte der Hersteller. Diese Fragen wurden ausführlich untersucht und in der Veröffentlichung „Parallelhandelsbeschränkungen im Arzneimittelbereich und die Freiheit des Warenverkehrs“ zusammengefasst.

Weitere Forschungsaktivitäten galten der Anwendung des europäischen Wettbewerbsrechts auf nationale Kostensteuerungsmechanismen in der gesetzlichen Krankenversicherung. Auch hier wurde die im Hinblick auf die Festbeträge für Arzneimittel und die Arzneimittelrichtlinien bereits im Jahr 2000 begonnene Tätigkeit fortgesetzt. Im Mai 2001 erörterte die Forschungsprojektgruppe den Einfluss des EG-Wettbewerbsrechts auf diese Steuerungsmechanismen im Rahmen eines Expertengesprächs mit dem Leiter der Grundsatzabteilung im Bundeskartellamt und Vertretern der pharmazeutischen Industrie. Innerhalb eines weiteren Projekts untersuchte die Gruppe die haftungsrechtlichen Folgen der Verstöße der Bundesrepublik Deutschland gegen das EG-Wettbewerbsrecht im Rahmen der – mittlerweile abgeschafften – Festbetragsregelung durch die Krankenkassenspitzenverbände. Die Ergebnisse dieser Untersuchung werden in der Abhandlung „Staatshaftung und Festbeträge“ aufgezeigt. Darüber hinaus wurden die Vorgaben des EG-Wettbewerbsrechts nicht nur auf den Arzneimittelbereich, sondern auch auf die Krankenhausbedarfsplanung sowie auf die Steuerung der Veranlassung labormedizinischer Leistungen angewandt. Der Artikel „Die Budgetierung von Laborleistungen im einheitlichen Bewertungsmaßstab auf dem Prüfstand des EG-Wettbewerbsrechts“ geht der Frage nach, ob Krankenkassen und Ärzte sich wettbewerbsrechtswidrig verhalten, wenn sie ein Budgetmodell schaffen, das die verschreibenden Ärzte unter Androhung von Sanktionen dazu anreizt, möglichst wenig Laborleistungen zu veranlassen.

Neben dem EG-Wettbewerbsrecht enthalten auch die Grundfreiheiten sowie die Arznei-

mittel-Transparenzrichtlinie Vorgaben für die mitgliedstaatlichen Regulierungen im Arzneimittelbereich. Insbesondere im Hinblick auf die geplante Positivliste erstattungsfähiger Arzneimittel ist aufgrund fehlender Antragsrechte der Hersteller sowie unzureichender Entscheidungsfristen und Rechtsschutzmöglichkeiten die Vereinbarkeit mit der Arzneimittel-Transparenzrichtlinie zweifelhaft. Diese Fragen wurden in mehreren Veröffentlichungen behandelt und im Rahmen eines Expertengesprächs mit dem für die arzneimittelrechtliche Regulierung zuständigen Vertreter der Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission erörtert. Außerdem war die Frage einer Öffnung der gesetzlichen Krankenversicherung für Leistungserbringer in anderen Mitgliedstaaten Gegenstand der Forschungstätigkeit. Hier enthalten die Grundfreiheiten des EG-Vertrags wesentliche Maßstäbe, die der Europäische Gerichtshof im Juli 2001 in einem Urteil erneut präzisiert hat. Die Forschungsgruppe analysierte die Ausführungen des Gerichts in diesem und anderen Urteilen und übertrug die konkrete Problematik auf die grenzüberschreitende Erbringung von Laborleistungen.

Ein weiteres Tätigkeitsfeld der Forschungsprojektgruppe sind die im Zusammenhang mit dem Import embryonaler Stammzellen stehenden rechtlichen Fragen. Hier wurden insbesondere die verfassungsrechtlichen Grenzen für die Forschung an embryonalen Stammzellen sowie Widersprüche zwischen der für inländische und grenzüberschreitende Sachverhalte geltenden Rechtslage erörtert. Im Rahmen dieser Aktivitäten nahm Prof. Dr. Koenig an der vom Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung des Landes NRW im August 2001 veranstalteten Konferenz „Perspektiven der Stammzellenforschung“ teil.

Außerdem befasste sich die Forschungsgruppe mit der Reform der Europäischen Arzneimittelzulassungssysteme. Die von der Europäischen Kommission geplanten Neuerungen werfen viele rechtliche Fragen auf. Insbesondere der Vorschlag, Arzneimittelzulassungen unbegrenzt gelten zu lassen, wurde im Vergleich zur geltenden Rechtslage untersucht und bewertet.

Europäisches Wettbewerbsrecht

Im Jahr 2001 wurde das EG-Beihilfenrecht, traditionell ein Arbeitsschwerpunkt der Forschungsprojektgruppe „Europäisches Wettbewerbsrecht“, durch den Erlass wichtiger Rechtsakte weiterentwickelt. Zusätzlich erfuhr es durch eine Fülle von Entscheidungen der EU-Kommission und Urteilen der Gemeinschaftsgerichte nachhaltige Impulse.

Wie bereits im Vorjahr bildete die Beschäftigung mit den aktuellen Fragen an den Schnittstellen zwischen dem EG-Wettbewerbsrecht und dem sehr weit gefassten Begriff der öffentlichen Daseinsvorsorge auch den diesjährigen Forschungsschwerpunkt. So konnten die bisher gewonnenen Ergebnisse vertieft und erweitert werden. Besonderes Augenmerk galt hier vor allem der Förderung öffentlicher Infrastrukturprojekte, die in jüngster Zeit vielerorts ins Visier der Europäischen Kommission gerieten. Ursache hierfür ist, dass öffentliche Infrastrukturen nicht mehr ausschließlich in eigener Verantwortung bereitgestellt werden – in diesem EG-beihilfenrechtlich unbedenklichen Fall ist regelmäßig das Tatbestandsmerkmal der Bestimmtheit nicht erfüllt –, sondern in Kooperation mit privaten Wirtschaftssubjekten finanziert und betrieben werden. Dabei werfen diese besonders häufig auf kommunaler Ebene eingegangenen Kooperationsformen (sog. Public Private Partnerships) eine Fülle neuer Fragen im Hinblick auf ihre Vereinbarkeit mit dem EG-Beihilfenrecht auf. Einige von ihnen bildeten bereits den Gegenstand ergangener Kommissionsentscheidungen und sorgten damit in der Praxis für beträchtliche Unsicherheit bei großen Investitionsprojekten. Mit der Veröffentlichung „EG-beihilfenrechtliche Beurteilung mitgliedstaatlicher Infrastrukturförderung im Zeichen zunehmender Privatisierung“ in der Zeitschrift „Die öffentliche Verwaltung“ (DÖV) konnten diese Fragen nun erstmals umfassend systematisiert und EG-beihilfenrechtskonform gelöst werden. Die gewonnenen Erkenntnisse flossen auch in den Erlass eines einschlägigen Förderprogramms des Landes Baden-Württemberg ein und dienten als Grundlage für die Erarbeitung einer einvernehmlichen Lösung zwischen dem Land und der Euro-

päischen Kommission bei der öffentlichen Mittelzufuhr an ein großes Kooperationsprojekt. Angesichts der immer größer werdenden Bedeutung einer EG-beihilfenrechtskonformen Finanzierungspraxis für Infrastrukturen wurde in der Publikation „Funktionen des Bietverfahrens im EG-Beihilfenrecht“ (EuZW 2001, 741 ff.) untersucht, inwiefern durch die konsequente Anwendung vergaberechtlicher Verfahren der EG-Beihilfentatbestand ausgeschlossen werden kann.

Die weitere Forschungstätigkeit im Bereich der Daseinsvorsorge konzentrierte sich auf das deutsche System der Finanzierung öffentlich-rechtlicher Rundfunkprogramme aus Gebühren der Rundfunkteilnehmer. Anhand der Ausführungen des EuGH in dem vielbeachteten *Preussen-Elektra*-Urteil vom März 2001 zu den Abnahme- und Vergütungspflichten für Ökostrom nach dem damaligen Stromeinspeisungsgesetz konnte in einer Veröffentlichung nachgewiesen werden, dass das System der Rundfunkgebührenfinanzierung nicht als eine staatliche Beihilfe i.S.d. Art. 87 Abs. 1 des EG-Vertrages zu werten ist („How to cut a long story short: Das *PreussenElektra*-Urteil des EuGH und die EG-Beihilfenkontrolle über das deutsche Rundfunkgebührensysteem“, ZUM 2001, 537 ff.). Da insoweit die Gebühren der Rundfunkteilnehmer von staatlicher Seite aus nicht an die Rundfunkanstalten übertragen werden, sondern lediglich der Mittelfluss zwischen den Unternehmen und den Verbrauchern hoheitlich reguliert wird, ist das EG-beihilfenrechtliche Tatbestandsmerkmal „aus staatlichen Mitteln“ mangels einer Belastung öffentlicher Haushalte nicht erfüllt. Insgesamt wurde nicht zuletzt das *PreussenElektra*-

Urteil zum Anlass genommen, die Forschungstätigkeit im Energiesektor zu verstärken. Dem diente auch eine umfangreiche Untersuchung dieses Bereichs aus der Perspektive des EG-Beihilfenrechts. Einen weiteren Schritt zur vertieften Untersuchung der Energiewirtschaft, der zugleich an die Forschungsergebnisse im Bereich der Telekommunikation anknüpfen konnte, stellte eine Untersuchung zur Zweckmäßigkeit der Errichtung einer sektorspezifischen Regulierungsbehörde in der Energie- und Transportwirtschaft dar.

Weitere Aktivitäten richteten sich auf die Beratung der Europäischen Kommission in Fragen des EG-Beihilfenrechts sowie deren Vertretung in einem Verfahren vor dem Europäischen Gericht in erster Instanz (EuG). Auch wurden die bisher gesammelten Forschungsergebnisse in einem Handbuch zum EG-Beihilfenrecht zusammengefasst, das 2002 erscheint.

Erstmals konnten die Forschungsergebnisse und die Erfahrungen aus der prozessualen und der sonstigen Beratungstätigkeit auch in den Twinning-Prozess eingebracht werden. Seit August 2001 beteiligt sich die Forschungsprojektgruppe an einem Twinning-Projekt mit Rumänien unter Verantwortung des Bundesministeriums der Finanzen. Das Projekt hat vor allem die Schulung der Beamten aus den rumänischen Wettbewerbsbehörden – dem Wettbewerbsrat und dem Wettbewerbsamt – in Fragen des EG-Beihilfenrechts, aber auch die Beratung des rumänischen Wettbewerbsrates, beim Erlass notwendiger Rechtsakte zum Gegenstand. Hierzu fand im Oktober 2001 ein Arbeitsaufenthalt von Mitarbeitern in Rumänien statt. Es wurde von der Forschungsprojektgruppe unter maßgeblicher Mitarbeit von Krzysztof Jaros und Karlis Svikis eine auf die speziellen Bedürfnisse der rumänischen Wirtschaft zugeschnittene Abhandlung über das EG-Beihilfenrecht in englischer Sprache verfasst. Dieses Werk wird gegenwärtig ins Rumänische übersetzt und soll künftig als Grundlage für die Ausbildung der Mitarbeiter verwendet werden. Schließlich fand am ZEI vom 19. bis 21. November 2001 ein Workshop zum EG-Beihilfenrecht statt, bei dem aktuelle Entwicklungen zwischen hochrangigen Wettbewerbsbeamten aus Rumänien und EG-

*Twinning-Projekt
Rumänien: (v.l.n.r.)
Dr. Andreas Bartosch,
Dr. Ulrich Schnelle,
Prof. Reimer von Borries,
Prof. Dr. Christian Koenig.*



Beihilfenrechtsexperten aus dem Bereich der Wissenschaft, den Ministerien und der anwaltlichen Beratungspraxis erörtert wurden. Die Kooperation wird im Jahr 2002 fortgesetzt.

Europäische Umweltpolitik

Professor John Maxwell, Senior Fellow der Abteilung ZEI-B, war einer der Organisatoren des Workshops über „Carbon Flows Between Eastern and Western Europe“, der am 5. und 6. Juli in Mailand stattfand. Der Workshop wurde gemeinsam von ZEI und der Stiftung Eni Enrico Mattei veranstaltet und von der Europäischen Kommission finanziell gefördert. Inhaltlich ging es um Konsequenzen der wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen Ost- und Westeuropa in der Entwicklung und Nutzung von Energieträgern, der Forstwirtschaft und der Klimaentwicklung. Ziel der Veranstaltung, an der neben Wissenschaftlern auch Vertreter der Energiewirtschaft und der Politik teilnahmen, war die Förderung des europäischen Dialogs und die Entwicklung europäischer Initiativen zur Bewältigung der gemeinsamen Herausforderungen im Bereich der Umweltpolitik. Dabei stand nicht zuletzt die Frage einer gemeinsamen Erfüllung des Kyoto-Protokolls im Vordergrund. Die Ergebnisse des Workshops, der erste in einer Serie von Arbeitstreffen zu diesem Thema, werden in einem Konferenzband veröffentlicht.



Die rumänische Delegation unter Leitung des Präsidenten des Wettbewerbsrates, Viorel Munteanu; (v.l.n.r.): Cobianu, Serdin, Patrulescu, Munteanu, Buda, Dodita.

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe (Auswahl)

Koenig, Christian, W.-H. Roth, W. Schön (Hrsg): Aktuelle Fragen des EG-Beihilfenrechts, 2001, Verlag Recht und Wirtschaft. Heidelberg, 2001, 217 Seiten (ISBN 3-8005-1271-8).

Koenig, Christian: Weichenstellungen im EG-Beihilfentatbestand „Market Economy Investor“-Test und Marktabgrenzung, in: Aktuelle Fragen des EG-Beihilfenrechts. Heidelberg, 2001.

Kühling, Jürgen: Von den Vergütungspflichten des Energieeinspeisungsgesetzes bis zur Deckungsvorsorge des Atomgesetzes: Die deutsche Energierechtsordnung im Koordinatensystem des Europäischen Beihilfenrechts, RdE 2001, Heft 3, S. 93-102.

Forschungsgruppe III: „Makroökonomische Politik und Institutionen in Europa“

Fiskalpolitik und der Stabilitäts- und Wachstumspakt

Zu den bereits im Vorfeld der EWWU und seither besonders heftig diskutierten Fragen gehört die Gestaltung der Fiskalpolitik der Mitgliedsländer in der Währungsunion. Die besonders in Deutschland vorherrschende Sorge, dass die Währungsunion zu mangelhafter fiskalpolitischer Disziplin der Regierungen führen könnte und die dadurch steigende Staatsverschuldung Inflation verursachen würde, führte in der Vorbereitung der EWU zur Aufnahme der „no-bail-out“ Klausel (Art.104b Maastrichter Vertrag) und des „Verfahrens bei übermäßigen Defiziten“. Die darin enthaltenen Bestimmungen zur Sicherung der fiskalischen Disziplin wurden anschließend durch den „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ noch weiter verstärkt.

Gemeinsam mit Andrew Hughes-Hallett (Strathclyde University) verfassten ZEI Senior Fellow Rolf Strauch und ZEI Direktor Jürgen von Hagen für die Europäische Kommission eine Studie über die Fiskalpolitik der EU-Staaten in den 90er Jahren. Die Studie bietet eine detaillierte Analyse der fiskalpolitischen Strategien und Institutionen in den Mitgliedstaaten und ihrer Auswirkungen auf die Fiskalpolitik auf dem Weg in die Währungsunion. Sie zeigt, dass der „Maastricht Prozess“ in den 90er Jahren in den großen EWU-Ländern Deutschland, Frankreich und Italien weniger zur Stabilisierung der öffentlichen Finanzen in der Europäischen Union beigetragen hat als allgemein vermutet wird. Die Studie weist auch nach, dass die meisten Staaten der Währungsunion nach ihrer Aufnahme in die Währungsunion eine schwächere fiskalische Disziplin aufwiesen. Teile der als Economic Paper der Europäischen Kommission veröffentlichten Studie wurden auf der Jahrestagung der American Economic Association in New Orleans und auf einer Tagung der Bank of Japan/NBER/CEPR in Tokyo im Dezember 2001 präsentiert. Sie werden in der Zeitschrift Public Choice und

dem Journal of Japanese and International Economics veröffentlicht.

Eine weitere, interdisziplinär zwischen den Politikwissenschaften und den Wirtschaftswissenschaften angelegte Studie über fiskalpolitische Regeln erstellten ZEI Senior Fellows Rolf Strauch, Mark Hallerberg (Pittsburgh) und Direktor Jürgen von Hagen im Jahr 2001 im Auftrag des Niederländischen Finanzministeriums. Darin geht es primär um Verfahren zur Implementierung fiskalpolitischer Ziele und Richtwerte in den Mitgliedstaaten der Währungsunion. Auch diese Studie zeigt deutlich die Unterschiede in der fiskalpolitischen Disziplin zwischen den großen und den kleinen Mitgliedsländern der EWU. Während die kleinen Länder inzwischen detaillierte Regeln erarbeitet und implementiert haben, die die Einhaltung ihrer Stabilitätsprogramme auch in Zeiten schwacher wirtschaftlicher Entwicklung weitgehend sichern, besteht bei den großen Ländern ein deutlicher Mangel an solchen Verfahren. Dies deutet daraufhin, dass die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes in diesen Ländern nicht ausreichend ernst genommen werden, eine Tendenz, die sich in der mangelhaften fiskalischen Disziplin dieser Länder seit Beginn der Währungsunion niederschlägt. Ein weiteres Ergebnis dieser Studie ist, dass Länder mit unterschiedlichen Regierungsformen (Koalitionsregierungen versus Ein-Parteien-Regierungen) unterschiedliche institutionelle Mechanismen und Regeln wählen, um mittelfristige fiskalpolitische Ziele zu erreichen. Während Koalitionsregierungen sich typischerweise stärker an numerischen Zielen orientieren, wird die fiskalische Disziplin in Ein-Parteien-Regierungen eher durch eine herausragende Stellung des Finanzministers gestützt. Angesichts der unterschiedlichen Regierungsformen ist es fraglich, ob die einseitige Betonung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes auf numerische Ziele angemessen ist, um die fiskalische Disziplin in der Währungsunion zu sichern.

Europäische Geldpolitik

Im Jahr 2001 begleitete der EMU Monitor in zwei Pressekonferenzen im Juni und November kritisch die europäische Geldpolitik. Der EMU Monitor ist eine Gruppe von europäischen Makroökonomern, die zweimal jährlich zur Geldpolitik der EZB öffentlich Stellung bezieht. Angesichts der Tatsache, dass es auf europäischer Ebene eine formierte öffentliche Meinung derzeit noch nicht gibt, will der EMU Monitor durch seine Stellungnahmen zu einer informierten öffentlichen Debatte über die Geldpolitik beitragen. Der EMU Monitor veröffentlicht zu seinen Pressekonferenzen jeweils ein Positionspapier und eine Reihe von Hintergrundstudien. Mitglieder sind Patrick Artus (CDC und Sorbonne, Paris), Ed Bomhoff (Nijenrode Universität), Giampaolo Galli und Ugo Inzerillo (Confindustria, Rom), Ronald MacDonald (Strathclyde University, Glasgow), ZEI Senior Fellow Manfred J. M. Neumann (Universität Bonn) und ZEI Direktor Jürgen von Hagen. Der EMU Monitor vertritt die Ansicht, dass die EZB ihre Geldpolitik stärker an der Entwicklung monetärer Aggregate ausrichten und somit ihren selbst gesetzten Referenzwert für das Geldmengenwachstum ernster nehmen sollte. Analytische Arbeiten für den EMU Monitor zeigen, dass die relativ hohen Inflationsraten in der Währungsunion der Jahre 2000 und 2001 auf ein übermäßiges Geldmengenwachstum zurückgeführt werden können. Mitglieder des EMU Monitors waren auch im Jahr 2001 wieder als Sprecher auf der Konferenz „The ECB and its Watchers“ des Centers for Financial Studies in Frankfurt eingeladen.

Mehrere Forschungsarbeiten dieser Forschungsgruppe befassen sich mit den Bedingungen der Geldpolitik in modernen Finanzmärkten. Dipl. Volkswirt Ralph Süppel analysiert in seiner im Frühjahr 2001 abgeschlossenen Dissertation die Bedeutung der Zinsstruktur für die Strategie der Zentralbank. Er zeigt, dass die EZB unter bestimmten Umständen die Zinsstruktur als Operationsziel der Geldpolitik verwenden kann.

ZEI Fellow Dr. Boris Hofmann lieferte in seiner im Dezember abgeschlossenen Dissertation empirische Untersuchungen des Kreditmarktes in mehreren europäischen

Ländern. Seine Arbeit bringt Schätzungen der langfristigen Beziehung zwischen Kreditzins, Kreditvolumen, Sozialprodukt und Immobilienpreisen. Diese Beziehung, die sich als Kreditangebotsfunktion interpretieren lässt, liefert die Basis für das Verständnis der empirischen Wirkungsweise. Hofmanns Arbeit untersucht außerdem einen eventuellen Zusammenhang zwischen dem von der Zentralbank kontrollierten Geldmarktzins und den Zinsen am Kreditmarkt. Sie gibt damit Einblicke in die Wirkung geld-

Pressekonferenz des EMU Monitors in Frankfurt.



politischer Maßnahmen auf die Kreditversorgung der Volkswirtschaft. Für die Währungsunion besonders wichtig ist das Ergebnis, dass geldpolitische Maßnahmen zwar kurzfristig in verschiedenen Ländern unterschiedlich intensiv auf die Kreditzinsen wirken, diese Unterschiede aber im Laufe der Zeit verschwinden. Es ist daher nicht davon auszugehen, dass die Geldpolitik der EZB dauerhaft ungleiche Wirkungen in den Mitgliedsländern der Währungsunion hat.

Auf Einladung der Federal Reserve Bank of Cleveland präsentierten ZEI Senior Fellow Matthias Brückner und ZEI Direktor Jürgen von Hagen auf einer Konferenz über „The Origins and Evolution of Central Banking“ im Mai 2001 ihre gemeinsame Arbeit über die Geldpolitik der EZB in den ersten Jahren. Brückner und von Hagen diskutieren ausführlich die „Zwei-Säulen-Strategie“ der EZB. Sie kommen zu dem Schluss, dass es sich dabei weder um eine verdeckte Geldmengensteuerung noch um eine verdeckte Ansteuerung einer Inflationsprognose han-

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe (Auswahl)

Hallerberg, Mark, Rolf R. Strauch und Jürgen von Hagen: „The Use and Effectiveness of Budgetary Rules and Norms in EU Member States“. Report prepared for the Dutch Ministry of Finance, Den Haag, 2001.

Hofmann, Boris: „The Determinants of Private Sector Credit in Industrialised Countries: Do Property Prices Matter?“, BIS Working Paper No. 108, 2001.

Hughes-Hallett, Andrew, Rolf R. Strauch und Jürgen von Hagen: „Budgetary Consolidation in EMU.“ European Commission Economic Paper 148, Brüssel, 2001.

delt. Letzteres wird unter dem Stichwort „Inflation Targeting“ in der neueren Literatur propagiert und von vielen Seiten als strategische Ausrichtung von der EZB gefordert. Die EZB verfolgt in ihrer Strategie kein Zwischenziel, sondern versucht, durch geldpolitische Maßnahmen unmittelbar die Inflationsrate zu kontrollieren. Brückner und von Hagen kommen zu dem Schluss, dass die mangelnde Transparenz der Geldpolitik der EZB u.a. durch institutionelle Faktoren erklärt werden kann: Die fehlende Festlegung auf ein eindeutiges Zwischenziel oder eine geldpolitische Regel stärkt die Position des Direktoriums gegenüber den nationalen Zentralbankpräsidenten im EZB-Rat. Angesichts der zu vermutenden Unterschiede in den geldpolitischen Vorstellungen der nationalen Zentralbankpräsidenten mag dies im Ergebnis zu einer konsistenteren Geldpolitik führen.

Forschungsgruppe IV: „Europäische Arbeitsmärkte und Systeme der sozialen Sicherung“

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit bleibt auf absehbare Zeit die größte wirtschaftspolitische Herausforderung Europas. Seit einigen Jahren fordern internationale Institutionen wie die OECD ebenso wie zahlreiche Wirtschaftswissenschaftler eine größere Flexibilität der Arbeitsmärkte. Der derzeitige Forschungsstand stützt diese Forderung allerdings kaum. Weder theoretische noch empirische Analysen belegen überzeugend, dass Flexibilisierung zum Abbau der Arbeitslosigkeit beiträgt. Hinzu kommt, dass der Begriff der Flexibilität in der wirtschaftspolitischen Diskussion mit unterschiedlichen Inhalten belegt wird.

Unter Leitung von Dipl. Volkswirt Susanne Mundschenk erarbeiteten Mitarbeiter des ZEI in den Jahren 2000 und 2001 für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine Synopsis der Nationalen Aktionspläne der EU-Mitgliedstaaten zur Beschäftigungspolitik. Nationale Aktionspläne werden seit 1998 im Rahmen des Luxemburger Prozesses jährlich erstellt. Ziel des Projektes war die Identifikation einer europäischen Beschäftigungsstrategie aus den nationalen Plänen und die Diskussion von Schlussfolgerungen für die deutsche Beschäftigungspolitik. Im Rahmen des Projektes organisierte die Abteilung ZEI einen Workshop mit führenden europäischen Arbeitsmarktökonomien, darunter Professor Guiseppe Bertola, der zugleich als wissenschaftlicher Berater des Projekts fungierte.

Das Projekt hat gezeigt, dass die Arbeitsmarktprobleme unterschiedlicher EU-Länder strukturell sehr unterschiedlich zu beurteilen sind. Spielen regionale Entwicklungen in einigen Ländern eine große Rolle, so sind es in anderen Ländern eher Probleme unterschiedlicher Altersgruppen, die zu anhaltend hohen Arbeitslosenquoten führen. Diese Heterogenität der Arbeitslosigkeit wirft erhebliche Fragen in Bezug auf die Effektivität einer gemeinsamen europäischen Beschäftigungsstrategie auf. Das Projekt zeigt allerdings, dass der Prozess der For-

mulierung und gemeinsamen Beurteilung der nationalen Beschäftigungspolitik eine eigene Dynamik entwickelt hat, die zumindest zu einem einheitlichen Analyserahmen geführt hat.

ZEI Senior Fellow Rolf Strauch und ZEI Direktor Jürgen von Hagen befassten sich in einer gemeinsamen Arbeit über die langfristige Entwicklung der deutschen Finanzpolitik mit der Interaktion zwischen Arbeitsmarktentwicklung und der Entwicklung der öffentlichen Finanzen in der Bundesrepublik. Sie zeigen, dass die seit den 70er Jahren zu beobachtende, langfristige Schwächung der öffentlichen Finanzen in Deutschland im Zusammenhang mit einer verfehlten Arbeitsmarktpolitik steht, die zunehmend die Finanzlage der Rentenversicherung belastet hat. Dieser Trend hat sich in der Folge der Deutschen Einigung fortgesetzt und noch verstärkt. Strauch und von Hagen argumentieren, dass die Bewältigung der langfristigen Herausforderungen an die Finanzpolitik nur mit einer Reform des deutschen Arbeitsmarkts gelingen kann. Ihre Arbeit wurde bei einer Konferenz des Schuman Centers des Europäischen Hochschulinstituts präsentiert und wird im Tagungsband der Konferenz veröffentlicht.

Am 7. und 8. Dezember 2001 fand unter Leitung von Professor Monika Merz, Universität Bonn, am ZEI ein internationaler Workshop zum Thema „Interactions between financial markets and labor markets“ statt. Bei dieser Veranstaltung, die international führende Wissenschaftler aus den Bereichen Makroökonomik, Finanz- und Arbeitsmärkte zusammenbrachte, diskutierten die Teilnehmer aktuelle Forschungsergebnisse aus Theorie und Empirie der Finanz- und Arbeitsmarktökonomik. Dabei stand die Interaktion zwischen Kapital- und Arbeitsmärkten im Mittelpunkt der Diskussion, so z.B. die Rolle der Kapitalmarktstruktur für die Entscheidung von Unternehmen, Arbeiter neu einzustellen bzw. zu entlassen, und die Rolle von Arbeitsmarktfriktionen, Lohn-

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe (Auswahl)

MacCulloch, Robert und Rafael Di Tella: „Preferences over Inflation and Unemployment: Evidence from Surveys of Happiness“. *American Economic Review* 91, 335-41.

Mundschenk, Susanne: „Auswertung der Nationalen Beschäftigungspolitischen Aktionspläne der anderen EU-Staaten für 1999 und 2000“. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn, 2001.

findungsmechanismen und technologischem Fortschritt für die Unternehmensbewertung. Die Beiträge präsentierten theoretische und empirische Untersuchungen und diskutierten die wirtschaftspolitischen Implikationen rigider Arbeitsmärkte.

Forschungsgruppe V: „Erweiterung der Europäischen Union“

ZEI Senior Fellow Jan Fidrmuc wurde im Jahr 2001 für seine Arbeit über „Pitfalls and virtues of simultaneous economic and political transitions“ mit dem 2. Preis der European Investment Bank Prize Competition ausgezeichnet.

Parlamentsforum zur EU-Erweiterung

Am 22. und 23. November 2001 fand zum dritten Mal das „Parliament's Forum on EU Accession“ als Gemeinschaftsprojekt aller drei Abteilungen am ZEI statt. Das Treffen wurde von der Europäischen Kommission finanziell unterstützt. Wie im Jahr zuvor waren die Vorsitzenden der Parlamentsausschüsse für Europafragen aller EU-Kandidaten eingeladen, mit hochrangigen Vertretern der europäischen und der deutschen Politik über aktuelle Europafragen im Kontext der Erweiterung zu diskutieren. Schwerpunktthema des Forums war in diesem Jahr die Entwicklung der öffentlichen Meinung zu Fragen der Erweiterung der EU. ZEI Senior Fellow Jan Fidrmuc stellte den Parlamentariern seine Forschungsergebnisse vor, die einen deutlichen Zusammenhang zwischen der öffentlichen Zustimmung zum EU Beitritt und der Wirtschaftsentwicklung in den Beitrittsländern nachweisen. Die wirtschaftspolitische Konsequenz ist, dass der Beitrittsprozess von einer wachstums- und beschäftigungsfreundlichen Politik begleitet werden muss, um nicht politisch in den Beitrittsreferenda oder an einer zu großen öffentlichen Opposition gegen den Beitritt zu scheitern.

Geld- und Währungspolitik in den Beitrittsländern

Gemeinsam mit Barry Eichengreen (Berkeley), David Begg (London), Charles Wyplosz (Genf) und Laszlo Halpern (Budapest) sowie allen Research Fellows des Centre for Economic Policy Research (London) erarbeitete ZEI Direktor Jürgen von Hagen im Berichtsjahr eine Untersuchung zu

Fragen der Währungspolitik in den Beitrittsländern. Im Mittelpunkt stand dabei die Kombination von Kapitalverkehrs- und Wechselkursregime in der Zeit zwischen dem EU-Beitritt und dem Beitritt zur Währungsunion. Diese Periode ist kritisch, da nach der gängigen Interpretation des EU-Vertrags die neuen Mitglieder freien Kapitalverkehr zulassen und zugleich Mitglieder in dem System mäßig fixer Wechselkurse des EMS-2 sein sollten. Die Kombination von hoher Kapitalmobilität und mäßig fixen Wechselkursen hat sich in den Währungskrisen der 90er Jahre als außerordentlich instabil und anfällig ge-



genüber spekulativen Attacken erwiesen. Die Forderung des EU-Vertrags führt die neuen Mitglieder daher in ein währungspolitisches Umfeld, das von hoher Krisenanfälligkeit gekennzeichnet ist. Eine Währungskrise könnte den raschen Beitritt in die Währungsunion aber unmöglich machen.

Die Untersuchung weist darauf hin, dass mit Ausnahme Rumäniens alle Beitrittsländer den Abbau von Kapitalverkehrskontrollen bereits weitgehend vollzogen haben. Die Wissenschaftler empfehlen angesichts dieser Ausgangslage, gerade den kleineren Beitrittsländern eine rasche, einseitige Übernahme des Euro als Zahlungsmittel zuzugestehen. Der Einwand der EZB und des Europäischen Rates, dass die Beitrittsländer damit gewissermaßen unter dem Zaun hin-

Beim „Parlaments Forum“ am 22./23. November 2001

*Dr. Friedbert
Pflüger, CDU MdB
beim „Parlaments
Forum“ am 22./23.
November 2001.*

durchschlüpfen und die Mitgliedschaft in der Währungsunion ohne Aufnahmeverfahren erlangen könnten, ist offensichtlich nicht stichhaltig. Selbst nach einer einseitigen Euroisierung sind nämlich das Zinskriterium, das Schuldenstandskriterium und das Defizitkriterium zur Überprüfung der Fähigkeit eines Landes, volles Mitglied der Währungsunion zu werden, durchaus noch anwendbar. Die Gruppe weist daraufhin, dass eine einseitige Euroisierung durch weitere

Inflationsraten den Wechselkurs als nominalen Anker der Geldpolitik zu fixieren, lässt sich empirisch nachweisen. Diese Ergebnisse sind besonders vor dem Hintergrund interessant, dass die untersuchte Ländergruppe – die Transformationsländer Mittel- und Osteuropas und die Nachfolgestaaten der UdSSR – erst seit Anfang der 90er Jahre in das System der Weltfinanzmärkte und den Welthandel eingebunden sind.

In einer weiteren Arbeit findet Junior Fellow Jizhong Zhou, dass in der Gruppe der Transformationsländer häufig ein signifikanter Unterschied zwischen dem von einer Regierung angegebenen und dem tatsächlich praktizierten Wechselkursregime vorherrscht. Empirisch lässt sich feststellen, dass Regierungen diese Diskrepanz kurzfristig als eigenständiges Instrument der Währungspolitik gebrauchen. Das praktizierte Regime reagiert dabei stärker auf Inkonsistenzen zwischen Geld- und Fiskalpolitik als das offizielle Regime. Eine gemeinsame Arbeit von Zhou und ZEI Direktor Jürgen von Hagen wurde im Berichtsjahr auf mehreren internationalen Konferenzen und Seminaren vorgestellt.



Reformanstrengungen gerade im Finanzbereich vorbereitet werden muss. Für die größeren Beitrittsländer empfiehlt die Untersuchung die Kombination eines flexiblen Wechselkurses gegenüber dem Euro mit einer Geldpolitik, die sich an einem Inflationsziel orientiert.

Mit den währungspolitischen Aspekten der Geldpolitik in Transformationsländern beschäftigen sich die Dissertationen der Junior Fellows Taikuang Ho und Jizhong Zhou. Ho untersucht die empirischen Bedingungen und Auswirkungen von Währungskrisen. Zhou analysiert die empirischen Determinanten der Wahl des Wechselkursregimes in den Transformationsländern. Er stellt fest, dass die Wahl des offiziellen Regimes recht gut den Richtlinien entspricht, die sich aus der traditionellen Makroökonomik offener Volkswirtschaften ableiten lassen. So neigen kleinere, offene Volkswirtschaften eher zu festen Wechselkursen, während Länder mit einem hohen Spezialisierungsgrad im Außenhandel zu flexiblen Wechselkursen neigen. Auch die Tendenz, bei anhaltend hohen

ZEI Junior Fellow Birgit Schmitz erarbeitet in ihrer Dissertation eine empirische Analyse der Transmission der Geldpolitik in den Beitrittsländern. Komplementär dazu untersucht Junior Fellow Valeriya Dinger die Entwicklung der Bankensysteme in diesen Ländern. ZEI Senior Fellow Lucjan Orlowsky verfasste während seines Besuchs am ZEI im Sommer ein Arbeitspapier über die geldpolitische Konvergenz der Beitrittsländer zur Europäischen Währungsunion. Das Papier wurde auf der Jahrestagung der American Economic Association im Januar 2002 in Atlanta präsentiert.

Fiskalpolitik in Beitrittsländern

ZEI Junior Fellow Holger Gleich erarbeitet in seiner Dissertation eine Analyse der fiskalpolitischen Institutionen der Beitrittsländer in Mittel- und Osteuropa. Aufbauend auf dem Forschungsansatz und den Arbeiten der Forschungsgruppe „Makroökonomische Politik und Institutionen“ entwickelt er eine Charakterisierung dieser Institutionen und untersucht ihre Rolle bei der makroöko-

nomischen Stabilisierung und der Erreichung dauerhaft tragfähiger öffentlicher Finanzen in den Ländern während der 90er Jahre. Seine Untersuchung bestätigt die Bedeutung institutioneller Regeln im Budgetprozess von Regierungen für die fiskalpolitische Disziplin. Gleich weist nach, dass eine stringente Orientierung an quantitativen, fiskalpolitischen Zielen und die institutionelle Stärkung des Finanzministers im Budgetvollzug zu besserem Finanzgebaren in Bezug auf die Defizit- und Ausgabenneigung der Regierungen führen. Die institutionelle Erklärung der Ausgaben- und Defizitentwicklung liefert bessere Ergebnisse als der Versuch, diese Entwicklungen durch politische oder soziale Variablen zu erklären.

Die betrachteten Länder wiesen zu Beginn des Transformationsprozesses relativ ähnliche Ausgangsbedingungen für die Fiskalpolitik auf. Inzwischen haben sie aber deutlich unterschiedliche Wege der institutionellen Entwicklung beschritten. Die empirischen Ergebnisse der Studie zeigen, dass sich diese Differenzen aus unterschiedlichen fiskalpolitischen und sozialen Anfangsbedingungen erklären lassen. So wählten Länder, die Anfang der 90er Jahre stärker verschuldet waren, tendenziell Budgetinstitutionen, die eine höhere fiskalpolitische Disziplin bewirkt haben. Dieses Ergebnis legt nahe, dass Regierungen institutionelle Gestaltung bewusst zur Lösung wirtschaftspolitischer Probleme einsetzen.

Arbeitsmärkte

Im Rahmen des 5. Rahmenprogramms der Forschungsförderung der Europäischen Kommission leitete ZEI Senior Fellow Ken Smith insgesamt drei Konferenzen über Arbeitsmarktentwicklung und Integration. Die zweite fand im Frühjahr 2001 in Riga statt. Für Vorlesungen konnte ZEI im Jahr 2001 Professor Michael Spagat (University of London und CEPR) und Professor Zvi Eckstein (Tel Aviv University und CEPR) gewinnen. Beide gehören zu den führenden Arbeitsmarktökonomern Europas. Über den wissenschaftlichen Ertrag hinaus leisten diese Konferenzen auch einen wichtigen Beitrag zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses gerade aus dem Baltikum.

Regionale Wirtschaftsentwicklung und Regionalpolitik

Zu den wirtschaftspolitischen Herausforderungen des Beitrittsprozesses gehört schließlich auch die Gestaltung der regionalen Entwicklung in den Beitrittsländern. Regionale Arbeitsmärkte und Märkte für Güter und Dienstleistungen müssen in den Beitrittsländern gestärkt werden, um regionale Ungleichgewichte infolge der stärkeren Einbindung in die europäische Wirtschaft zu vermeiden. Zu dieser Aufgabe gehört nicht zuletzt die Stärkung der regionalen Administrationen, um die Beitrittsländer zu befähigen, an den Regionalprogrammen der Europäischen Union zu partizipieren.

ZEI Senior Fellow Iulia Traistaru koordiniert seit 1999 ein von ihr initiiertes Forschungsprogramm über „Europäische Integration, Regionale Entwicklung und Regionalpolitik“. Das Programm umfasst ein Europäisches Netzwerk von Forschern, Forschungsprojekten, Konferenzen und Politikberatung. Die Gründung des Forschungsnetzwerks „European Network on Regional Development and Regional Policy“ erfolgte auf einem Europäischen Arbeitstreffen, das mit Mitteln des BMBF gefördert wurde. Ziel des Netzwerks ist die Förderung und Koordination von Forschungsarbeiten zum wirtschaftlichen Strukturwandel auf regionaler Ebene in Europa. Dabei finden Aspekte und Konsequenzen der Osterweiterung besondere Beachtung. Rund 50 Wissenschaftler, Praktiker und Vertreter von Forschungseinrichtungen und statistischen Behörden aus 16 EU- und Beitrittsländern sowie der Weltbank arbeiten im Rahmen dieses Netzwerks in vier Arbeitsgruppen zusammen. Themen der Arbeitsgruppen sind „Regionale Ungleichheit, Konvergenz und Integration“, „Industrielle Standortentwicklung und Standortwettbewerb“, „Regionale Arbeitsmarktentwicklung“ und „Institutionen und institutionelle Kapazität für Regionalpolitik“. Innerhalb des Netzwerks wurden vier Europäische Forschungsgruppen gebildet. Eine Euro-Konferenz des Netzwerks wird im Oktober 2002 in Iasi (Rumänien) stattfinden. Zwei Forschungsprojekte des Netzwerks werden derzeit von der Europäischen Kom-

mission finanziert, zwei weitere befinden sich in der Begutachtungsphase.

Seit Herbst 2000 koordiniert Senior Fellow Iulia Traistaru ein von ihr angeregtes Forschungsprojekt mit dem Titel „European Integration, Regional Specialization, and the Location of Industrial Activity in Accession Countries“. Wissenschaftler aus Bonn, Amsterdam, Mailand, Tallinn, Budapest, Ljubljana und Bucharest arbeiten zusammen an Fragen der regionalen Entwicklung. Das Projekt, das im Rahmes des ACE Programms der Kommission finanziert wird, untersucht die sich ändernden Muster der regionalen wirtschaftlichen Spezialisierung in den Beitrittsländern und die Entwicklung industrieller Standorte in der Region. Dabei werden auch regionale Lohndifferenziale betrachtet. Das Projekt soll identifizieren, welche Regionen als Gewinner und Verlierer im Beitrittsprozess betrachtet werden können und welchen Einfluss die Instrumente der Europäischen Regionalpolitik auf ungleichgewichtige Entwicklungen nehmen können. Ein Arbeitstreffen im Rahmen dieses Projekts fand im Juni 2001 in Budapest statt.

Ebenfalls mit regionalökonomischen Fragen befasst sich ein von Iulia Traistaru und Jan Fidrmuc begonnenes und von der Europäischen Kommission in ihrem 5. Rahmenprogramm finanziertes Forschungsprojekt mit dem Titel „Regional Labor Market Adjustment in the Accession Candidate Countries“. Das Projekt, an dem neben Wissenschaftlern des ZEI Forscher aus Wien, London, Budapest, Mannheim, Berlin, Stockholm und Den Haag beteiligt sind, betrachtet die Anpassungsprozesse auf den regionalen Arbeitsmärkten der Beitrittsländer und die Auswirkungen der Arbeitsmarktpolitik. Im Rahmen des Projekts werden die verschiedenen Anpassungsmechanismen der Arbeitsmärkte – Änderungen in der Partizipation, Lohnentwicklung und Migration – untersucht. Besondere Aufmerksamkeit wird den Grenzregionen der Beitrittsländer gewidmet.

Während des Berichtszeitraums nahm die Erweiterung der Europäischen Union immer stärker Gestalt an. Mit der Intensivierung der Beitrittsverhandlungen und der Klärung der Beitrittsprozeduren ergibt sich immer deut-

licher die Notwendigkeit für eine systematische Vermittlung des Nutzens und der Chancen der EU-Osterweiterung. Die Expertise der Forschungsgruppe „Erweiterung der EU“ wird immer zielgerichteter nach Beratungsleistungen im Rahmen der entsprechenden Kommunikationsstrategie der EU und der deutschen Regierung nachgefragt. Abteilungsdirektor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt verfasste für das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland eine Broschüre zur Erweiterungsthematik und den innenpolitisch sensibelsten Aspekten. Die Broschüre wird vom Auswärtigen Amt in großer Auflage eingesetzt.

Europa-Kolloquium

Am 16. und 17. November 2001 fand in Königswinter das 8. Europakolloquium des ZEI zum Thema „The Future of the European Integration Process: Ideas and Concepts of Candidate Countries“ statt. Dieses Mal hatte das ZEI die Senior Fellows eingeladen, die als Kontaktpartner in den Außen- bzw. Europaministerien fungieren, mit denen das ZEI Rahmenabkommen zur Unterstützung bei der Heranführung an die Europäische Union abgeschlossen hat: Vladimir Kissiov, Direktor des Europainstituts in Sofia und kürzlich noch als Vize-Außenminister Chefunterhändler des Außenministeriums, Rytis Martikonis, Abteilungsleiter Europäische Integration im Außenministerium der Republik Litauen, Imrich Marton, Mitarbeiter in der Analyse- und Planungseinheit des slowakischen Außenministeriums, Boris Hajos, Sprecher des kroatischen Europaministers, sowie Iveta Sulca, lettische Botschafterin in Prag und bis vor kurzem Leiterin der Europaabteilung im Außenministerium.

Die Veranstaltung diente unter anderem dazu, mit den Vertragspartnern eine Zwischenbilanz nach drei Jahren Kooperation zu ziehen und die künftige Zusammenarbeit konkret zu strukturieren. Zu diesem Zweck legte das ZEI einen Maßnahmenkatalog vor, der die weitere Kooperation in den Bereichen Weiterbildung, politische Beratung und Forschung/Publikationen umfasst. Beschlossen wurde unter anderem die Abhaltung eines „Young Leaders Forum“, analog zum bereits bestehenden Parliament's Forum, das künftig jährlich in einem der Partnerländer

durchgeführt werden soll. Teilnehmen sollen Interessierte aus allen fünf Partnerländern. Dr. Emil Mintchev wird am ZEI künftig für dieses Kooperationsprojekt zuständig sein.

Die baltischen Staaten

Vor zehn Jahren erlangten die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen ihre Unabhängigkeit und damit ihr Selbstbestimmungsrecht und ihre territoriale Integrität wieder. Die baltischen Staaten fingen aufgrund des erdrückenden sowjetischen Erbes bei Null an, was eine positive Entwicklung enorm belastete und das bis dato Erreichte in besonderem Maße unterstreicht.

Der ZEI-Sammelband „Ten years after the Baltic States re-entered the International Stage“ bündelt die Analysen baltischer Autoren über die nationalen Motivationen und vitalen Interessen, die die Politik der oftmals als Tigerstaaten bezeichneten baltischen Republiken seit der Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit bestimmten. Die Autoren geben eine innere Perspektive über die Erwartungen und Erfahrungen der drei Staaten auf ihrem Weg in die Europäische Union und das transatlantische Bündnis-system wieder. Der Fokus der Betrachtung liegt auf der Entwicklung der politischen, sozialen und ökonomischen Systeme.

Anlässlich einer Kooperationsveranstaltung des ZEI mit dem Industrie-Club Düsseldorf am 15. November 2001 skizzierte die lettische Staatspräsidentin, Prof. Vaira Vike-Freiberga, den Weg ihres Landes nach Europa als mühevoll, aber äußerst erfolgreich. Dies stellten die Wirtschaftszahlen des Landes, insbesondere die des Außenhandelsvolumen, unter Beweis. Vike-Freiberga betonte vor einer großen Zuhörerschaft aus Industrie, Politik und Vertretern der Zivilgesellschaft, dass Europa nach den Anschlägen in New York und Washington vom 11. September 2001, noch enger zusammenrücken müsse, um gemeinsam die neuen Herausforderungen zu meistern. Die baltischen Staaten könnten bei der hierzu notwendigen Annäherung zwischen Europa und Russland einen wertvollen Brückenkopf bilden, der den Prozess der politischen Annäherung hin zur Partnerschaft positiv ergänzen könnte. Einhellige Meinung der Autoren des ZEI-Sam-

melbandes und der lettischen Präsidentin: Die Wertschöpfung für eine gemeinsame Zukunft Europas liegt in der Mitgliedschaft der drei Staaten in der Europäischen Union und der NATO.

Slowakei

Das ZEI beteiligte sich an einem internationalen Kolloquium an der Lessius Handelshoogschool in Antwerpen über die EU-Herführung der Slowakischen Republik. Bei der am 29. November 2001 durchgeführten Veranstaltung gaben renommierte slowakische und tschechische Wissenschaftler Berichte zu den Transformationsanstrengungen des Landes. Der frühere belgische Ministerpräsident und Karlspreisträger Leo Tindemans legte bei dieser Gelegenheit ein engagiertes Plädoyer für den Gleichklang von „Erweiterung“ der EU und notwendiger „Vertiefung“ ab: Ohne die erforderlichen institutionellen Reformen vor Aufnahme neuer Mitglieder werde die EU unweigerlich in eine Handlungskrise geraten. Dies könne auch nicht im Interesse der neuen Mitglieder sein.

Während des Berichtszeitraums erstellte die Abteilung in Zusammenarbeit mit dem Außenministerium der Slowakei einen Sammelband mit Beiträgen renommierter slowakischer Autoren über den Stand der Transformation und des Beitrittsprozesses zur EU. Herausgeber des Bandes sind der Staatssekretär im slowakischen Außenministerium, Jan Figel, und der Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank, Wolfgang Roth: Jan Figel/Wolfgang Roth (eds.), *The Slovak Republic on the Road to EU Membership*, Nomos: Baden-Baden 2002 (Band 41 der „Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung“).

Task Force Südosteuropa

Daneben galt die Hauptarbeit im Rahmen der Forschungsgruppe der „Task Force Südosteuropa“. Konfliktmanagement hat seit Ende der Bipolarität enorm an Bedeutung gewonnen. Die Zahl der Einsätze, ihr Umfang sowie die benötigten Ressourcen haben neue Dimensionen erreicht. Dabei wird der traditionelle Blauhelm-Einsatz der Vereinten Nationen zunehmend von sehr komplexen, multinationalen Friedensmissionen unterschiedlichsten Charakters überlagert. Diese Einsätze geschahen zunächst ad hoc, reaktiv und ohne lange konzeptionelle Vorbereitung. Adäquate Kapazitäten und Strukturen waren gerade in Europa kaum vorhanden. Viele Defizite werden inzwischen sichtbar: das Problem des „mission creep“, die unzureichende Vorbereitung vieler Einsatzkräfte oder ihr zu spätes Eintreffen vor Ort. Inzwischen beginnen viele Institutionen, „lessons learned“ zu erarbeiten. Deutschland ist in diesem Prozess ein Nachzügler, verfügt erst seit Kambodscha, Somalia und Bosnien über erste Einsatzerfahrungen. Deren Auswertung geschieht noch immer unsystematisch und singulär, fließt auch wenig in aktuelle Entscheidungsprozesse ein.

Sammelband

Um dem abzuhelpen, wurde im Lichte der spezifischen Erfahrungen mit dem Krisenmanagement in Südosteuropa während des Berichtszeitraums ein Sammelband konzipiert. Dieser Band fasst die Erfahrungen von deutschen Einsatzkräften zusammen, konzentriert auf die Konflikte im zerfallenen Jugoslawien. Autoren sind überwiegend deutsche Mitarbeiter internationaler Organisationen, u.a. von IFOR/SFOR und KFOR, die über den Einsatz der Internationalen Polizeitruppe in Bosnien, von Wahlbeobachtung, Wiederaufbau und Flüchtlingsrückkehr, von den NATO-Luftoperationen im Kosovo, vom CNN-Faktor und der Realität der „interlocking institutions“ berichten. Hinzu kommen Beiträge, die sich mit den Entscheidungsstrukturen und -prozessen im Konfliktmanagement in Berlin befassen. Die Erfahrungen und Überlegungen sind veröffentlicht in: Rafael Biermann (Hrsg.): Deutsche Konfliktbewältigung auf dem Balkan – Erfahrungen und Lehren aus dem Einsatz.

Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2002 (Band 37 der „Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung“).

SOE-Monitor

Im Januar des Berichtszeitraums veröffentlichte die „Task Force Südosteuropa“ am ZEI erstmals ihren „SOE-Monitor“, der seitdem vier Mal im Jahr in E-mail-Version erscheint. Er dient dazu, einen sorgsam ausgewählten Kreis von Südosteuropa-Experten über aktuelle Entwicklungen in der Region umfassend und kompetent zu informieren. Der Verteiler umfasst derzeit etwa 400 Persönlichkeiten, Tendenz steigend. Der SOE-Monitor, stets acht bis zehn Seiten lang, bietet jeweils zu einem Schwerpunktthema sachkundige und vorausschauende Analysen und Hintergrundinformationen deutscher und südosteuropäischer Experten. Immer wird der Gastbeitrag eines hochrangigen Politikers eingeworben. Beim ersten SOE-Monitor im Januar zum Thema „Die Europäische Union und Südosteuropa“ war dies die bulgarische Außenministerin Nadezhda Mihailova, beim zweiten SOE-Monitor im April zum Thema „Die Bundesrepublik Jugoslawien und ihre Nachbarn“ der jugoslawische Außenminister Goran Svilanovic, beim dritten SOE-Monitor zum Thema „Zwei Jahre Stabilitätspakt“ der Sonderkoordinator des Stabilitätspaktes, Bodo Hombach. Die Resonanz war bisher überaus positiv.

Parlamentswahlen

Vom 13. bis 16. März. 2001 besuchten Prof. Dr. Ludger Kühnhardt und Dr. Emil Mintchev Belgrad und Podgorica im Rahmen einer Fact Finding Mission. Ziel der Reise war es, Kontakte zur neuen serbischen und jugoslawischen Führung und zu den akademischen Kreisen nach dem Sturz von Milosevic aufzunehmen. Während der Visite in Belgrad wurden Gespräche mit dem Charge d'Affaires der EU-Delegation in der BRJ, Geoffrey Barret, mit dem Geschäftsträger der Deutschen Botschaft, Dr. Hellbach, mit dem Leiter des Belgrade Center for Human Rights, führenden Vertretern der demokratischen Opposition, Prof. Dr. Vojin Dimitrijevic, mit der Leitung des Alternativen Akademischen Netzwerkes (AAEN) sowie mit dem Dekan der Philosophischen

Fakultät der Belgrader Universität, Prof. Dr. Lazovic, geführt. Auch der serbische Ministerpräsident Dr. Zoran Djindjic, empfing die Vertreter des ZEI. Sie trafen darüber hinaus mit den Beratern des jugoslawischen Präsidenten Kostunica, Dr. Predrag Simic und Dr. Slobodan Samardjic sowie der stellvertretenden Bildungsministerin, Prof. Dr. Srbijanka Turajlic, zusammen. Im jugoslawischen Außenministerium führten sie Gespräche mit dem Berater des jugoslawischen Außenministers, Dr. Vladimir Djeric. In Podgorica, der Hauptstadt der jugoslawischen Teilrepublik Montenegro, sprachen die Dekane der sozialwissenschaftlichen Fakultät und der Rektor der Universität Montenegro, Prof. Dr. Obradovic, ausführlich mit der ZEI Delegation. Sie wurden auch vom montenegrinischen Außenminister Dr. Lukovac empfangen.

Infolge dieser Vorgespräche konnte Dr. Biermann im Herbst 2001 Vorlesungen an der Universität Montenegro halten und die dortigen Verantwortlichen erfolgreich bei der Erarbeitung eines Curriculums für Europastudien und der Initiierung von Europastudien an der Universität Montenegro beraten.

Netzwerk-Veranstaltungen

Am 24. und 25. Mai 2001 fand die dritte Jahreskonferenz des Netzwerkes in Thessaloniki statt. Durch gezielte Fallstudien sollen künftig auf den Jahreskonferenzen – zusätzlich zur Weiterentwicklung des Netzwerkes und der Europastudienprogramme der Region – Herausforderungen der Transformation und der Heranführung an Europa von namhaften Experten zur öffentlichen Diskussion gestellt werden.

Am 20. Oktober 2001 traf sich in Tirana die Arbeitsgruppe Curriculum, um die Arbeiten am Muster-Curriculum fortzuführen. Der Abschluss dieser Arbeiten lag zum Jahresende 2001 schriftlich vor. Das ZEI hat die Endfassung des Muster-Curriculums veröffentlicht und allen Netzwerkpartnern zur Verfügung gestellt.

Über diese konkreten Einzelmaßnahmen hinaus hat das Netzwerk enorm an Resonanz gewonnen. Alle Staaten der Region sind in-

zwischen am Netzwerk beteiligt. Alle uns bekannten bedeutenden Europastudiengänge in der Region sind im Netzwerk vertreten. Die deutsche Teilnahme hat sich erheblich erweitert: Neben Saarbrücken sind die Europastudiengänge der Universität in Münster (Prof. Dr. Reinhard Meyers) und der RWTH Aachen (Prof. Dr. Armin Heinen) als wichtige Partner hinzugekommen. Sie sind wie die Limerick University (Prof. Dr. Moxon Browne) in der Struktur des Netzwerkes vertreten.

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe (Auswahl)

Biermann, Rafael: „Die europäische Perspektive für den westlichen Balkan. Die EU im Zwiespalt.“, in: Osteuropa, Jg. 51, Nr. 8, August 2001.

Biermann, Rafael: „Robert Schuman’s Perspective of Peace and Stability through Reconciliation. A Legacy of Continuing Actuality – also for the Balkans?“, in: Ankara European Studies Journal, Jg. 1, Nr. 1, Okt. 2001.

Gleich, Holger und Jürgen von Hagen: „Fiscal Policy in Transition“, in: Sylvester Eijffinger, Kees Koedijk, and Stephen Yeo (Hrsg.), *Vivent les Differences? Heterogeneous Europe*. London, CEPR, 2001.

Fidrmuc, Jan, und Jarko Fidrmuc: „Macroeconomic Developments in the Czech Republic and the EU Accession“, *Prague Economic Papers*, forthcoming.

Kühnhardt, Ludger: „Die Europäische Union – Fragen zur Erweiterung“, herausgegeben vom Auswärtigen Amt und der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland. Berlin 2001.

Traistaru, Iulia, Peter Nijkamp und Laura Resmini (Hrsg.): „European Integration, Regional Specialisation and Location of Industrial Activity in Accession Countries“, Ashgate Publishing, forthcoming.

Forschungsgruppe VI: „Europas Rolle in der Welt“

Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Gegenstand ist eine Untersuchung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik seit der Wiedervereinigung 1990. Das Projekt konzentriert sich auf drei zentrale Politikfelder, die nach der Wende in den europäischen Staatenbeziehungen Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik im euro-atlantischen Integrationsverbund maßgeblich bestimmen: die Stabilisierung des östlichen Umfeldes, das erweiterte sicherheits- und verteidigungspolitische Aufgabenspektrum und die Stärkung einer gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Im Mittelpunkt des ersten Problembereichs steht die Einbindung der MOE-Staaten in das Verflechtungs- und Verreglungssystem der westlichen Welt und ihre Sozialisierung in die Praxis multilateraler Koordination und Kooperation. Im Zentrum des zweiten Problembereichs der „neuen“ NATO stehen das zukünftige Aufgabenspektrum („out-of-area“), die globale Ausrichtung des Bündnisses (Golf, Proliferation), die neue transatlantische Verantwortungsteilung, die Implementierung der Defense Capabilities Initiative vom April 1999 und die Restrukturierung von Streitkräften in professionelle Projektionsarmeen. Im dritten Bereich werden die Bemühungen der Bundesregierungen Kohl und Schröder von Maastricht über Amsterdam bis zum EU-Ratsgipfel in Nizza im Dezember 2000 dargestellt, die europäische Sicherheit- und Verteidigungspolitik institutionell und operativ zu stärken. Das Forschungsprojekt wird von der Fritz-Thyssen-Stiftung co-finanziert.

EADS

Am 27. Juni 2001 war Rainer Hertrich, Co-Chief Executive Officer der EADS, einer der führenden europäischen Wirtschaftskapitäne aus dem Bereich der zivilen und militäri-

schen Hochtechnologie, am Zentrum für Europäische Integrationsforschung zu Gast. Im Rahmen des „ZEI-Europaforums“ sprach er über die Perspektiven des Unternehmens im Rahmen einer integrierten europäischen Beschaffungspolitik. Bei der European Aeronautic Defence and Space Company handelt es sich um den größten Luft- und Raumfahrtkonzern Europas, der aus dem Zusammenschluss der deutschen DASA bzw. DaimlerChrysler Aerospace AG, der französischen Aerospatiale Matra S.A. sowie der spanischen Construcciones Aeronáuticas S.A. (CASA) entstand. Seit Juli 2000 ist das Unternehmen an der Börse notiert. Zu den bedeutendsten Produkten gehören die Raketensysteme Ariane IV und V, die Flugzeuge der Airbus-Familie, Hubschrauber wie NH 90 und Tiger sowie militärische Transportflugzeuge wie der neu konzipierte europäische Langstreckentransporter A400M. Das Unternehmen ist außerdem mit 43 Prozent am Eurofighter sowie mit 46,5 Prozent an Dassault (Mirage) beteiligt.

Nachdem auch auf dem amerikanischen Luftfahrtmarkt die Zahl der Anbieter durch Fusionen drastisch gesunken ist, bot einzig ein Zusammenschluss wichtiger Teile der europäischen Industrie die Möglichkeit, eine Größenordnung zu erreichen, die Europa auf diesem Markt konkurrenzfähig hält. Angesichts der faktischen Unmöglichkeit des Exports von Militärtechnik in die USA (bei gleichzeitig 20 Prozent amerikanischem Marktanteil in Europa) ist diese Industrie neben Exporten vor allem auf den europäischen Markt angewiesen. Gerade dieser Markt ist zurzeit großen Veränderungen unterworfen. Die Truppenreduzierungen nach Ende des Kalten Krieges in Verbindung mit der Umstellung von der Landes- und Bündnisverteidigung auf internationale Krisenreaktionsfähigkeit hat bedeutende strukturelle Veränderungen bei den Streitkräften zur Folge. Die politischen Führungen betonen die Notwendigkeit dieser Veränderungen, versagen ihnen aber gleichzeitig die unabdingbaren finanziellen Mittel.

Die Industrie habe ihre Hausaufgaben in Richtung Europa gemacht, so Hertrich: Nun sei es an der Politik nachzuziehen und den unbestrittenen Herausforderungen endlich die notwendigen Taten folgen zu lassen.

Weimarer Dreieck

Die Frage nach den Auswirkungen der Terroranschläge vom 11. September 2001 auf die zukünftigen Aufgaben Europas standen im Mittelpunkt einer Diskussion über die zukünftige Rolle der deutsch-französisch-polnischen Zusammenarbeit („Weimarer Dreieck“). ZEI Direktor Prof. Kühnhardt, der Direktor des Instituts für Internationale Beziehungen in Warschau, Botschafter a.D. Janusz Reiter, und Sorbonne-Professor Henri Menulier hatten 2001 bereits eine Bestandsaufnahme der Rolle des Weimarer Dreiecks als ZEI Discussion Paper (C72 / 2000 „Das Weimarer Dreieck“) veröffentlicht. Ein Workshop vom 7. bis 8. Dezember 2001 in Berlin führte die Perspektiven der deutschen, französischen und polnischen Orientierung für das gemeinsame Europa in einem breiten, fachkundigen Kreis weiter. Organisiert von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und dem Bureau International de Liaison et de Documentation (BILD) in Kooperation mit dem ZEI und dem Deutschen Polen-Institut Darmstadt befasste sich die Konferenz auch mit Fragen der Migrationsproblematik und dem Potenzial der Jugendförderung im Rahmen des „Weimarer Dreiecks“. In der Diskussion analysierten der außenpolitische Chefredakteur von Le Monde, Daniel Vernet, DGAP-Forschungsinstituts-Direktor Prof. Karl Kaiser, der Direktor des Polnischen Instituts Leipzig, Kazimierz Woycicki, MdEP Jean Louis Bourlanges und ZEI Direktor Prof. Ludger Kühnhardt die Erfordernisse einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik im Lichte der terroristischen Herausforderung.

Europa und Asien

Vom 1. bis 5. Juli 2001 trafen über 40 Wissenschaftler und Politiker aus Europa und China in Chengdu, der Hauptstadt der chinesischen Provinz Sichuan, zu einem Kooperationsworkshop zusammen. Dort wurde über die Erfahrungen der Europäischen Union bei der Entwicklung eines zu-

kunftsträchtigen Bildungswesens in einem interkulturellen Kontext diskutiert. Der internationale Workshop „Education and Employment in the Cross-Cultural Context of EU“ wurde vom ZEI und dem Zentrum für Europaforschung der Sichuan Universität gemeinsam organisiert. Die europäische Union, mit der das ZEI seit 1999 eng kooperiert, finanzierte im Rahmen des „EU-China Higher Education Programme“ die Veranstaltung.

Die Volksrepublik China ist als multikulturelles Land mit zahlreichen Transformationsproblemen konfrontiert. Die chinesischen Teilnehmer des Workshops waren besonders interessiert zu erfahren, wie die kulturell unterschiedlich geprägten Staaten der Europäischen Union versuchen, das Verhältnis zwischen Ausbildung und Beschäftigung zu gestalten und wie sie ein effizientes Bildungssystem entwickeln.

Insgesamt wurden mehr als 20 Beiträge von deutschen, französischen und chinesischen Wissenschaftlern und Politikern präsentiert. Es ist vorgesehen, die Ergebnisse der Forschungsarbeiten und Konferenzdiskussionen in einem wissenschaftlichen Band der Schriftenreihe des Zentrums für Europäische Integrationsforschung zu veröffentlichen. ZEI und das Zentrum für Europaforschung der Universität Sichuan sind sich einig, dass sich die Kooperation zwischen Europa und China im Bereich der Bildungsreformen noch in einer Anfangsphase befindet, und dass das damit verbundene enorme Potenzial genutzt werden sollte, um zu einer besseren Verständigung zwischen Europa und Asien beizutragen.

Selbst- und Fremdverständnis der Kulturen

Lange ist es schon ein Desiderat, den unterschiedlichen Selbst- und Fremdverständnissen der Kulturen, den wechselseitigen Wahrnehmungs- und Erwartungsmustern nachzugehen. In dieser Situation hat der Leiter des Europa-Asien-Programms des ZEI, PD Dr. Xuewu Gu, ein Projekt auf den Weg gebracht, das den Zusammenhang zwischen dem unterentwickelten Europa-Asien-Verhältnis und den gegenseitigen unterschiedlichen Erwartungen nachspürt. Untersucht

wird, wie die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozesse in Europa von Asiaten wahrgenommen werden und umgekehrt. Die Resultate der Analysen und Reflexionen von zwölf Experten, die jeweils die Schwächen Europas und Asiens identifizieren, oft durch gegenseitige Enttäuschungen bzw. Missverständnisse hervorgerufen, wurden im Berichtszeitraum fertiggestellt: Xuewu Gu (ed.): *Europe and Asia: Mutual Perceptions and Expectations on the Way to a New Partnership in the twenty-first Century*. Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2002, (Band 40 der „Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung“).

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe (Auswahl)

Gu, Xuewu: „Außenpolitik Chinas“, in: Jürgen Bellers, Thorsten Benner, Ines Miriam Gerke (Hrsg.): *Handbuch der Außenpolitik von Afghanistan bis Zypern*. München 2001, S. 865-879.

Meiers, Franz-Josef: „The Reform of the Bundeswehr: Adaptation or Fundamental Renewal?“, in: *European Security*, Bd. 10, Nr. 2 (Sommer 2001), S. 1-22.

Asien und die EU

Die entscheidende Ursache für die „holperige“ und sprunghafte Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und der ASEAN liege darin, dass die Beziehungen zwischen den beiden Regionen noch nicht ausreichend institutionalisiert seien. Zu diesem Ergebnis kommt Prof. Jürgen Rüländ, Universität Freiburg, in dem ZEI Discussion Paper C95 / 2001 „ASEAN and the European Union: A Bumpy Interregional Relationship“. Er argumentiert, dass das niedrige Niveau der Institutionalisierung vor allem darauf zurückzuführen sei, dass die Entwicklung der bilateralen Beziehungen von 1972 bis 1990 überwiegend durch den „interregionalen“ Ansatz geprägt gewesen sei, der die Beziehungen nur auf „intergovernmentaler“ Ebene balanciere, jedoch keine tiefgreifenden Maßnahmen zum Aufbau von Institutionen erlaube. Dazu sei der Ansatz des „Transregionalismus“ notwendig, so Rüländ. Das Asia-Europe Meeting (ASEM) stelle zwar einen richtigen „transregionalen“ Ansatz dar, jedoch bedürfe es erheblicher politischer Anstrengungen von beiden Seiten, um die Beziehungen zwischen Europa und Asien zu institutionalisieren und damit zu einer dauerhaften Partnerschaft zu entwickeln.

Forschungsgruppe VII: „Europäische Identität und der Dialog der Kulturen“

Europarat

Die Problematik der europäischen Identität wird immer intensiver aus dem Bereich reiner wissenschaftlicher Abstraktion in die Mitte gesellschaftlicher Diskussionen geholt. Dabei ist von Bedeutung, dass die Frage nach einer möglichen europäischen Verfassung an Gewicht gewinnt. In diesem Zusammenhang interessiert die Thematik einer europäischen Identität nicht länger nur Wissenschaftler, sondern auch politische Praktiker. Die Forschungsgruppe „Europäische Identität und der Dialog der Kulturen“ erfährt die Folgen dieser Entwicklung durch die wachsende Nachfrage nach ihrer Expertise durch einschlägige europäische politische Institutionen.

Herausragend war die Anfrage des Generalsekretärs des Europarates, Dr. Walter Schwimmer, an den Direktor der Abteilung „Europäische Wertesysteme, Sprachen und Kulturen“, Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, in einem kleinen Beraterkreis mitzuarbeiten, der ein mehrjähriges systematisches Projekt des Europarates zum Thema „Europäische Identität“ bearbeitet. Nach einem ersten Gedankenaustausch zwischen dem Generalsekretär des Europarates und seinem Beratergremium am 11. Januar 2001 in Paris, folgten im gleichen Jahr zwei Kolloquien in Straßburg, an deren Ausgestaltung Prof. Dr. Kühnhardt federführend beteiligt war. Am Ende des Projektes soll die Verabschiedung einer „Declaration on European Identity“ durch den Europarat stehen.

Europäische Verfassung

So heterogen Europa in seinen Wurzeln, geschichtlichen Linien und Perspektiven auch ist, so steht es doch vor der Situation, sich selbst eine europäische Verfassung zu geben und eine Charta der europäischen Identität auszuarbeiten. Die damit verbundenen Schwierigkeiten hat die Forschungsgruppe durch zahlreiche Projekte unter anderem zu den Themen der Verfassung, kulturellen Geschichtsbildung, zur Wert-, Religions- und

Menschenrechtsproblematik untersucht, um so eine Grundlage für weitere Konzeptualisierungen zu gewinnen.

Der Beschluss von Nizza, im Jahr 2004 eine neue Konferenz abzuhalten, hat der Verfassungsdebatte der Europäischen Union einen neuen Schub verliehen. Ab 2002 demonstriert der Euro auch in Form von Scheinen und Münzen den Erfolg der wirtschaftlichen Einigung Europas. Die Beitrittsverhandlungen mit den Staaten Mittel- und Osteuropas dokumentieren den Willen, den Integrationsprozess auf noch breiterer Basis fortzuführen. Dennoch bleibt es für Europa eine bisher unerreichte Vision, eine politische Union zu schaffen. Der „Post-Nizza-Prozess“ wird auf dem bisher Erreichten aufbauen müssen.

Ausgehend von einem vom ZEI durchgeführten Workshop zur Frage nach der Europäischen Verfasstheit, wie sie sich etwa an der Rolle der Institutionen, der europäischen Außenpolitik und in Wertfragen zeigt, sind Wissenschaftler und Praktiker kritisch nachgegangen. An einem von Senior Fellow Dr. Frank Ronge konzipierten und editierten Buchprojekt über das bisher erreichte wirkten mit: Günter Verheugen, Paul Kirchhof, Leo C. Tindemans, Josef Homeyer, Jo Leinen und Hans-Gert Pötering. Die Autoren zeigen Handlungsmöglichkeiten der EU auf und entwickeln eine Vision der Zukunft Europas, indem sie insbesondere die Möglichkeiten für eine Europäische Verfassung beleuchten. Die Beiträge sind erschienen in: Frank Ronge (Hrsg.): *In welcher Verfassung ist Europa – Welche Verfassung für Europa?* Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2001, 368 Seiten (Band 15 der „Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung“).

ZEI Direktor Ludger Kühnhardt analysierte in einem ZEI Discussion Paper (C 85/2001) die Zusammenhänge zwischen den Diskursen über die europäische Identität und den neu aufkeimenden Debatten um Zweck und Notwendigkeit einer europäischen Verfas-

sung. Im Blick auf den 50. Jahrestag der Gründung der EWG im Jahre 2007 sieht Kühnhardt schon heute enormen Reformbedarf für die Institutionen der EU, der über die Beschlüsse des Gipfeltreffens von Nizza im Dezember 2000 entscheidend hinausgeht. Vor diesem Hintergrund plädiert er in dem Beitrag für die Erarbeitung einer europäischen Verfassung. Damit soll der häufig eher unspezifischen Suche nach der Definition einer europäischen Identität Rahmen und Richtung und dem politischen Willen der EU-Mitgliedsländer Orientierung und Perspektive gegeben werden. Es gelte von der Geschichte der USA zu lernen, dass Identität einen politischen Charakter annehmen müsse, wenn sie dauerhaft Wirkung im öffentlichen Raum entfalten wolle.

Die Zukunft Europas

Zur Bestandsaufnahme der europäischen Identität und Selbstdeutung gehörte ein Round Table Gespräch, das die Forschungsgruppe „Europäische Identität und der Dialog der Kulturen“ gemeinsam mit dem Collegium Europaeum Jenense konzipierte und zu dessen zehnjährigem Bestehen am 11. Januar 2001 in Jena durchführte. Unter dem Titel „Die Weisen Europas – Die Zukunft Europas“ erörterten die beiden Friedens-

preisträger des Deutschen Buchhandels, Prof. Dr. Annemarie Schimmel und Prof. Dr. Alfred Grosser, der ehemalige Bremer Bürgermeister und EU-Verwalter von Mostar, Hans Koschnik, der polnische Philosoph Marek Siemek und der Schriftsteller Reiner Kunze, Leitlinien ihrer Lebenserfahrung im Lichte der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Die Moderation übernahm Prof. Dr. Ludger Kühnhardt. Den Vortragenden

ging es darum, der akademischen Jugend zu Beginn des dritten Jahrtausends Erkenntnishilfen und Orientierungspunkte zu geben, aus den spezifischen Perspektiven des europäisch-islamischen Dialogs der Kulturen, der deutsch-französischen und der deutsch-polnischen Versöhnung, der Friedensproblematik im Balkan und der versöhnenden Kraft von Dichtung und Literatur. Die Beiträge des Colloquiums werden vom Collegium Europaeum Jenense veröffentlicht.

Wissens- und Informationsgesellschaft

In einer Grundsatzrede zur „Rolle der Europäischen Union bei der Entwicklung Europas von der Industriegesellschaft zur Wissens- und Informationsgesellschaft“ hat Viviane Reding (Luxemburg), Mitglied der EU-Kommission für die Bereiche Bildung und Kultur, die Bedeutung des Lernens für die zukünftige Entwicklung der europäischen Gesellschaft ins Zentrum gerückt. Über 130 Interessierte aus Politik, Wirtschaft, Medien und Wissenschaft waren am 7. März 2001 ins Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) gekommen. Im Rahmen des „ZEI-Europaforums“, wenige Tage vor dem EU-Gipfel in Stockholm am 23. und 24. März 2001, konnten die Zuhörer die Position der EU-Kommissarin in dieser zentralen Frage kennen lernen.

Lebenslanges Lernen schaffe, wie bereits in einem europäischen Memorandum dargelegt, das notwendige Fundament für den Übergang zur Informationsgesellschaft. Angesichts der rasanten technologischen Veränderungen sei es unverzichtbar, auch über den schulischen und universitären Bereich hinaus eigene Kenntnisse und Qualifikationen besonders im „neuen Wissen“ kontinuierlich zu aktualisieren. Es sei an der Zeit, junge und fähige Menschen endlich als knappe Ressource zu begreifen. Internetzugänge für alle Schüler und Jugendlichen, umfassende Lehrerfortbildung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) sowie eine Erweiterung des Angebots europäischer Dienstleistungen im Bildungsbereich seien unverzichtbar, um dem wachsenden Arbeitskräftemangel in vielen Zukunftsbranchen entgegenzuwirken. Gerade Nizza habe viel bewegt, indem die An-

EU-Kommissarin
Viviane Reding beim
Europaforum zur
„Wissens- und
Informationsgesellschaft“
am 7. März 2001.



nahme der Sozialagenda Bildung als soziales Grundrecht in der künftigen europäischen Gesellschaft als konstitutiv verankert habe. Die Kommissarin wurde jedoch nicht müde, stets die Verantwortung der nationalen Regierungen (oder die der Bundesländer) zu betonen, deren Pflicht es sei, die zahlreichen Anstöße in die Tat umzusetzen und Bildung für die Europäer der Zukunft zu gestalten.

Gemeinsames Haus Europa

Die Grundfragen der Forschungsgruppe Europäische Identität betreffen Ideen und Ziele, Wünsche und Visionen, Werte und Maßstäbe, an denen sich der Bau des „gemeinsamen Hauses“ Europas orientieren soll. Eine einheitliche Währung allein wird nicht ausreichen, um die europäische Einigung zu vollenden. Will Europa wirklich Zukunft haben, muss es mehr sein und werden als „EURO-Land“. Nun ist die geschichtliche Identität des Kontinents eng mit dem Christentum, aber auch mit dem Judentum und Islam verknüpft, darüber hinaus mit bestimmten Werten, z.B. der Menschenrechtsvorstellung. Um hier in differenzierter (kultur-)geschichtlicher und philosophischer Weise Klärung zu schaffen, hat das ZEI mehrere Publikationen in der Schriftenreihe des Zentrum für Europäische Integrationsforschung veröffentlicht:

Band 27: Walter Schweidler (Hrsg.): Werte im 21. Jahrhundert. Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2001. Die Autoren betrachten die Wertproblematik unter dem philosophischen Gesichtspunkt der Frage nach Begründung und Richtigkeit von Werten. Es untersucht die wichtigsten Felder der die Gesellschaft und das Leben prägenden Institutionen auf die Wertdynamik hin. Das geschieht in einem interdisziplinären Ansatz. Gestellt werden Fragen nach dem Wert der Wissenschaft, nach dem Verhältnis von Wissenschaft, Medizin und Gesellschaft, nach den Folgen der globalen Durchsetzung der Menschenrechte, nach Ideologien vor dem Hintergrund gegenwärtiger Wertsetzungen, nach der gesellschaftlichen Funktion von Werten, nach dem Verhältnis europäischer und nichteuropäischer Werte im Prozess der Globalisierung, sowie nach der menschlichen Selbsterfahrung in der Zeit sich beständig beschleunigender Lebensvorgänge.

Band 29: Gerhard Höver (Hrsg.): Religion und Menschenrechte. Genese und Geltung. Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2001. Den zentralen Zusammenhängen gehen die Autoren in drei Themenkreisen nach: religiöser und historischer Ursprung der Menschenrechte, kulturelle Vielfalt von Interpretation und Geltung der Menschenrechte und die Umsetzung der Menschenrechte.

Band 31: Walter Fürst/Martin Honecker (Hrsg.): Christentum – Europa 2000. Die Zukunft Europas als Aufgabe und Herausforderung für Theologie und Kirchen. Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2001. Der Untertitel des Bandes soll ins Bewusstsein rufen, dass christliche Religion, Theologie und Kirchen nur in dem Maße ihren Beitrag zur Zukunft Europas leisten können, in dem sie sich selbst in ihrem Selbstverständnis vom geistigen Erbe Europas herausfordern lassen und zu einer entsprechenden Ausgestaltung ihrer eigenen Identität bereit sind. Nur unter dieser Voraussetzung sind sie im pluralistisch-demokratischen Europa zukunftsfähig.

Deutsch-Norwegische Kontraste

Band 34: Heiko Uecker (Hrsg.): Deutsch-Norwegische Kontraste. Spiegelungen europäischer Mentalitätsgeschichte. Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2001. Gemeinsamkeiten können zum besseren Verständnis des Anderen führen. Klarer wird das Bild jedoch, wenn man versucht, Kontraste hervorzuheben. Beiden Herangehensweisen liegen oftmals zählbare Klischees zu Grunde, die den unbefangenen Blick auf das Andere verstellen. Diesem entgegenzuwirken und Unterschiede zu benennen, um universale kulturelle Definitionen zu vermeiden, ist das Anliegen, aus dem heraus das nun vorliegende Buch entstand. Es basiert auf den Beiträgen zu einem deutsch-norwegischen Kolloquium am 10./11. Dezember 1999 an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Europäische Kleinsprachen

Am 16. und 17. Juni 2000 fand im ZEI ein internationales wissenschaftliches Kolloquium in Zusammenarbeit mit Bonner Sprachwissenschaftlern zur Lage und zum Status der kleinen europäischen Sprachen an der Schwelle zum dritten Jahrtausend statt.

Band 45: Heinrich P. Kelz, Rudolf Simek, Stefan Zimmer (Hrsg.): Europäische Kleinsprachen. Zu Lage und Status der kleinen Sprachen an der Schwelle zum dritten Jahrtausend. Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2001.

Menschenwürde und biomedizinischer Fortschritt

Während des Jahres 2001 nahmen die Diskussionen über biomedizinische und bioethische Fragen in verschiedenen europäischen Ländern an Schärfe zu. Bemerkenswert waren dabei Berührungen in den Argumenten von Geistes- und Naturwissenschaftlern, sowohl in Richtung einer eher utilitaristischen Orientierung als auch im Blick auf dezidiert „orthodoxe“ Positionen naturrechtlicher und menschenrechtlicher Argumente. Auch in Bonn wurde die Frage der Biomedizin unter dem Gesichtspunkt des Embryonenverbrauches kontrovers diskutiert. Vertreter unterschiedlicher Fakultäten der Universität Bonn – der Zellbiologe Herzog, die Mediziner Ewig und Kowalewski, die Theologen Eibach (Evangelische Fakultät) und Höver (Katholische Fakultät), der Philosoph Hoffmann und ZEI Direktor Kühnhardt – gaben Stellungnahmen ab, mit denen sie die Debatten in den Kontext der Suche nach den ethischen Fundamenten der europäischen Identität stellen möchten. Sie plädierten entschieden für die Unauflöslichkeit von unteilbarer Menschenwürde und der möglichen Implikationen biomedizinischer Fortschritte (ZEI-Discussion Paper C97/2001).

Alte Sprachen

Da die europäische Kultur ihre Wurzeln auch in den klassischen Sprachen hat, durften diese im Rahmen des europäischen „Jahres der Sprachen“ nicht vernachlässigt werden. Aus diesem Grund hat die Forschungsgruppe „Europäische Identität“ eine Zusammenarbeit mit der Historischen Kommission des Vatikan zur Wiederbelebung der Alten Sprachen eingeleitet. Angeschlossen haben sich die Commission Internationale d'Histoire ecclésiastique comparée und die Unione Internazionale degli Istituti di Archaeologia, Storia e Storia dell' Arte in Rom. In dem mehrstufig konzipierten Projekt ist zunächst allen in Frage kommenden europäischen

Akademien eine Grunderklärung zur Wiederbelebung der Alten Sprachen zur Unterstützung zugesandt worden. Anknüpfend an die positiven Rückmeldungen und im Anschluss an ein Discussion Paper des Kieler Philologen und ZEI Senior Fellow Prof. Dr. Lutz Käppel zum Thema: „Das Modernitätspotential der klassischen Sprachen und ihre Bedeutung für ein europäisches Bildungskonzept“ (ZEI Discussion Paper C98/2002) wurde ein Manifest zu dem genannten Themenkomplex erarbeitet. Während der entsprechenden Beratungen in Rom im Herbst wurde die Konzeption eines europaweiten Aktionsprogramms für die nächsten Jahre initiiert.

Der Islam in Deutschland

Die Auseinandersetzung mit anderen Kulturen, Religionen und Identitäten erfordert notwendigerweise eine weitgehende Analyse der Situation des Islam. Mit der Einwanderung muslimischer Arbeitnehmer und ihrer Familien ist der Islam zu einer dauerhaften Erscheinung innerhalb der religiösen und gesellschaftlichen Landschaft Deutschlands geworden. Diese neue Situation wirft nicht nur Fragen für das Verhältnis der Religionen untereinander, sondern auch für das Zusammenleben ihrer Angehörigen in der Gesellschaft auf. Diesen Fragen kann sich auch die Katholische Kirche nicht entziehen, insofern sie durch ihr Verhalten gegenüber den Muslimen auf diese Prozesse einwirken kann.

Band 46: Thomas Lemmen: Muslime in Deutschland. Eine Herausforderung für Kirche und Gesellschaft. Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2001.

Euro-Mediterrane Partnerschaft

Am 2. April 2001 trafen sich Wissenschaftler und Diplomaten der Mitgliedstaaten der „Euro-Mediterranen Partnerschaft“ zu einem von der Fritz-Thyssen-Stiftung finanzierten „II Mediterranean Forum“ des ZEI, um über die Zukunft des Barcelona-Prozesses zu beraten. Im Mittelpunkt der Debatten stand die Problematik der unterschiedlichen Interessenlagen, die seitens der EU-Mitgliedsstaaten sowie der Nicht-EU-Mitgliedsstaaten mit der Euro-Mediterranen Partnerschaft verbunden werden, sowie die Abhängigkeit vom Nahost-Friedensprozess. Insbesondere die Beiträge von Prof. Dr. Felix Maier (Mediterranean Academy for Diplomatic Studies, Malta) sowie der Botschafterin Marokkos bei der Europäischen Union, Aicha Belarbi, veranschaulichten sehr klar, welche divergierenden Interessen seitens der Nicht-EU-Barcelona-Partner mit diesem Prozess verknüpft werden. Demgegenüber stand das Bekenntnis von Dr. Christian Sterzing (MdB Bündnis 90/Die Grünen), dass es im Interesse Deutschlands sei, den Barcelona-Prozess zu fördern. Nur so könnten Fortschritte zur ökonomischen Entwicklung und sicherheitspolitischen Stabilisierung der gesamten Region geleistet werden.

Mittelmeerstaaten

Der gemeinsam von ZEF und ZEI veranstaltete und von der VW-Stiftung mitfinanzierte englischsprachige Workshop zur Rolle des kulturellen Faktors in Politik und im Regierungshandeln der Staaten rund um das Mittelmeer fand in Bonn am 19. und 20. Juni statt. In seiner Einführungsrede im Festsaal der Universität Bonn brach der Präsident des Club of Rome und Vertreter der UNESCO, Prinz Hassan von Jordanien, eine Lanze für den Dialog und den Austausch der Kulturen nördlich und südlich des Mittelmeers. Im Anschluss daran setzten sich die Teilnehmer, angesehene Sozial-, Kultur- und Politikwissenschaftler, mit Kultur zur Erklärung gegenwärtiger Demokratiedefizite auseinander. Regionalexperten versuchten anhand konkreter Fallstudien aus dem Libanon, der Türkei und der Arabischen Welt, empirisch gesättigte Aussagen zur Bedeutung des kulturellen Faktors in der Politik der südöstlichen Mittelmeer-Anrainerstaaten zu treffen.

Die abschließende Podiumsdiskussion widmete sich ganz den Implikationen, die die Diskussion um die Relevanz der Kultur für die Forschung und vor allem für die praktische Politik haben könnte, besonders im Hinblick auf den gegenwärtigen Barcelona-Prozess zwischen der EU und den Staaten



Foto unten(v.l.n.r.): Andreas Wimmer, ZEF, Ludger Kühnhardt, ZEI, und Hans-Dietrich Genscher.

Does Culture Matter?
am 19./20. Juni 2001;
Foto oben (v.l.n.r.):
Lawrence Harrison,
Harvard University,
Ludger Kühnhardt,
ZEI, Prinz Hassan von
Jordanien,
Vorsitzender des Club
of Rome, und Andreas
Wimmer, ZEF.

Foto Mitte: Bei
derselben
Veranstaltung spricht
Außenminister a.D.
Hans-Dietrich
Genscher.

im südlichen Mittelmeer. Zusammenfassend wurde festgestellt: Trotz mancher kritischer Einwände herrschte weitgehende Übereinstimmung, dass die Kultur als Bestimmungsfaktor des politischen und wirtschaftlichen Staatenlebens ein zentrales Paradigma der akademischen Forschung bleiben werde. Denn in der öffentlichen Diskussion herrschten einfach zu viele Missverständnisse und Fehlwahrnehmungen, welche letztlich auch die Politik fehl lenkten. Ein Konferenzband mit den wichtigsten Beiträgen soll folgen.

Ostasien und der Westen

Die Grundlage des künftigen Zusammenlebens auf der Welt lässt sich weder durch einen Weltstaat noch durch ein Weltethos verordnen. Sie kann nur im Dialog der Kulturen und damit in der Auseinandersetzung über Wahrheit und Menschenrecht erstritten werden. Für Konfuzius war der Ausgangspunkt die „Richtigstellung der Begriffe“: Bevor man die Wahrheitsansprüche anderer Kulturen verstehen und nach Konflikt und Versöhnung forschen kann, muss man den geschichtlichen Hintergrund und die systematische Verbindung zwischen den Konzepten rekonstruieren, die das Gerüst des Dialogs bilden. Von ganz besonderer Bedeutung wird dies im Verhältnis zwischen den ostasiatischen Kulturen und dem Westen sein. Hier stehen sich zwei Zivilisationen von gleicher Tiefe und mit gleichem Universalanspruch gegenüber, deren eigentliche Begegnung im Weltmaßstab noch aussteht. Der Charakter dieser Begegnung wird die Zukunft stärker gestalten als alle zurzeit absehbaren Entwicklungen auf der Erde. Um sie vorzubereiten, bedarf es des Dialogs über die wichtigsten Kategorien, in denen Würde und Aufgabe des Menschen bestimmt werden. Dazu will dieses Projekt in der gemeinsamen Bemühung östlicher und westlicher Denker der Gegenwart einen Beitrag leisten.

Aktivitäten

Während des Jahres 2001 konnten sich in Zusammenarbeit mit der Straniak Stiftung weitere Visiting Fellows an dem Forschungsprojekt „Philosophischer Dialog zwischen Ostasien und dem Westen“ beteiligen. Die Forschungsergebnisse, die zwischen 2000 und 2002 erarbeitet werden,

münden in einen Sammelband und bilden darüber hinaus die Grundlage zu einer internationalen wissenschaftlichen Konferenz im Jahr 2003.

Vor dem Hintergrund der Aufgabe interkultureller Verständigung und internationaler Zusammenarbeit führt das ZEI mit Hilfe von Senior Fellow Prof. Dr. Walter Schweidler, Ruhr-Universität Bochum, ein Projekt in Kooperation mit der Nationaluniversität der Mongolei in Ulanbataar durch. Es handelt sich um ein Projekt zur Transformation der Philosophieausbildung an den Hochschulen der Mongolei im Lichte der Pluralität der Denkschulen in der gegenwärtigen westlichen Philosophie und unter Einbezug buddhistischer Philosophie-traditionen (2002-2005).

Der Ausbildungsleiter der National University of Mongolia trat mit der Bitte um Unterstützung im Reform- bzw. Umbruchprozess seiner und anderer Universitäten an das ZEI heran. Im wechselseitigen Kontakt möchte man das Ethik- und Philosophiestudium von Magister- und Promotionsstudenten entsprechend zeitgemäßen internationalen Standards modernisieren. Die mongolische Seite betont, dass sich seit 1990 die politische Situation im Land geändert habe und sich in der Folge Sozial- und Humanwissenschaften weiterentwickelt hätten. Die Philosophieausbildung sei aber nach wie vor stark durch die marxistische Ideologie geprägt. Die umfassende Reform der Philosophieausbildung trifft in methodologisch-didaktischer Hinsicht auf das Interesse des ZEI, das Standards der didaktischen Konkretisierung von Inhalten der Philosophieausbildung entwickeln möchte, die sich in der Praxis eines Entwicklungslandes bewähren können. In inhaltlich-systematischer Hinsicht entspricht es dem Ziel der Forschungsgruppe „Europäische Identität und der Dialog der Kulturen“ des ZEI, der Ethik eine interkulturelle Perspektive zu geben, wie sie im herkömmlichen Kanon der westlichen Philosophie wie auch der Philosophiegeschichte noch nicht oder nur in Ansätzen entwickelt worden ist.

Im Kooperationsplan ist vorgesehen, dass insgesamt fünf mongolische Gelehrte der Philosophie oder verwandter Sozialwissen-

schaften, jedoch maximal zwei pro Jahr, zu einem dreimonatigen Forschungsaufenthalt vom ZEI eingeladen werden. Im Gegenzug lädt die National-Universität der Mongolei sechs deutsche Kurzzeitdozenten für zwei, drei oder vier Wochen ein.

Der Euro

Aus Anlass der Euro-Einführung untersuchten Autoren aus verschiedenen europäischen Ländern die Gestaltung der Banknoten zahlreicher Länder der Eurozone, der EU und darüber hinaus. Es ist das Ziel des Projektes, die Ideen hinter der jeweiligen Motivauswahl zu analysieren und daraus Erkenntnisse über dargestellte nationale Traditionen, Ideologien und Selbstsichten zu gewinnen. Im Rahmen dieses Forschungsprojektes entsteht ein von Georg Michels editierter Sammelband, in dem die Erträge zu den einzelnen Ländern zusammengeführt werden. Eine Einbettung in die Geschichte des Gelddesigns, verknüpft mit der historischen Perspektive, erlaubt einen Blick auf die Zukunft der Wirkung des EURO für die Ausgestaltung der europäischen Identität. Um eine gesamteuropäische Dimension zu gewinnen, bleibt der Ansatz des Forschungsprojektes jedoch nicht auf die Mitgliedsstaaten der Währungsunion beschränkt, sondern es werden auch die übrigen Staaten der EU sowie die künftigen Mitglieder der EU in Ostmitteleuropa berücksichtigt.

Kurzfassungen von ausgewählten Beiträgen dieses Projektes wurden bereits im Rahmen einer Sonderbeilage der Wochenzeitung „Rheinischer Merkur“ unter dem Titel „Geld, Macht, Glück“ (Rheinischer Merkur, Nr. 51/52, 21. Dezember 2001, Seite 3ff.) publiziert. Zahlreiche Abbildungen der scheidenden Banknoten verschiedener Länder illustrierten geraffte Analysen der jeweiligen nationalen Ikonographien. Im einzelnen wurden die Geldscheinbebilderungen aus Deutschland, Frankreich, Österreich, Belgien, den Niederlanden, Luxemburg, Griechenland, Italien, Spanien, Portugal, Finnland, Irland, Großbritannien und der Schweiz dargestellt. Ein Beitrag zur Einführung des Euro, verfasst durch den Projektkoordinator Dr. Georg Michels, verknüpfte den geschichtlichen Blick mit dem aktuellen Zeitgeschehen.

Querschnittsaufgabe „NRW in Europa“

Die kultur- und politikwissenschaftliche Abteilung des ZEI stellt mit einem fokussierten Arbeitsprogramm ihre Expertise für das Land Nordrhein-Westfalen zur Verfügung. Zur Koordination und Bearbeitung wurde bereits im Laufe des Jahres 2000 die Arbeitsstelle „Querschnittsaufgabe NRW“ eingerichtet. Die Querschnittsaufgabe NRW unterscheidet sich von den anderen Forschungsgruppen des ZEI dadurch, dass sie kein umfängliches Feld eigener Expertise hat.

Die Arbeit der Querschnittsaufgabe NRW besteht vielmehr darin, Ideen aus anderen ZEI-Forschungsgruppen und gegebenenfalls aus externen wissenschaftlichen Einrichtungen aufzunehmen und zusammenzuführen. Die damit verbundenen Impulse und Ideen sollten mit der Stellung des Landes Nordrhein-Westfalen innerhalb der EU in Zusammenhang stehen. Neben diesen Querschnittsfunktionen im engeren Sinne sollten wissenschaftliche Aktivitäten, die auf den Ideen und Kernkompetenzen der Arbeitsstelle beruhen, stehen. Die Arbeitsstelle will sich einerseits auf laufende Arbeiten und bestehende Forschungsgruppen stützen. Andererseits muss sie auch neue Forschungsvorhaben auf den Weg bringen.

Das Arbeitsprogramm besteht aus mehreren Bausteinen:

- Die EU-Regierungskonferenz 2000 in Nizza hat weiteren Handlungs- und Entscheidungsbedarf offen gelassen, der zu einem neuen Reformmandat der EU beim Gipfeltreffen in Laeken im Dezember 2001 führte. Für die deutschen Bundesländer ist in diesem Prozess entscheidend, wie ihre Kompetenzen in einem künftigen Verfassungsvertrag der EU abgegrenzt und gewährleistet werden. Aus Sicht der Abteilung ist es erstrebenswert, künftig vermehrt solchen Fragen nachzugehen, die NRW-spezifische Interessen behandeln. Das Arbeitsfeld könnte an herausgehobener Stelle den Grundsatz der Subsidiarität, einer Verfassung und einer Kompetenzverteilung in der EU umfassen. Entsprechende Gespräche über Kooperationsfelder konnten im Jahr 2001

mit der Ministerin für Europaangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft, und ihrem Amtschef, Dr. Georg Kindsmüller, geführt werden.

- Grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Wirtschaft und Verwaltung beruht weit mehr, als uns dies nach Jahrzehnten der Europäischen Integration noch gegen-

wärtig ist, auf den Möglichkeiten, dem Geschick und dem Einfühlungsvermögen auf dem Gebiet der interkulturellen Kommunikation. Wo Stereotypen in der Perception des Nachbarlandes und seiner Bewohner, Unterschiede in Begrifflichkeit, Werten und Stilen noch im Stande sind, schwerwiegende Missverständnisse heraufzubeschwören, vermögen „Lesehilfen“ für Kulturen und Mentalitäten einen kaum zu unterschätzenden Beitrag zu leisten, wenn es darum geht, Wirtschaft und Verwaltung in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu unterstützen.

Ein ZEI-Projekt mit einer kleinen Reihe von Veranstaltungen und Publikationen beschreibt die unterschiedlichen Kulturen und Mentalitäten in den Nachbarländern Nordwest-Kontinentaleuropas. Die Zusammenarbeit bezieht auch externe Experten ein.

Auf Initiative der Forschungsgruppe „Europäische Identität und Dialog der Kulturen“ fand am 18. Mai 2001 der erste Workshop dieser Serie statt. Er brachte im Hinblick auf die Informationserfordernisse des Handbuchs erste Stichworte und Erkenntnisse in einer Expertenrunde zusammen. Während des Jahres 2001 kam es zu weiteren Arbeitstagen. Koordinator des Projekts, das zwei Veröffentlichungen im Jahr 2002 vorsieht, ist nach dem Ausscheiden von Dr. Stefan Comes nunmehr Dr. Georg Michels.

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe (Auswahl)

Kühnhardt, Ludger: „Christliches Menschenbild und europäische Einigung, Kirche und Gesellschaft“ (herausgegeben von der katholischen sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach), Nr. 280 / 2001, 16 Seiten.

Kühnhardt, Ludger: „Europe in Search of its Constitution and Identity“, in: *Journal of European Studies* (Bangkok), Vol. 8, No.2. July-December 2000, Seite 1 ff. (mit Thai Kurzfassung).

Michels, Georg: „Metropolen und Kulturtransfer in Ostmitteleuropas (15./16. Jahrhundert): Prag, Krakau, Danzig, Wien“, Hrsg. mit Andrea Langer (Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropa). Stuttgart Steiner 2001.

Weiterbildung

Master of European Studies

Am 31. Mai 2001 wurde am ZEI der dritte Jahrgang im Rahmen des einjährigen ZEI-Aufbaustudiengangs „Master of European Studies“ offiziell verabschiedet. Insgesamt 19 Fellows traten anschließend ihre Praktika bei der Europäischen Kommission in Brüssel, deutschen Auslandsvertretungen oder verschiedenen Bundesministerien an. Am Ende des Jahres haben damit bereits 55 Studenten aus der Bundesrepublik, den EU-Mitgliedsländern, Lateinamerika, Asien, den Vereinigten Staaten und den mittel- und osteuropäischen Ländern ihr Studium am ZEI mit dem Titel „Master of European Studies“ erfolgreich abgeschlossen. Gleichzeitig nahmen im Oktober 2001 20 Studenten des vierten Jahrgangs ihr Studium in Bonn auf. Aus den ersten drei Jahrgängen haben die mittlerweile in einem Verein organisierten Alumni praktisch ausnahmslos den Sprung in die Berufswelt geschafft.

Nach nunmehr vier Jahren hat sich der Bonner Studiengang innerhalb des großen postgradualen Angebots der Bundesrepublik bewährt. Die Bilanz bestätigt den besonderen Ansatz des auf Initiative des Auswärtigen Amts in Zusammenarbeit mit dem Stifterverband und ausgewählten Universitäten entwickelten Studienprogramms. Das ZEI ist überzeugt, dem ursprünglichen Auftrag des Auswärtigen Amts, den Studiengang für eine Pilotphase von drei Jahren zu erproben, in jeder Hinsicht entsprochen zu haben. Seit 1998 leistet das ZEI mit seinem Programm einen Beitrag zur Verbesserung der „Europafähigkeit“ des Nachwuchses durch eine gezielte, praxisnahe Ausbildung.

Der methodische Ansatz des Programms ist interdisziplinär ausgerichtet und beinhaltet in Bonn die Fächer Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft und Rechtswissenschaft – jeweils zu gleichen Teilen. Diese einzigartige Kombination, so bestätigt die Resonanz der Teilnehmer und auch der am Programm beteiligten Dozenten eindrucks-

voll, ist in jedem Fall zukunftsweisend und kann der Nachfrage an Allround-Führungskräften am ehesten gerecht werden.

Der Lehrplan ist in Grund- und Vertiefungskurse gegliedert und komplementär ausgerichtet. Die Studierenden werden aus den Bereichen Politik, Ökonomie und Recht durch Dozenten aus Bonn und verschiedenen EU-Mitgliedsländern mit aktuellen Fragestellungen konfrontiert. Die Grundkurse dienen dabei primär der Erlangung und Vertiefung von Grundkenntnissen im Europa-



Studenten des European Masters Programms.

recht, zur Wirtschafts- und Währungsunion sowie zur politischen Union. Darüber hinaus vermitteln kürzere Vertiefungskurse Kenntnisse in den drei das Studienangebot strukturierenden Themenblöcken unter gleichzeitiger Wahrung des interdisziplinären Charakters des Aufbaustudiengangs. Mit der deutlichen Straffung des Studienjahres auf zehn bis elf Monate (inklusive Praktikum) sind erhöhte Leistungsanforderungen und ein außerordentlich intensives Arbeiten verbunden. Gleichzeitig erhöht das komprimierte Angebot die Ausbildungsintensität und ermöglicht aufgrund des Abschlusses bereits im Juli eines Jahres die Beteiligung an Einstellungsverfahren internationaler Organisationen und Institutionen.

Neben grundlegenden Seminaren zur Europäischen Union wird das Programm seit dem zweiten Jahr durch Beiträge von Praktikern und Experten der Europäischen Kommission, aus Ministerien und anderen europäischen wie internationalen Einrichtungen geprägt. Auf diese Weise wird neben einem hohen akademischen Standard auch der praktische Bezug zu europäischen Fragen gewährleistet. Im Rahmen eines „Masterseminars on European Integration“ werden Vertreter dieser Institutionen zu Gesprächen

Fellows eine optimale Orientierungshilfe mit Blick auf die künftige Berufswahl geben und durch den systematischen Ausbau seines Netzwerks eine noch unmittelbarere Starthilfe in den anschließenden Beruf ermöglichen. Zu diesem Zweck wurden beispielsweise ganztägige Workshops mit den Beratungsunternehmen McKinsey und der Boston Consulting Group durchgeführt. In diesen Workshops wurden den Fellows Perspektiven für eine mögliche Karriere in der Wirtschaft mit ihren spezifischen Profilen vermittelt.



Bei der Abschlussfeier des European Masters.

mit den Teilnehmern des Masterprogramms im Laufe des Jahres eingeladen, um über Erfahrungen aus ihren jeweiligen Arbeitsgebieten zu berichten. Zu den Themen der insgesamt zehn Veranstaltungen gehörten bislang die „Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion“, die „Osterweiterung“ und die Entwicklung der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“.

Darüber hinaus wird in Seminaren in die Thematik „Verhandlungsführung in EU-Gremien“ und „Internationale Arbeitstechniken“ eingeführt. Verschiedene Fallstudien, Planspiele und Diskussionsveranstaltungen ermöglichen den Fellows, theoretisches Wissen möglichst praxisbezogen anzuwenden.

Der Ausbau dieser Praxiskomponenten ist sicherlich die wichtigste Aufgabe für die kommenden Jahre, da sich der Übergang in die Praxis für die Fellows als größte Herausforderung darstellt. Zwar sind die bisherigen Teilnehmer nahezu ausnahmslos untergekommen, das Programm will jedoch den

Zu den außercurricularen Aktivitäten im Rahmen des Programms gehören außerdem Exkursionen nach Brüssel zur Europäischen Kommission, nach Frankfurt zur Europäischen Zentralbank, nach Straßburg zum Europäischen Parlament und nach Berlin zum Besuch des Deutschen Bundestages und des Auswärtigen Amts. Auch durch diese Exkursionen will das ZEI den Praxisbezug des Studiums gewährleisten.

Die Organisation von Praktikumsstellen durch das Auswärtige Amt hat in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass jeweils rund 80 Prozent der Fellows von dem breiten Angebot gebraucht gemacht und ein Praktikum entweder in deutschen Auslandsvertretungen, Bundes- oder Landesministerien oder in der Wirtschaft angetreten haben. Interessant und vielfältig sind aber auch die Praktikumsmöglichkeiten bei Europäischen Institutionen wie der Kommission in Brüssel oder dem Europäischen Parlament.

Das ZEI führte zum Ende des Sommersemesters 2001 erneut eine vierwöchige Sommerakademie durch (Transatlantic Summer Academy - TASA). Teilnehmer sind hochqualifizierte Studenten aus Nordamerika und Europa. Das zentrale Anliegen der Sommerakademie ist es, unter den Teilnehmern aus Nordamerika und Europa ein gegenseitiges Verständnis für die Bewältigung der gemeinsamen Aufgaben zu entwickeln und ihr Bewusstsein für die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen zu stärken. Nur zusammen können Europa und Nordamerika die vielfältigen Herausforderungen einer globalisierten Welt im 21. Jahrhundert meistern.

Transatlantic Summer Academy

Die 8. Transatlantic Summer Academy fand vom 5. bis 30. Juni 2001 am ZEI der Universität Bonn statt. Teilnehmer der Sommerakademie waren 30 Studenten aus Amerika und Europa. Dank der finanziellen Unterstützung von Seiten des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, der Robert Bosch Stiftung, dem Freundeskreis „Internationale Studenten“ e.V., Göttingen, konnten fünfzehn Stipendien an Studenten aus Nordamerika (6) und Mittel- und Osteuropa (9) vergeben werden.

Die Sommerakademie stand unter dem zentralen Thema „Euro-Atlantic Relations in the 21st Century: The Challenges Ahead“. Das interdisziplinär angelegte Programm bestand aus Vorträgen, Tutorials, Panel-Diskussionen und Briefings in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Recht, Geschichte und Kultur. Es bot den Teilnehmern die Möglichkeit, mit Experten und Persönlichkeiten aus Regierung, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und den Medien über aktuelle Themen in den euro-atlantischen Beziehungen zu diskutieren. Den Festvortrag hielt Rolf Zimmermann, Vorstandsvorsitzender der Ford Werke AG, Köln, zum Thema „Euro-Atlantic Relations in the Age of Globalization: The View of a U.S. Multinational Corporation“.

Wie in den vergangenen Jahren waren die Exkursionen nach Strasbourg, Berlin und Brüssel zentraler Bestandteil des Programms. Höhepunkt der Strasbourg-Exkursion waren Gespräche mit Elmar Brok, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des EU-Parlaments, und S.E. Johannes Dohmes, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland beim Europarat. In Berlin sprachen die Teil-

nehmer mit Vertretern des Bundeskanzleramtes, des Auswärtigen Amtes, des Bundesverteidigungsministeriums, Abgeordneten des Deutschen Bundestages sowie Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, den Gewerkschaften und den Medien über aktuelle Themen in den euro-atlantischen Beziehungen. In Brüssel trafen die Teilnehmer Vertreter der Europäischen Kommission und der NATO. Gesprächspartner waren u.a. S. E. Dr. Wilhelm Schönfelder, der Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der EU, und Prof. Jamie Shea, NATO-Presse-sprecher. Das Programm rundeten drei Ausflüge nach Köln, Düsseldorf und Aachen zur Erkundung des Rheinlandes ab. Der Ausflug nach Düsseldorf bot den Teilnehmern die Gelegenheit, mit Experten der Landeszentralbank Nordrhein-Westfalen und der Mannesmann AG sowie Georg Kindsmüller, Abteilungsleiter im Ministerium für Europa- und Bundesangelegenheiten, über die Rolle Nordrhein-Westfalens in Europa und der Welt zu diskutieren. Die Sommerakademie schloss mit drei Planspielen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Recht. Die Teilnehmer spielten Szenarien möglicher internationaler Krisen aus der Sicht nationaler Entscheidungsträger durch.

Die Teilnehmer der Sommerakademie waren mit dem Programm, den Referenten, den Exkursionen und dem organisatorischen Ablauf sehr zufrieden. Zum Erfolg der Sommerakademie haben jedoch ganz wesentlich die Teilnehmer selbst beigetragen. Bei den Studenten handelte sich um eine sehr homogene, diskussionsfreudige Gruppe, die vom ersten bis zum letzten Tag geschlossen am Programm teilnahm.

Junior Fellows Program

In diesem Zusammenhang verfassen Doktoranden unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Dr. Ludger Kühnhardt europaspezifische Dissertationen, oder auswärtige Doktoranden führen eigenständige Promo-

tionsstudien am ZEI durch. Im Laufe des Berichtszeitraums nahmen dreizehn Doktoranden am ZEI Junior Fellows Program teil. Im Laufe des Jahres 2001 wurde eine Dissertation beendet.

Bonn Graduate School of Economics

Der wirtschaftswissenschaftliche Fachbereich der Fakultät für Rechts- und Staatswissenschaft betreibt seit 1998 die Bonn Graduate School of Economics. In Deutschland ist dies das erste Doktorandenprogramm mit einem modernen Lehrprogramm nach dem Vorbild US-amerikanischer Graduate Schools. Die Doktorandenausbildung besteht aus einem intensiven, verpflichtenden Kursprogramm im ersten Jahr und weiteren Kursen in den folgenden Jahren, in denen die Dissertation angefertigt wird. Das Programm, das deutsche und ausländische Studenten anzieht und gemeinsam von der Universität Bonn, der Université Catholique de Louvain, der Sorbonne (Paris), der London School of Economics und der Universität Pompeu Fabra (Barcelona) getragen wird, findet weitgehend auf Englisch statt.

Die Abteilung „Wirtschaftliche und Soziale Fragen“ beteiligt sich seit 1997 aktiv an dem von der DFG finanzierten Graduiertenkolleg des wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereichs. ZEI Direktor Jürgen von Hagen gehört zu den Antragstellern des im Jahr 2000 neu bewilligten Graduiertenkollegs und beteiligt sich in diesem Rahmen an der Doktorandenausbildung des Fachbereichs. Er hat die Verantwortung für die Ausbildung in Makroökonomik übernommen und unterrichtet regelmäßig den Pflichtkurs „Graduate Macroeconomics“ im ersten Semester des Doktorandenstudiums. Die Abteilung übernimmt, teils durch Eigenleistung und teils durch externe Dozenten, ebenfalls den Kurs „Graduate International Macroeconomics“ im zweiten Semester.

Umgekehrt nehmen die Doktoranden der Abteilung an Pflicht- und Wahlveranstaltungen der Graduate School als Teil ihrer Doktorandenausbildung teil. Neben den genannten Kursen wird Mikroökonomik, Spieltheorie und Ökonometrie unterrichtet. Die Abteilung sichert auf diese Weise ihren Doktoranden eine Ausbildung auf international hohem Niveau. Dies ist für die Attraktivität des ZEI als Forschungsstandort für Nachwuchswissenschaftler unabdingbar. Zunehmend rekrutiert die Abteilung Doktoranden der Graduate School als Nachwuchswissenschaftler, die am ZEI an europäischen wirtschaftspolitischen Themen arbeiten.

Alle Junior und Senior Fellows des ZEI nehmen an dem wöchentlichen Research Breakfast teil. Dabei handelt es sich um ein internes Seminar, in dem alle Fellows regelmäßig aus ihrer Arbeit berichten. Die Spannweite der Vorträge reicht von der Präsentation neuer Forschungsideen bis zu fertigen Arbeitspapieren. Das Research Breakfast ist ein zentrales Element der wissenschaftlichen Selbstkontrolle und bietet dem wissenschaftlichen Nachwuchs zugleich Gelegenheit, Vortragspraxis zu erwerben.

Im Laufe des Jahres 2001 absolvierten wieder einige Junior Fellows des ZEI wissenschaftliche Praktika bei internationalen Institutionen: Boris Hofmann arbeitete für mehrere Wochen bei der EZB und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel. Holger Gleich und Guntram Wolff verbrachten mehrere Wochen in der Fiscal Policy Division der EZB.

ZEI Summer School in International Macroeconomics, Money and Finance

Seit 1997 betreibt die Abteilung „Wirtschaftliche und Soziale Fragen“ des ZEI mit großem Erfolg die ZEI Summer School in International Macroeconomics, Money and Finance. Sie bietet für zehn Tage einer Gruppe von ca. 25 jungen Ökonomen aus europäischen

Zentralbanken und Nachwuchswissenschaftlern auf dem Niveau von Doktoranden oder Postdoktoranden ein Angebot von Vorlesungen international führender Wissenschaftler und von Seminaren, bei denen die Teilnehmer ihre eigene Forschung präsentieren.

Das Format der Summer School besteht aus je dreistündigen Vorlesungen am Morgen und je dreistündigen Seminaren am Nachmittag. Teilnahmevoraussetzung ist die Einreichung und Annahme einer wissenschaftlichen Arbeit, die ausreichend entwickelt ist, um im Seminar vorgetragen zu werden. Die Summer School hat in den letzten Jahren Nachwuchswissenschaftler und Ökonomen aus ganz Europa, aber auch aus Nordamerika und Asien nach Bonn gebracht. Fortgeschrittene Doktoranden der Abteilung können an der Summer School auch passiv teilnehmen.

Die Abteilung war auch im Jahr 2001 in der Lage, mit Professor Lawrence Christiano (Northwestern University) und Marvin Goodfriend, PhD, (Federal Reserve Bank of Richmond) zwei international führende Ökonomen als Dozenten der Summer School zu gewinnen. Die Verbindung von Vorlesungen, in denen die Dozenten aus ihrer Forschungsarbeit vortragen, und Seminaren, in denen internationale anerkannte Spitzenforscher die Arbeiten der Nachwuchswissenschaftler diskutieren und den Autoren Anregungen geben, vermittelt den Teilnehmern äußerst wertvolle Impulse für ihre eigene Forschung.

Summer School on European Telecommunications

Kooperationen zwischen Forschung und Wirtschaft sind in den Naturwissenschaften mittlerweile eher die Regel als die Ausnahme – nicht so in den Rechtswissenschaften. Dass eine solche Zusammenarbeit auch hier möglich und sinnvoll ist, hat die 1st ZEI-VI Summer School on European Telecommunications gezeigt. Als Veranstalter haben hier das Zentrum für Europäische Integrationsforschung an der Universität Bonn (ZEI) und Viag Interkom (VI) zusammengearbeitet.

Mehr als andere Rechtsgebiete ist das Telekommunikationsrecht durch einen sehr starken Praxisbezug geprägt. Selten sind hingegen Vorlesungen in diesem noch jungen Rechtsgebiet.

Für interessierte Studierende, Referendare und Assessoren besteht deshalb häufig die einzige Möglichkeit, einen Einstieg in die Materie zu finden, in der Ableistung von Praktika in TK-Unternehmen oder Behörden. Gleichzeitig fehlt es auf dem Arbeitsmarkt an hoch qualifizierten Telekommunikations-Rechtlern, worunter letztlich auch die Unternehmen der Branche leiden. Aus dieser Situation ist die Idee zur Bonner Summer School gezeugt worden.

Vom 24. bis 28. September bestand dann für knapp 40 junge Juristinnen und Juristen die Möglichkeit, ihre Vorkenntnisse im TK-

Recht zu vertiefen. Die Veranstalter wurden dabei zunächst vom großen Andrang an Interessenten überrascht. Obwohl die Platzzahl verdoppelt wurde – geplant waren 20 Teilnehmer – konnte nur ein Teil der Bewerber letztlich berücksichtigt werden. Das Spektrum der Teilnehmer reichte hierbei von Studenten mit ersten TK-Berührungen bis zu jungen Berufseinsteigern und wissenschaftlichen Mitarbeitern anderer Universitäten.

Dem Grundgedanken der Summer School folgend, Wissenschaft und Praxis zu verbinden, war die Veranstaltung in zwei große Blöcke unterteilt. An den ersten beiden Tagen gaben Referenten aus dem ZEI, von Viag Interkom, dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie sowie der Europäischen Kommission eine Einführung in das TK-Recht. Fast 20 Vorträge deckten alle wesentlichen Bereiche des deutschen und europäischen Rechtsrahmens einschließlich des Review-Prozesses ab. Darüber hinaus wurden die technischen und wirtschaftlichen Hintergründe der TK-Wirtschaft beleuchtet. Einen Abschluss fand dieser erste Teil mit einer Podiumsdiskussion unter Beteiligung von Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Kommission und Europäischem Parlament über die weitere Entwicklung des TK-Rechts. Dabei war die Diskussionsfreude der Teilnehmer auch nach einem bis dahin achtstündigen Programm ungebrochen.

Den zweiten Teil der Veranstaltung bildeten drei Case Days. In insgesamt sieben Einheiten wurden aktuelle Probleme aus der Praxis behandelt. Nach einem Eingangsreferat mussten in Gruppen die unterschiedlichen Positionen erarbeitet werden. Hierbei ging es nicht nur darum, den „richtigen“ juristischen Weg zu finden, sondern gleichzeitig, die unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Interessen, etwa der Kommission oder eines TK-Incumbents, zu identifizieren. In den anschließenden Diskussionen galt es dann, eine sowohl juristisch als auch wirtschaftlich sinnvolle Position zu verteidigen. Neben diesen „Rollenspielen“ stand auch ein Besuch bei einer Beschlusskammersitzung der RegTP (Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post) auf dem Programm, in deren Anschluss Ge-

legenheit zu einer Diskussion mit dem Präsidenten der Behörde bestand.

Die breite Auswahl der Referenten stellte zum einen sicher, dass dem wissenschaftlichen Anspruch genügt wurde. Zum anderen eröffnete sie aber auch die Möglichkeit, von Praktikern die wirtschaftlichen und politischen Hintergründe zu bestimmten Entscheidungen zu erfahren. Gerade dieses „Plaudern aus dem Nähkästchen“ machte für viele der fortgeschrittenen Teilnehmer den eigentlichen Reiz der Veranstaltung aus.

Ein – beabsichtigter – Nebeneffekt der Summer School bestand in der Möglichkeit, mit den Referenten auch in ein persönliches Gespräch zu kommen und Kontakte für die eigene berufliche Zukunft zu knüpfen.

Sonstige Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen

Die „Task Force Südosteuropa“ des ZEI hat vom 9. bis 16. September 2001 zum zweiten Mal am „International Center of Croatian Universities“ in Dubrovnik, zusammen mit der Diplomatenakademie des Außenministeriums der Republik Kroatien, eine „Stability Pact Summer School“ zu aktuellen Fragen der europäischen Integration und des Stabilitätspaktes für Südosteuropa durchgeführt. Eingeladen waren erneut etwa zwanzig junge Diplomaten aus allen Ländern der Region, diesmal auch Serbien und Montenegro. Der Kurs wurde vom deutschen Auswärtigen Amt sowie von der Friedrich-Naumann-Stiftung finanziert.

Er basiert auf einer Vereinbarung, die das ZEI am 15. Juni 1999 mit dem „Büro für Europäische Integration“ (inzwischen aufgewertet zum Europaministerium) der Republik Kroatien abgeschlossen hat. Diese sieht eine Unterstützung bei der Heranführung an die Europäische Union vor. Seit den kroatischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Januar/Februar 2000 und einem Besuch von Dr. Biermann in Zagreb im April 2000 hat diese Kooperation weiter an Substanz gewonnen. Der Diplomatenkurs ist ein erster

Ausdruck des Bemühens, im Rahmen der Möglichkeiten Kroatien nun zügig an die europäischen Strukturen heranzuführen.

Der Kurs verfolgt eine Reihe von Zielen:

- Ausbildungsangebot an junge Diplomaten Südosteuropas, die bis auf Kroatien über keine eigenen Diplomatenakademien verfügen und demnach lediglich über Kurse an westeuropäischen Diplomatenakademien (u.a. Berlin, Wien, Malta) heute ihre Grundausbildung erhalten;
- Fortbildung insbesondere in Fragen der europäischen Integration und des Stabilitätspaktes, die für die Zukunft der Region von besonderer Bedeutung sind;
- Stärkung der persönlichen Kontakte und damit des Verständnisses unter den Diplomaten in Südosteuropa durch Teilnahme von Vertretern aus möglichst allen Ländern der Region;
- Beitrag im Rahmen des Stabilitätspaktes mit Langzeitwirkung durch gezielte Förderung von Multiplikatoren und künftigen Entscheidungsträgern.

Nachdem beim Kurs im Jahr 2000 zentrale Fragen der europäischen Integration im Mittelpunkt standen, ging es im Jahr 2001 um Fragen der inneren und äußeren Sicherheit entsprechend dem 2. Arbeitstisch des Stabilitätspakts. Die Referenten kamen bisher vom ZEI, von der EU-Kommission, von der NATO, vom Büro des Sonderkoordinators des Stabilitätspaktes, von der deutschen Bundesregierung wie auch von der kroatischen Regierung.

Das „Netzwerk für Europastudien in Südosteuropa“ des ZEI geht vom einmütigen Bestreben aller Länder der Region aus, in die euro-atlantischen Strukturen integriert zu werden. Das ZEI strebt an, über den Aufbau und die Stärkung von Europastudien in Südosteuropa diese Länder an den über fünfzig Jahre gewachsenen Entwicklungsstand Westeuropas heranzuführen, wobei die eigenen Traditionen der Völker der Region Respekt und Beachtung verdienen. Um eine solche Heranführung zu ermöglichen, ist ein intensiver Erfahrungsaustausch mit jenen Institutionen in Westeuropa unabdingbar, die bereits über langjährige Erfahrung bei der Durchführung interdisziplinärer Studiengänge für Europäische Studien verfügen.

Vom 9. bis 11. April 2001 hat das ZEI im Auftrag der Ausbildungsstätte Treptower Park des Auswärtigen Amtes zum zweiten Mal eine „Europa-Woche“ organisiert. Die Teilnehmer dieses Seminars waren junge Diplomaten aus den mittel- und osteuropäischen Ländern. Sie erhielten während der drei Tage durch ZEI-Referenten in der Aus- und Fortbildungsstätte des Auswärtigen

Amtes in Bonn-Ippendorf einen Überblick über institutionelle und rechtliche Themen der Europäischen Union. Ferner wurden die wichtigsten Fachpolitiken der EU vorgestellt.

Im August 2001 hat die Forschungsgruppe in Zusammenarbeit mit dem DAAD zum zweiten Mal ein Europa-Seminar für Studenten der Internationalen Beziehungen sowie junge Diplomaten aus Aserbeidschan, Kasachstan und Usbekistan organisiert. Die-



ses Seminar zielt auf besonders qualifizierte Studenten und Young Professionals, von denen zu erwarten ist, dass sie in wenigen Jahren zu den außenpolitischen Entscheidungsträgern ihrer Länder gehören werden. Das Schwergewicht des Lehrplans liegt neben grundlegenden Themen wie Institutionen und Recht der Europäischen Union bei den Außenbeziehungen der EU.

Summer School der Task Force Südosteuropa vom 9. bis 16. September 2001.

Zentrale Koordination

IWB-Geschäftsführung

Das ZEI bildet gemeinsam mit dem Schwesterinstitut Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) das Internationale Wissenschaftsforum Bonn (IWB). Beide Zentren arbeiten unter einem Dach und verfügen über gemeinsame Fazilitäten. Die IWB-Geschäftsführung unterstützt beide Zentren in zentralen Administrations-, Haushalts-, Koordinations-, Akquisitions- und Kommunikationsangelegenheiten. Die Geschäftsführung sichert nach innen als zentrenübergreifende Einheit die effiziente Nutzung der gemeinsamen Räumlichkeiten und der zur Verfügung stehenden Ressourcen.

Nach außen schafft und pflegt sie im Rahmen ihrer Öffentlichkeits- und Akquisitionsarbeit Kontakte zu einschlägigen Institutionen und Personen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Verwaltung. Vor allem in Finanzfragen ist sie Bindeglied zu den Landes- und Bundesministerien. Die Geschäftsführung koordiniert im Auftrag des Rektorats die Interessen und Aktivitäten der Universität Bonn im EUROPÆUM, einem europawissenschaftlichen Netzwerk der Universitäten Bologna, Bonn, Genf, Leiden, Paris/Sorbonne, Oxford und Prag.

Öffentlichkeitsarbeit, Information und Dokumentation

Durch eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit transportiert das ZEI seine zahlreichen Aktivitäten nach außen. Dazu gehören internationale Tagungen, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen sowie die Einrichtung von Arbeitsgruppen und Foren zu spezifischen Fragestellungen der europäischen Integration. Forschungsergebnisse werden in renommierten Fachzeitschriften und Monographien veröffentlicht. Das ZEI gibt zudem eigene europawissenschaftliche Publikationsreihen heraus. Es bietet verschiedene Informationsdienste zu Europafragen sowohl für Experten als auch für die breitere Öffentlichkeit an.

Buchreihen

In der Reihe „Schriften des Zentrums für Europäische Integrationsforschung“, die beim Nomos-Verlag erscheint, werden besonders politik- und kulturwissenschaftliche Fragen der europäischen Integration dargestellt und diskutiert. Inzwischen wurden über 50 Bände in dieser Reihe veröffentlicht. Rechtliche und ökonomische Themen behandelt die beim Kluwer-Verlag erscheinende

Reihe „ZEI Studies in European Economics and Law“. In dieser seit 1999 bestehenden Reihe liegen bislang vier Bände vor.

Working Papers

Ergebnisse der Arbeiten am ZEI werden als ZEI-Policy/Working Paper oder ZEI-Discussion Paper veröffentlicht. Es liegen inzwischen 197 Hefte vor. Die Texte können über die Homepage des ZEI heruntergeladen werden. Diese Papiere werden in der Regel im Austauschverfahren nationalen, europäischen und internationalen Bibliotheken und wissenschaftlichen Institutionen zur Verfügung gestellt.

Newsletter

Der ZEIREport erscheint dreimal jährlich und berichtet über aktuelle Entwicklungen am ZEI. Er ist als Printversion in deutscher und englischer Sprache erhältlich. Die deutsche Ausgabe wird auch als E-Mail-Version verschickt. Alle Ausgaben sind auch im pdf-Format aus dem Internet herunterladbar. In den Jahresberichten des ZEI finden sich aus-

fürliche Überblicke über die Aktivitäten. Kurzinformationen in deutscher, englischer, französischer und spanischer Sprache liefern die Faltblätter des ZEI.

Website

Ein in seiner Bedeutung wachsendes Informations- und Kommunikationsmedium ist die Website des ZEI. Die ZEI-Webpage (www.zei.de) ermöglicht einen weltweiten Zugang zu den Aktivitäten des ZEI. Jährlich greifen durchschnittlich 100.000 Besucher auf dieses Online-Informationsangebot zu.

Presse- und Besucherservice

Der von der Geschäftsführung des IWB angebotene Presseservice umfasst neben der Herausgabe von Pressemitteilungen auch die Betreuung von Journalisten durch Hintergrundgespräche über aktuelle Fragestellungen der europäischen Integration. Ein im Haus verfügbarer Datenpool über Europaexperten ermöglicht es, der Presse bei konkreten Anfragen kompetente Gesprächspartner zu vermitteln. Das Echo des ZEI in der Presse wird in einem jährlich veröffentlichten ZEI-Pressespiegel dokumentiert. Für Besuchergruppen, die sich über die Arbeit des ZEI informieren möchten, können – nach vorheriger Absprache – bedarfsgerechte Informationsveranstaltungen angeboten werden.

Bibliothek

Zur gemeinsamen Infrastruktur von ZEF und ZEI gehört eine mit über 50 Arbeitsplätzen ausgestattete Bibliothek. Dort sind im Medienraum zehn PCs für Internetarbeiten eingerichtet. Die Bibliothek ist primär der Nutzung durch die Mitarbeiter von ZEF/ZEI vorbehalten, steht aber zu ausgewählten Zeiten auch der Öffentlichkeit zur Verfügung.

Bücher, Zeitschriften, Datenbanken

In der seit vier Jahren existierenden Bibliothek stehen den Benutzern ca. 16.000 wissenschaftliche Monographien zur Verfügung. Die Zeitschriftenabteilung bietet ca. 1.300 Titel an. Die Bibliothek verfügt weiterhin über mehrere Datenbanken, u.a. von

der Europäischen Kommission, dem OECD und dem Internationalen Währungsfonds. Die Bibliothek des ZEI ist als offizielles Europäisches Dokumentationszentrum (EDZ) der EU ausgewiesen. Das EDZ umfasst alle Dokumente, die die Europäische Kommis-



Blick in die Bibliothek

sion seit 1986 herausgegeben hat. Diese sind im ZEI elektronisch recherchierbar und einsehbar. Weiterhin hat die Bibliothek den Status einer OSZE-Depot-Bibliothek, den einer Europarat-Depot-Bibliothek und den Status einer Depot-Bibliothek des Europäischen Parlaments. Die Dokumente des Europäischen Gerichtshofs und der Europäischen Zentralbank sowie fast alle statistischen Zeitschriftenreihen der EU (zurückgehend bis auf die Anfänge der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft) sind vorhanden.

Gebäude

Das IWB-Gebäude liegt im ehemaligen Regierungsviertel der Bundesstadt Bonn. Es verfügt über modern ausgestattete Büroräume. Alle Arbeitsplätze sind über ein leistungsfähiges hauseigenes Computernetz per 100 MB-Leitung mit dem Hochleistungsrechner des Rechenzentrums der Universität Bonn verbunden. Im Erdgeschoss stehen drei verbindbare Konferenzräume mit moderner Konferenztechnik zur Verfügung. Darüber hinaus gibt es auf allen Etagen weitere Seminar- und Konferenzräume, die insbesondere durch die Studierenden der Weiterbildungsprogramme genutzt werden. Das Studentenwerk Bonn betreibt für die Mitarbeiter von ZEF/ZEI eine Kantine im Haus.

ZEI im Überblick

Organisation und Ansprechpartner

Zentrum für Europäische Integrationsforschung

Abteilung „Politische, rechtliche und institutionelle Fragen“

Direktor:
Prof. Dr. Christian Koenig

Sekretariat: Barbara Hurter
Tel. (0228) 73-1891/ -1892
Fax (0228) 73-1893
E-Mail: sekretariat.zeia@uni-bonn.de

Abteilung „Wirtschaftliche und soziale Fragen“

Direktor:
Prof. Dr. Jürgen von Hagen

Sekretariat: Lisa Takacs
Tel. (0228) 73-9218
Fax (0228) 73-1908
E-Mail: l.takacs@uni-bonn.de

Abteilung „Europäische Wertesysteme, Kulturen und Sprachen“

Direktor:
Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

Sekretariat: Ingrid Maldonado
Tel. (0228) 73-1810
Fax (0228) 73-1818
E-Mail: imaldona@uni-bonn.de

Koordinationsstelle „Master of European Studies“

PD Dr. Stefan Fröhlich
Programmdirektor

Sekretariat: Chantal Pirang (bis 5/01);
seit 6/01: Assistenz: Cordula Janowski, MA
Tel. (0228) 73-1899
Fax (0228) 73-1791
E-Mail: st.froehlich@uni-bonn.de

Geschäftsführung (IWB)

Dr. Hartmut Ihne
Geschäftsführer

Sekretariat: Sabine Paffenholz
Tel. (0228) 73-7249
Fax (0228) 73-5097
E-Mail: s.paffenholz@uni-bonn.de

Monika Reule

Information u. Öffentlichkeitsarbeit (bis 9/01)
Tel. (0228) 73-1811
Fax (0228) 73-5097
E-Mail: zeia@uni-bonn.de

Volker Merx

Bibliothek
Tel. (0228) 73-1723
Fax (0228) 73-5097
E-Mail: v.merx@uni-bonn.de

Ralf Meyer

Verwaltung
Tel. (0228) 73-1847
Fax (0228) 73-5097
E-Mail: r.meyer@uni-bonn.de

Mitarbeiter und Fellows

Forschungsgruppe I: „Institutionen und Institutionenentwicklung in Europa“

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Name	am ZEI
Ulrike Bell	2001
Jens-Daniel Braun	seit 2001
Dr. Jürgen Kühling	seit 1999
Andreas Machwirth	2001
Nicolai Ritter	seit 1999
Claude Sander	1999-2001
Dr. Peter Zervakis	seit 1999

Senior Fellows

Name	am ZEI
Priv.-Doz. Dr. Jürgen Elvert, <i>Christian Albrechts-Universität, Kiel</i>	seit 1999
Prof. Dr. Roy Gardner <i>Indiana University, USA</i>	seit 1997
Prof. Dr. Wolfgang Wessels, <i>Universität zu Köln</i>	seit 1999
Romain Kirt, <i>Conseiller d'Etat, Luxemburg</i>	seit 1999
Prof. Dr. Peter Leslie, <i>Queen's University, Kingston, Ontario/Kanada</i>	seit 2000
Prof. Dr. Matti Wiberg, <i>University of Tampere, Finnland</i>	seit 2000
Dr. Franck Biancheri, <i>Prometheus Europe Paris, Frankreich</i>	seit 2000
Prof. Dr. Henri Ménudier, <i>Universität Sorbonne III, Paris, Frankreich</i>	seit 2000
Dr. Peter Cullen, <i>Europa-Institut Edinburgh/ Europäische Rechtsakademie Trier</i>	seit 2000
Prof. Dr. Rudolf Hrbek, <i>Eberhard-Karls-Universität Tübingen</i>	seit 2000
Prof. Dr. Petr Fiala, <i>Masaryk Universität Brunn</i>	seit 2001
Dr. Ronald Pohoryles, <i>Interdisziplinäres Forschungszentrum Sozialwissenschaften Wien, Österreich</i>	seit 2001
Prof. Dr. Michael Gehler, <i>Universität Innsbruck, Österreich</i>	seit 2001
Prof. Dr. Karl Magnus Johansson, <i>University College of Southern Stockholm, Schweden</i>	seit 2000

Dr. Hubert Iral	seit 2000
Uwe Leonardy, M.A., <i>Ministerialrat a.D.</i>	Juli 2000 - Dez. 2001
Dr. Dobrin Kanev, <i>Bulgarian University; Sofia, Bulgaria</i>	Sept. 2001 - Nov. 2001

Junior Fellows

Name	Thema
Nathalie Jouan	Deutschland und Frankreich in der Europäischen Union in den 90er Jahren
Silke Kettig	Der Einfluß inter- und supranationaler Organisationen auf die demokratischen und sozio-ökonomischen Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa
Klaus von Lepel	Finnlands Option für Europa
Stefaan Marteel	Mentalitäten in Nordwesteuropa
Holger Moroff	EU-Governance – Netzwerkbildung in der GASP
Su-Ling Tseng	The Competence of EU Institutions in the Formation of EU External Policy: A Study on EU Trade and Economic Policy towards China, 1975-1999
Martin Weber	Schweden und die Europäische Union
Peter Wittschorek	Parlamentarismus in den Transformationsstaaten der GUS

Forschungsgruppe II: „Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik“

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Name	am ZEI
Daniela Beer	seit 2001
Christina Engelmann	seit 2000
Britta Feldmann	seit 2001
Silke Hinrichs	2000-2001
Krzysztof Jaros	seit 2001
Alexander Koch	seit 2001
Oliver Lieth	seit 2001
Sascha Loetz	seit 1999
Eva-Maria Müller	seit 1999
Friederike Meurer	seit 2001
Andreas Neumann	seit 1999
Thomas Pickartz	2001
Ernst Röder	1999-2001
Ulrike Steiner	seit 2001

Senior Fellows

Name	am ZEI
Dr. Andreas Bartosch, <i>Haver & Mailänder, Brüssel</i>	seit 1999
Dr. Wilhelm Eschweiler, <i>Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Bonn</i>	seit 1999
Dr. iur. habil. Dr. sc. econ. Klaus W. Grewlich, <i>Auswärtiges Amt, Berlin</i>	seit 1999
Antje Pieper, <i>WDR, Köln</i>	seit 1999
Dr. Thomas Tschentscher, <i>Bruckhaus, Westrick, Heler, Löber, Frankfurt</i>	seit 1999
Dr. Benedikt Wemmer, <i>Moers & Kollegen, Berlin</i>	seit 1999
Dr. Wilhelm Wemmer, <i>Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin</i>	seit 2000
Prof. Dr. Dr. hc Reinhard Selten, <i>Universität Bonn</i>	seit 1998
Prof. Dr. Johannes Frerich, <i>Universität Bonn</i>	seit 1997
Prof. John Maxwell, Ph.D., <i>Indiana University, USA</i>	seit 1997
Prof. Tom Lyon, Ph.D., <i>Indiana University, USA</i>	seit 1997

Forschungsgruppe III: „Makroökonomische Politik und Institutionen in Europa“

Senior Fellows

Name	am ZEI
Dr. Matthias Brückner	seit 1999
Klaus Büniger	seit 1999
Dr. Debajyoti Chakrabarty	seit 2001
Prof. Dr. Mark Hallerberg, <i>University of Pittsburgh, USA</i>	seit 1998
Dr. Bernd Hayo, <i>Universität Essen</i>	seit 1998
Dr. Boris Hofmann	seit 1998
Prof. Andrew Hughes-Hallett, <i>Strathclyde University, Glasgow, UK</i>	seit 1998
Dr. Bernd Kempa, <i>Universität Essen</i>	seit 1997
Prof. Patrick Minford, <i>Cardiff University, UK</i>	seit 1997
Prof. Dr. Martin Seidel	seit 1997
Prof. Dr. Helmut Seitz, <i>Viadrina Universität Frankfurt-Oder</i>	seit 1999
Dr. Rolf Strauch, <i>Europäische Zentralbank</i>	seit 2000
Stefan Lutz, Ph.D., <i>Economics Education and Research Consortium</i>	seit 1997
Prof. Christopher Waller, Ph.D., <i>University of Kentucky, USA</i>	seit 1997
Christian Weller, Ph.D., <i>Economic Policy Institute, Washington DC, USA</i>	seit 1998

Junior Fellows

Name	Thema
Kerstin Bernoth	EWU Geldmärkte
Patrick Gilles	Finanzausgleich in der EWU
Birgit Uhlenbrock	Regionale und sektorale Effekte der Geldpolitik
Guntram Wolff	Fiskalpolitik und Wirtschaftswachstum

Forschungsgruppe IV: „Europäische Arbeitsmärkte und Systeme der sozialen Sicherung“

Senior Fellows

Name	am ZEI
Robert MacCulloch, Ph.D.	seit 1998
Prof. Dr. Lucjan T. Orlowski	seit 2000
Kenneth Smith, Ph.D.	seit 1998

Junior Fellows

Name	Thema
Tim Mennel	Rentenversicherung
Susanne Mundschenk	Arbeitsmarktpolitik in der EU

Forschungsgruppe V: „Erweiterung der Europäischen Union“

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Name	am ZEI
Dr. Rafael Biermann;	seit 1999
Dr. Emil Mintchev	seit 2000

Senior Fellows

Name	am ZEI
Dr. Nail Alkan <i>University of Ankara</i>	Juli - Sept. 2001
Dr. Erhard Busek <i>Vorsitzender des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa, Wien</i>	seit 2001
Stanislav Daskalov <i>European Institute, Sofia</i>	1999-2001
Dr. Hans-Jörg Eiff <i>Botschafter a.D.; Berater des albanischen Aussenministeriums, Leiter der „Technical Assessment Mission“ in Belgrad und politischer Vertreter der NATO in Mazedonien</i>	seit 2000
Dr. Gabor Erdödy, <i>Dozent an der Eötvös Loránd Universität, László Teleki Stiftung, Budapest, Ungarn</i>	seit 1999
Dr. Jan Fidrmuc	seit 1999
Boris Hajos, M.A. <i>Advisor to the Minister for European Integration, Zagreb, Croatia</i>	seit 2001
Julius Horvath, Ph.D., <i>Czech Central Bank</i>	seit 1998
Prof. Dr. Dobrin Kanev <i>New Bulgaria University, Sofia</i>	seit 2001
Vladimir Kissiov <i>European Institute Sofia</i>	seit 2001
Astri Kurme <i>European Department, Foreign Ministry of Latvia,</i>	seit 2001
Prof. Dr. Ali Kutan, <i>University of Southern Illinois, USA</i>	seit 2000
Dr. Atis Lejins <i>Director Latvian Institute of International Relations, Riga, Latvia</i>	seit 2000
Rytis Martikonis <i>Außenministerium der Republik Litauen</i>	seit 2000
Prof. Dr. Edward Moxon-Browne <i>University of Limerick, Irland</i>	seit 2000

Janusz Reiter
*Botschafter a.D.,
Institute for International Affairs (Warsaw)* seit 1999

Prof. Dr. Kurt Schelter,
*Minister der Justiz- und für
Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg* seit 1999

Eva Slivkova,
*Department of the Chief Negotiator
of Slovakia for the Accession in the EU,
Außenministerium der Slowakischen Republik* seit 2000

Ivan Sotirov
*European Department,
Foreign Ministry of Bulgaria* seit 2001

Prof. Dr. Mladen Stanicic,
*Institute for International
Relations (IMO), Zagreb* seit 1999

Iveta Sulca
*EU and Foreign Economic Policy
Department, Latvia* 1999-2001

Prof. Dr. Holm Sundhausen
Humboldt-Universität Berlin seit 2001

Dr. Sinisha Tomic
*European Integration Ministry,
Zagreb, Croatia* 1999 - 2001

Dr. Iulia Traistaru
seit 1999

Dr. Egidijus Vareikis,
Außenministerium der Republik Litauen 1999 - 2002

Dr. Jennifer Wu
seit 2001

Junior Fellows

Name	Thema
Susanne Baier-Allen Dr. Rafael Biermann	Konfliktlösungsansätze für Zypern Krisenprävention am Beispiel des Kosovo 1989-1999
Valeriya Dinger Holger Gleich	Entwicklung des Bankensektors Fiskalpolitische Institutionen
Dalia Grigonyte Bartłomiej Gurba	Fiskalpolitik und Währungspolitik Dezentralisierung und Fiskalpolitik
Tai-kuang Ho	Währungskrisen und Bankenrisiken
Georg Klöcker	Die Geopolitik des Baltikums
Stefan Mecklenburg	Polen und die EU
Anna Oreziak	Marketingstrategien von Unternehmen in der Europäischen Union
Birgit Schmitz	Geldpolitische Transmission
Boyan Tonkov	Währungsmärkte
Chr. Völpe Martincus	Regionale Effekte der Integration
Jizhong Zhou	Wechselkurspolitik

Forschungsgruppe VI: „Europas Rolle in der Welt“

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Name	am ZEI
PD Dr. Xuewu Gu	seit 1999
Dr. Franz-Josef Meiers	seit 1999

Senior Fellows

Name	am ZEI
Prof. Dr. Hüseyin Bağcı, <i>Middle East Technical University, Ankara, Türkei</i>	seit 2000
Prof. Dr. Thomas Banchoff, <i>Georgetown University, Washington D.C.</i>	seit 2000
Prof. Dr. Dai Bingran, <i>Fudan University, Shanghai, China</i>	seit 2000
Dr. Stephan Calleya, <i>Mediterranean Academy of Diplomatic Studies Malta</i>	seit 2001
Prof. Dr. Ding Dou, <i>EU-China HECP- School of International Studies, Beijing University, China</i>	März - April 2001
Dr. Jackson Janes, <i>American Institute for Contemporary German Studies</i>	seit 2000
Dr. Aschot Manutscharjan, <i>Deutsche Welle, Bonn</i>	seit 1999
Dr. Carlo Masala, <i>Universität zu Köln</i>	seit 2000
Prof. Dr. Mohamed M. H. Moustafa, <i>Cairo University, Ägypten</i>	Aug. - Sept. 2001
Dr. Galia Movkebayewa, <i>Kasachische Staatsuniversität al-Farabi</i>	Nov. 2000 - Jan. 2001
Prof. Dr. Jun Nishikawa, <i>School of Political Science and Economics, WASEDA University, Tokyo, Japan</i>	seit 2000
Prof. Dr. Lothar Rühl, Sts. a. D. <i>Forschungsinstitut für Politische und Europäische Fragen, Universität zu Köln</i>	seit 1999
Prof. Dr. Somchit Souksavath, <i>National University of Laos, Laos</i>	Juli - Aug. 2001
Prof. Chi-pen Sun, <i>National Chiao Tung University, Taiwan</i>	Juli - Aug. 2001
Dr. Alvaro di Vasconcelos, <i>Institut für Strategische und Internationale Studien, Lissabon</i>	seit 2001
Prof. Dr. Moon Woo-Sik, <i>National University and Director of ECSA-Korea, Seoul, Korea</i>	seit 2000
Prof. Dr. Xiaobao Yan, <i>Direktor, Modern Management Center Shanghai</i>	seit 2001

Junior Fellows

Name	Thema
Johannes Beverungen	Die Trilaterale Kommission
Mishigjin Enkhbayar	Das völkerrechtliche Gewaltverzichtsprinzip zu heute; vertrauensbildende Maßnahmen in der asiatisch-pazifischen Region
Murat Erdogan	Die europäische Union und die Türkei
Gerd Leutenecker	Das politische System des Commonwealth in Australien
Ramiro Vera-Fluixa	Föderalismus in der Europäischen Union
Jan-Phillipp Weisswange	Neue Orientierungen in der atlantischen Sicherheitskultur

Forschungsgruppe VII:

„Europäische Identität und der Dialog der Kulturen“

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Name	am ZEI
PD Dr. Ralf Elm	seit 2000
Dr. Georg Michels	seit 2001

Senior Fellows

Name	am ZEI
Prof. Jeremiah Alberg <i>Sophia University Tokio, Japan</i>	seit 2001
Prof. Dr. Arnim Heinen <i>RWTH Aachen</i>	seit 2000
Prof. Dr. Harald Heppner, <i>Universität Graz</i>	seit 2001
Pater Jean-Claude Hollerich	Juli 2000 - März 2002
Prof. Dr. Lothar Hönnighausen, <i>Universität Bonn</i>	seit 1999
Prof. Dr. Christoph Jamme <i>Universität Lüneburg</i>	seit 2001
Prof. Dr. Lutz Käppel <i>Universität Kiel</i>	seit 2001
Dr. Michael Köhler <i>Koordinationsabteilung für die GASP (Europäischer Korrespondent), Brüssel</i>	seit 2000
Dr. Daniel LeBris	Mai 2001 - Juli 2001
Dr. Ghia Nodia <i>The Caucasian Institut for Peace, Tblissi</i>	seit 2000
Prof. Dr. John Puthenkalam	März 2001
Dr. Frank Ronge <i>Zentralstelle für gesellschaftl. und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn</i>	seit 2000
Prof. Dr. Wolfgang Schmale <i>Universität Wien</i>	seit 2001
Prof. Dr. Walter Schweidler <i>Ruhr-Universität Bochum</i>	seit 1999
Andrea Severeanu	Okt. 2000 - März 2001
Prof. Dr. Mamoru Takayama	Sept. 2001 - Okt. 2001
Prof. Dr. Karin Tomala	Nov. 2001

Junior Fellows

Name	Thema
Harald Franke	Europäisches Denken: Zur politischen Philosophie von René Marcic
Kaplan Wolfgang Picken	Demokratische Grundwerte und Gottesbegriff in der Bundesrepublik Deutschland

Ausgewählte Veranstaltungen

Konferenzen und Workshops

19. - 20. Januar 2001

European Monetary Forum.

8. - 9. März 2001

Tagung: „Verfassungsrechtliche und politische Fragen in der Europäischen Union nach Nizza: Leftovers of the Leftovers“.

Europäische Rechtsakademie Trier (ERA) in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) und mit Unterstützung der Europäischen Union, Trier.

24. - 30. März 2001

Riga, Latvia

Euroconference: „Labour Markets, Work, Welfare During the Transition and Integration Processes“.

26. April 2001

Krusovicer Wirtschaftspolitische Gespräche, *gemeinsam mit der Robert Bosch Stiftung, Prag.*

9. Mai 2001

2. Expertenkonferenz zum europäischen Telekommunikationsrecht: „Review 99 - eine Zwischenbilanz“, *Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, in Zusammenarbeit mit: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie sowie Europaeum.*

17. - 18. Mai 2001

Tagung (deutsch, französisch): „Die Regionalpolitik der Europäischen Union“, *Europäische Rechtsakademie Trier (ERA) in Zusammenarbeit mit ZEI und mit Unterstützung der Europäischen Union, Trier.*

18. Mai 2001

Workshop 1: „Mentalitäten, Kulturen und Traditionen in Nordwesteuropa“, *Bonn.*

24. - 27. Mai 2001

Jahrestagung der ZEI-Netzwerkgruppe: „European Studies in South Eastern Europe“. Third Conference *in Zusammenarbeit mit Evropaiiki Ekfrassi Athen und mit Unterstützung des DAAD, Thessaloniki.*

29. Mai - 1. Juni 2001

32nd Konstanz Seminar on Monetary Theory and Policy.

6. Juni 2001

EMU Monitor Press Conference, *Frankfurt.*

14. - 17. Juni 2001

„European Integration, Regional Specialisation and Location of Industrial Activity in Accession Countries“, Workshop, PHARE ACE Project P98-1117-R.

19. - 20. Juni 2001

Workshop: „Does Culture Matter? Politics and Governance in the Mediterranean“, *ZEI in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn.*

29. - 30. Juni 2001

Jahrestagung des Ausschusses für Makroökonomik des Vereins für Sozialpolitik.

1. - 5. Juli 2001

Internationaler Workshop: „Education and Employment in the Cross-Cultural Context of EU“, *Chengdu.*

20. September 2001

Workshop 2: „Mentalitäten, Kulturen und Traditionen in Nordwesteuropa“, *Bonn.*

21. September 2001

Workshop 3: „Mentalitäten, Kulturen und Traditionen in Nordwesteuropa“, *Bonn.*

19. - 20. Oktober 2001

„Fiscal Federalism and State Local Relations in Sweden“, *zusammen mit SNS.*

20. - 21. Oktober 2001

Treffen der AG Curriculum des Netzwerkes für Europastudien in Südosteuropa, *Tirana.*

26. - 27. Oktober 2001

Workshop zur EU-Antragstellung EUROPUB mit Hilfe des BMBF, *Bonn.*

8. November 2001

PROCOPE-Workshop zur deutsch-französischen Forschungsförderung, *Freiburg.*

13. November 2001

„Preparing Europe's Future, The Contribution of the Commission's White Book on Governance“, *ZEI and Europe 2020 in Kooperation mit der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen Brüssel.*

16. - 17. November 2001

8. Europakolloquium: „The Future of the European Integration Process: Ideas and Concepts of Candidate Countries“, *Königswinter.*

22. - 23. November 2001

Parliaments' Forum on European Accession.

28. November 2001

EMU Monitor Press Conference, *Frankfurt.*

7. - 8. Dezember 2001

Workshop: „Labor Markets and Financial Markets“, *Bonn.*

Forschungsseminar zur Europäischen Wirtschaftspolitik

5. Februar 2001

Vanessa Strauss-Kahn, New York University: „Globalization, Agglomeration, and Labor Market Inequality“.

23. Februar 2001

Jennifer Wu, University of California Irvine: „Self-Protection and Cooperation: The Case of trade Agreements“.

6. April 2001

Jaejoon Woo, OECD: „Fiscal Instability, Growth, and Inflation: Social Polarization“.

26. April 2001

Jarkko Turunen, European University Institute: „Leaving State Jobs in Russia“.

9. Mai 2001

Jarko Fidrmuc, Österreichische Nationalbank und LICOS: „The Endogeneity of the Optimum Currency Area Criteria, Intra-industry Trade, and EMU Enlargement“.

19. Juni 2001

Forschungsseminar zur Europäischen Wirtschaftspolitik
Lucjan T. Orlowski, Sacred Heart

University: „Monetary convergence process in transition economies: theoretical framework and practical implications“.

27. Juni 2001

Lilia Cavallari, University of Rome I: „Macroeconomic performance in open economies with large wage-setters“.

28. Juni 2001

Ulrich Bindseil, European Central Bank: „Bidding in the ECB's open market operations conducted through fixed rate tenders: a model of over- and underbidding“.

6. Juli 2001

Anna Rubinchik-Pessach, University of Pennsylvania, University of Colorado at Boulder: „An Empirical Inquiry of the Efficiency of Intergovernmental Transfers for Water Projects based on WRDA data“.

12. Juli 2001

Josef Brada, Arizona State University: „The convergence of monetary policy between candidate countries and the European Union“.

19. Juli 2001

John W. Maxwell, Kelley School of Business, Indiana University: „Self-Regulation, Taxation and Public Voluntary Environmental Agreements“.

3. August 2001

Mark Hallerberg, University of Pittsburgh: „Electoral Institutions and Fiscal Policy: Evidence from Latin America and Europe“.

12. Dezember 2001

Frank Smets, European Central Bank: „Openness, Imperfect Exchange Rate Pass-Through and Monetary Policy“.

17. Dezember 2001

Kenneth Kletzer, University of California, Santa Cruz, and IMF: „Domestic Bank Regulation and Financial Crises: Theory and Empirical Evidence from East Asia“.

Bonn Research Seminar in Economics

(gemeinsam mit Department of Economics und IZA)

4. Januar 2001

Dr. Gilat Levy, LSE, London: „Strategic Consultation in the Presence of Career Concerns“.

11. Januar 2001

Prof. Sven Rady, Universität München: „Fluktuationen des Immobilienmarktes unter Kreditbeschränkungen“.

18. Januar 2001

Prof. J.-C. Rochet, Universität Toulouse: „The Economics of Multidimensional Screening“.

25. Januar 2001

Prof. Dominique Demougin, Universität Magdeburg: „Preponderance of Evidence: Tort Rules and the Efficient Standard of Proof“I.“

1. Februar 2001

Prof. Helmut Bester, FU-Berlin: „Verträge bei unvollkommener Selbstbindung und das Revelationsprinzip“.

15. Februar 2001

Prof. Clemens Puppe, Universität Bonn: „Strategy-Proof Social Choice on Single-Peaked Domains“.

26. April 2001

Prof. George Mailath, University of Pennsylvania: „Repeated Games with Almost-Public Monitoring“.

3. Mai 2001

Dr. Marco Ottaviani, ULC, London: The Strategy of Professional Forecasting.

10. Mai 2001

Prof. Karl Schlag, European Institute, Florenz: „How to Choose? A Boundedly Rational Approach to Repeated Decision Making“.

17. Mai 2001

Prof. Randall Wright, University of Pennsylvania: „Endogenous Matching and Money“.

23. Mai 2001

Prof. Wolfgang Pesendorfer, Princeton University: „A Theory of Addiction“.

31. Mai 2001

Prof. Costas Meghir, University College London: „The Effect of a Social Experiment in Education“.

21. Juni 2001

Prof. Konrad Stahl, Mannheim Universität und CEPR: „Global vs. Local Competition: The Case of E-Commerce“.

5. Juli 2001

Prof. Arthur van Soest, Tilberg University, Niederlande: „Consumer Choices between Few Alternatives: A Mixed Logit Model with Utility-Based Attribute Consideration Threshold“.

12. Juli 2001

Prof. Roel M.W.J. Beetsma, University of Amsterdam and CEPR: „Structural Distortions and Decentralized Fiscal Policies in EMU“.

19. Juli 2001

Prof. Mathias Dewatripont: „Authority“.

25. Oktober 2001

Prof. Josef Hofbauer, Universität Wien: „Evolution and Learning in Games with Randomly Disturbed Payoffs“.

15. November 2001

Prof. In-Koo CHO, University of Illinois: „Escaping Nash Inflation“.

22. November 2001

Prof. Matthias Blonski, Universität Bonn: „Prisoners' Other Dilemma“.

29. November 2001

Prof. Jean-Marc Robin, Crest-Insee, Paris: „Equilibrium Wage Dispersion with Worker and Employer Heterogeneity“.

6. Dezember 2001

Prof. Chris Pissarides, LSE, London: „Consumptions and Savings with Unemployment Risk: Implications for Optimal Employment Contracts“.

13. Dezember 2001

Prof. Ed Hopkins, Edinburgh University: „Running to Keep in the Same Place: Consumer Choice as a Game of Status“.

Summer Schools

5. - 30. Juni 2001

Transatlantic Summer Academy (TASA):
„Euro-Atlantic Relations in the 21st Century: The challenges ahead“.

In Zusammenarbeit mit dem Anglistischen Seminar/Nordamerikaprogramm der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn.

5. - 15. August 2001

5th ZEI Summer School on International Money and Finance.

24. - 28. September 2001

1st ZEI-VI Summer School on European Telecommunications,
in Zusammenarbeit mit: VIAG Interkom.

Deutsch-Französisches Wirtschaftspolitisches Forum

15. - 16. Januar 2001

8. French-German Forum on Economic Policy: „Enlargement of the European Union. Pension Reforms in the European Union Countries“,
gemeinsam mit CEPII, Paris.

25. - 26. Juni 2001

9. French-German Forum on Economic Policy: „Economic Policy of European Institutions. European Agricultural Policies“, *gemeinsam mit CEPII, Paris.*

Europaforum

7. März 2001

Dr. Viviane Reding,
Mitglied der Europäischen Kommission:
„Die Rolle der Europäischen Union bei der Entwicklung Europas von der Industriegesellschaft zur Wissens- und Informationsgesellschaft“.

27. Juni 2001

Rainer Hertrich, European Aeronautic Defense and Space Company (EADS):
„EADS als Basis für eine integrierte europäische Beschaffungspolitik“.

15. November 2001

Prof. Dr. Vaira Vike-Freiberga,
Staatspräsidentin der Republik Lettland,
in Zusammenarbeit mit dem Industrieclub Düsseldorf.

„Die baltische Dimension Europas. Dynamik und Stabilität“.

Europadialog

30. Januar 2001

„Nizza: Wie weiter mit Europa?“

Dr. Ulrike Guérot, Leiterin der Arbeitsstelle Europa der DGAP, Berlin:

6. Februar 2001

„Die Europäische Föderation Grüner Parteien.“

Dr. Thomas Dietz, Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Bonn.

27. Februar 2001

„Die Slowakei – Zentrum Europas mit europäischem Herzen“.

Dr. Ivan Horský, Generalkonsul der Slowakischen Republik, Bonn.

5. März 2001

„Die transatlantischen Beziehungen aus der Sicht der neuen Bush-Administration“.

Dr. Thomas Banchoff,
Georgetown University, Dpt. of Government, Washington, D.C.

20. März 2001

„The European Integration and the Integrative Measures in East Asia: Are They Comparable?“

Dr. Dou Ding, University of Peking, Department of International Relations.

27. März 2001

„Ungarn an der Schwelle zur Europäischen Union“,
János Wolfart, Gesandter, Leiter der Außenstelle der Botschaft der Republik Ungarn in Bonn.

10. April 2001

„Macedonia at the Brink of Civil War – Background of the Current Crisis Jasmin?“

Botschaftsrat Konsul, Leiter der Außenstelle der Botschaft der Republik Mazedonien in Bonn.

24. April 2001

„Das europäische Satelliten-Navigationssystem GALILEO: Stand und Perspektiven“.

Evert Dudok, Direktor Navigation, ASTRIUM, München.

8. Mai 2001

„Evangelische Kirchen zwischen nationaler Vergangenheit und europäischer Zukunft“.

Dr. Dr. hc Barthold C. Witte,
ehem. Mitglied der EKD, Leiter der Kulturabteilung AA a.D.

17. Mai 2001

„Arbeitsmarkt und Arbeitskräfte-migration – Was kommt auf Deutsche und Polen zu?“

Dr. Elmar Hönekopp, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.

29. Mai 2001

„Republik Kroatien – Durchbruch nach Europa“,

Hrvoje Sagrak, Botschaftsrat, Leiter der Außenstelle der kroatischen Botschaft.

19. Juni 2001

„Der Vertrag von Nizza und die institutionelle Entwicklung der EU – Bericht aus der Regierungskonferenz 2000 und Ausblicke“,

Prof. Dr. Dimitris Tsatsos, MdEP,
Fernuniversität Hagen, Institut für deutsche und europäisches Parteienrecht.

26. Juni 2001

„Polen auf dem Weg in die Europäische Union“,

Andrzej Szytna, Botschaftsrat, Leiter der Außenstelle der polnischen Botschaft.

12. Juli 2001

„Die sozio-linguistische Situation des Bretonischen“,

Dr. Daniel LeBris, Senior Fellow.

25. September 2001

„Der Weg Bulgariens in die EU“,
Elena Shekerletova, Gesandte, Leiterin der Außenstelle der bulgarischen Botschaft.

30. Oktober 2001

„Der Weg der Tschechischen Republik zur EU“,

Jaroslava Jeslinková, Gesandte,
Leiterin der Außenstelle der tschechischen Botschaft.

27. November 2001

„Der Weg der Republik Mazedonien zur EU“,

Jasmin Kahil, Botschaftsrat, Konsul,
Leiter der Außenstelle der Botschaft der Republik Mazedonien in Bonn.

4. Dezember 2001

„Die Herausforderungen auf Litauens Weg zu EU und NATO“,

Prof. Dr. Vaidievis Gerasimavicius,
Botschafter der Republik Litauen.

11. Dezember 2001

„Sprachenkonflikte in Belgien“,
Stefaan Marteel, Junior Fellow.

Publikationen

ZEI Policy Paper/ Working Paper

B01-01

Divided Boards: „Partisanship through Delegated Monetary Policy“, Etienne Farvaque, Gaël Lagadec.

B01-02

„The Konstanz Seminar on Monetary Theory and Policy at Thirty“, Michele Fratianni, Jürgen von Hagen.

B01-03

„Preferences over Inflation and Unemployment: Evidence from Surveys of Happiness“, Rafael di Tella, Robert J. MacCulloch und Andrew J. Oswald.

B01-04

„The Determination of Unemployment Benefits“, Rafael di Tella und Robert J. MacCulloch.

B01-05

„Trade Rules and Global Governance: A Long Term Agenda/The Future of Banking“, Deutsch-Französisches Wirtschaftspolitisches Forum/Forum Economique Franco-Allemand.

B01-06

„Opposites Attract: The Case of Greek and Turkish Financial Markets“, Konstantinos Drakos und Ali M. Kutan.

B01-07

„The Convergence of Monetary Policy between Candidate Countries and the European Union“, Josef C. Brada und Ali M. Kutan.

B01-08

„The Functioning of Economic Policy Coordination“, Jürgen von Hagen und Susanne Mundschenk.

B01-09

„Democracy in Transition Economies: Grease or Sand in the Wheels of Growth?“, Jan Fidrmuc.

B01-10

„Integration of the Baltic States into the EU and Institutions of Fiscal Convergence: A Critical Evaluation of Key Issues and Empirical Evidence“, Ali M. Kutan und Niina Pautola-Mol.

B01-11

„Inflationary Performance in a Monetary Union with Large Wage Setters“, Lilia Cavallari.

B01-12

„The Impact of Eastern Enlargement on EU-Labour Markets/Pensions Reform Between Economic and Political Problems“, Deutsch-Französisches Wirtschaftspolitisches Forum/Forum Economique Franco-Allemand.

B01-13

„German Public Finances: Recent Experiences and Future Challenges“, Jürgen von Hagen und Rolf R. Strauch.

B01-14

„Formal Fiscal Restraints and Budget Processes as Solutions to a Deficit and Spending Bias in Public Finances – U.S. Experience and Possible Lessons for EMU“, Rolf Strauch und Jürgen von Hagen.

B01-15

„Programs without Alternative: Public Pensions in the OECD“, Christian E. Weller.

B01-16

„Sources of Inflation and Output Fluctuations in Poland and Hungary: Implications for Full Membership in the European Union“, Selahattin Dibooglu und Ali M. Kutan.

B01-17

„Executive Authority, the Personal Vote, and Budget Discipline in Latin American and Caribbean Countries“, Mark Hallerberg und Patrick Marier)

B01-18

„Monetary Policy in Unknown Territory: The European Central Bank in the Early Years“, Jürgen von Hagen und Matthias Brückner.

B01-19

„Detrending and the Money-Output Link: International Evidence“, R.W. Hafer und Ali M. Kutan.

B01-20

„An Empirical Inquiry of the Efficiency of Intergovernmental Transfers for Water Projects based on the WRDA Data“, Anna Rubinchik-Pessach.

B01-21

„Balkan and Mediterranean Candidates for European Union Membership: The Convergence of their Monetary Policy with that of the European Central Bank“, Josef C. Brada und Ali M. Kutan.

B01-22

„Strategic Delegation and International Capital Taxation“, Matthias Brückner.

B01-23

„Migration and Adjustment to Shocks in Transition Economies“, Jan Fidrmuc.

B01-24

„Disintegration and Trade“, Jarko und Jan Fidrmuc.

B01-25

„Monetary Convergence of the EU Candidates to the Euro: A Theoretical Framework and Policy Implications“, Lucjan T. Orlowski.

B01-26

„Regional Effects of Terrorism on Tourism: Evidence from Three Mediterranean Countries“, Konstantinos Drakos und Ali M. Kutan.

B01-27

„Investor Panic, IMF Actions, and Emerging Stock Market Returns and Volatility: A Panel Investigation“, Bernd Hayo und Ali M. Kutan.

B01-28

„Political Economy of the Nice Treaty: Rebalancing the EU Council/The Future of European Agricultural Policies“, Deutsch-Französisches Wirtschaftspolitisches Forum/Forum Economique Franco-Allemand.

ZEI Discussion Paper

C 81

Ann Mettler:
„From Junior Partner to Global Player?
The New Transatlantic Agenda and Joint
Action Plan“.

C 82

Emil Mintchev:
„South Eastern Europe at the beginning of
the 21st century. New dangers, new
strategies, new perspectives“.

C 83

Lothar Rühl:
„Structures, possibilities and limits of
European crisis reaction forces for conflict
prevention and resolution“.

C 84

Viviane Reding:
„Die Rolle der EG bei der Entwicklung
Europas von der Industriegesellschaft zur
Wissens- und Informationsgesellschaft“.

C 85

Ludger Kühnhardt:
„Towards Europe 2007. Identity, Instituti-
on-Building and the Constitution of
Europe“.

C 86

Janusz Bugajski:
„Facing the Future: The Balkans to the
Year 2010“.

C 87

Frank Ronge, Susannah Simon (Hrg.):
„Multiculturalism and Ethnic Minorities in
Europe“.

C 88

Ralf Elm:
„Notwendigkeit, Aufgaben und Ansätze
einer interkulturellen Philosophie.
Grundbedingungen eines Dialogs der
Kulturen“.

C 89

Tapio Raunio, Matti Wiberg:
„The Big Leap to the West: The Impact of
EU on the Finnish Political System“.

C 90

Valérie Guérin-Sendelbach (Hrsg.):
„Interkulturelle Kommunikation in der
deutsch-französischen Wirtschafts-
kooperation“.

C 91

Jörg Monar:
„EU Justice and Home Affairs and the
Eastward Enlargement: The Challenge of
Diversity and EU Instruments and
Strategies“.

C 92

Michael Gehler:
„Finis Neutralität? Historische und
politische Aspekte im europäischen
Vergleich: Irland, Finnland, Schweden,
Schweiz und Österreich“.

C 93

Georg Michels:
„Europa im Kopf - Von Bildern, Klischees
und Konflikten“.

C 94

Marcus Höreth:
„Das Weiss-Buch der European
Governance der EU-Kommission“.

C 95

Jürgen Rüländ:
„ASEAN and the European Union:
A Bumpy Interregional Relationship“.

C 96

Bo Bjurulf:
„How did Sweden manage the European
Union?“

C 97

„Biomedizin und Menschenwürde“,
Stellungnahmen von Ulrich Eibach,
Santiago Ewig, Sabina Laetitia
Kowalewski, Volker Herzog, Gerhard
Höver, Thomas Sören und Ludger
Kühnhardt.

Schriften des ZEI

Band 15:

Frank Ronge (Hrsg.): „In welcher Verfas-
sung ist Europa – Welche Verfassung für
Europa?“
Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2001.

Band 26:

Wolf-Dieter Lange, Andrea-Eva Smolka
(Hrsg.): „25 Jahre nachrevolutionäre
Literatur in Portugal. Nationale Mythen
und kulturelle Identitätssuche.“
Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2001.

Band 27:

Walter Schweidler (Hrsg.): „Werte im 21.
Jahrhundert.“
Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2001.

Band 29:

Gerhard Höver (Hrsg.): „Religion und
Menschenrechte. Genese und Geltung.“
Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2001.

Band 30:

Romain Kirt (Hrsg.): „Die Europäische
Union und ihre Krisen.“
Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2001.

Band 31:

Walter Fürst, Martin Honecker (Hrsg.):
„Christentum – Europa 2000. Die Zukunft
Europas als Aufgabe und Herausforderung
für Theologie und Kirchen.“
Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2001.

Band 33:

Karl Magnus Johansson, Peter Zervakis
(Hrsg.): „European Political Parties
between Cooperation and Integration.“
Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2001.

Band 34:

Heiko Uecker (Hrsg.):
„Deutsch-Norwegische Kontraste.
Spiegelungen europäischer Mentalitäts-
geschichte.“
Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2001.

Band 35:

Romain Kirt, Arno Waschkuhn (Hrsg.):
„Die Rolle der Kleinstaaten in Europa.“
Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2001.

Band 36:

Georg Klöcker (Hrsg.):
„Ten Years after the Baltic States re-
entered the International Stage.“
Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2001.

Band 44:

Andreas Maurer, Wolfgang Wessels (Hrsg.):
„National Parliaments on their ways to
Europe: Losers or Latecomers?“
Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2001.

Band 45:

Heinrich P. Kelz, Rudolf Simek, Stefan Zimmer (Hrsg.): „Europäische Kleinsprachen. Zu Lage und Status der kleinen Sprachen an der Schwelle zum dritten Jahrtausend.“
Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2001.

Band 46:

Thomas Lemmen:
„Muslime in Deutschland. Eine Herausforderung für Kirche und Gesellschaft.“
Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2001.

Band 47:

Martin Weber:
„Schweden und die Europäische Union. Europadebatte und Legitimität.“ Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2001.

ZEI Studies in European Economics and Law (Kluwer Academic Publishers, Dordrecht-Boston)

Vol. 4: Mika Widgren und Jürgen von Hagen (Hrsg.): „Regionalism in Europe: Strategies and Geometries after 2000“
Kluwer Academic Publishers, Boston 2001.

Publikationen in Fachzeitschriften und Sammelbänden

Forschungsgruppe I: „Institutionen und Institutionenentwicklung in Europa“

Bünger, K.: „Europäische Wirtschafts- und Währungsunion“, in: M. Honecker, H. Dahlhaus, J. Hübner, T. Jähnichen, H. Tempel (Hrsg.): Evangelisches Soziallexikon, Stuttgart 2001.

Bünger, K.: „Vorrang für Systemwettbewerb“, in: Gerken, Lüder und Graf Lambsdorff (Hrsg.): Ordnungspolitik in der Weltwirtschaft, Baden-Baden 2001.

Kühnhardt, L.: „Globalisation, transatlantic cooperation and democratic values“, in: G. A. Bermann, M. Herdegen, P. L. Lindseth (Hrsg.): Transatlantic Regulatory Co-operation. Legal Problems and Political Prospects. Oxford, New York 2001, pp. 481 ff.

Kühnhardt, L.: „Konturen des künftigen Europa: Vielstimmiges Konzept ohne gemeinsame Noten“, in: Unternehmermagazin, Jg. 49, Juni 2001, Seite 10 ff.

Zervakis, P.: „Eulen nach Athen tragen? Der Abschied von der ältesten noch kursgültigen Währung der Welt fällt den Griechen nicht schwer“, in: Rheinischer Merkur, Beilage Dezember 2001.

Zervakis, P.: Peter Zervakis, Nikos Yannis: „The Parliament of Greece: Slow but constant moves towards European Integration?“, in: National Parliaments on their ways to Europe: Losers or Latecomers? Hrsg. A. Maurer, W. Wessels. Baden-Baden, Nomos 2001, S. 147-171.

Zervakis, P.: „Griechenland“, in: Jahrbuch der Europäischen Integration, 2000/2001, Hrsg. W. Weidenfeld, W. Wessels. Berlin 2001, S. 345-350.

Forschungsgruppe II: „Europäische Mikro- strukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik“

Koenig, Ch.: „Bestimmung des passiv-legitimierten Adressaten einer Beihilfenrückforderung nach der Veräußerung eines begünstigten Unternehmens“, EuZW, 2001, S. 37.

Koenig, Ch. und T. Pickartz: „Stolpersteine in Brüssel umgehen: Genehmigungsfähige staatliche Umstrukturierungsbeihilfen müssen gut vorbereitet sein“, Betriebsberater 2001, S. 633-640.

Koenig, Ch.: „Die Versteigerung der UMTS-Lizenzen auf dem Prüfstand des deutschen und europäischen Telekommunikationsrechts“, K & R, 2001, S. 41.

Koenig, Ch.: „Regulierung interdependenter Marktmacht – Skalpeller oder bittere Pille?“, MMR, 2001, S.1.

Koenig, Ch. und J. Kühling: „Reformansätze des deutschen Telekommunikationsrechts in rechtsvergleichender Perspektive“, MMR 2001, Heft 2, S. 80-86.

Koenig, Ch. und Ch. Engelmann: „E-Commerce mit Arzneimitteln im Europäischen Binnenmarkt und die Freiheit des Warenverkehrs“, ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht, 2001, S. 19.

Koenig, Ch. und Ch. Engelmann: „Rechtliche Bewertung des Standes der Wissenschaft und Technik im Hinblick auf Verfahren zur Gewährleistung der Virussicherheit von Blutplasmapräparaten“, PharmR 2001, S. 74-79.

Koenig, Ch. und C. Sander: „Kritische Anmerkungen zur Krankenhausbedarfsplanung aus der Sicht des EG-Wettbewerbsrechts“, KluR, 2001, S. 38.

Koenig, Ch.: „EG-beihilfenrechtliche Anforderungen an Unterstützungsmaßnahmen eines öffentlichen Mutterunternehmens zugunsten seiner Tochtergesellschaften“, ZIP, 2001, S. 629.

Koenig, Ch.: „EG-rechtliche Beurteilung der Zulassung von Sportwetten-Anbietern – ein gemeinschaftsrechtliches: Rien ne va plus?“, EWS Beilage 1 zu Heft 4, 2001.

Kühling, J.: „Von den Vergütungspflichten des Energieeinspeisungsgesetzes bis zur Deckungsvorsorge des Atomgesetzes: Die deutsche Energierechtsordnung im Koordinatensystem des Europäischen Beihilfenrechts“, RdE 2001, S. 93-102.

Koenig, Ch. und A. Neumann: „Telekommunikationsrechtliche Optimierung künftiger Lizenz- und Frequenz-Versteigerungen“, ZRP, 2001, S. 252.

Koenig, Ch. und C. Sander: „Die Positivlistenregelung des § 33a SGB V – Ein neuer Anwendungsfall für die gemeinschaftsrechtliche Staatshaftung?“, MedR, 2001, S. 295.

Koenig, Ch. und C. Sander: „Die Positivlistenregelung des § 33a SGB V – Vereinbar mit europäischem Recht?“, Pharmarecht, 2001 EA1.

Koenig, Ch. und J. Kühling: „Das Preußen-Elektra-Urteil des EuGH“, Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, 2001, S. 768.

Koenig, Ch. und J. Kühling: „How to cut a long story short: Das Preußen-Elektra-Urteil des EuGH und die EG-Beihilfenkontrolle über das deutsche Rundfunkgebührensysteem“, ZUM 2001, S. 537-546.

Koenig, Ch.: „Determining the Addressee of a Decision Ordering the Recovery of State Aid after the Sale of Substantial Assets of the Undertaking in Receipt of Aid“, E.C.L.R. 2001, S. 238-248.

Koenig, Ch. und J. Kühling: „Grundstücksveräußerungen der öffentlichen Hand, planerischer Wandel und EG-Beihilfenrecht“, NZBau, 2001, S. 409.

Koenig, Ch. und J. Kühling: „Institutionelle Regulierungsordnung in der Eisenbahn- und Energiewirtschaft – sektorspezifische Regulierungsbehörden oder Bundeskartellamt?“, WuW 2001, S. 810-820.

Koenig, Ch. und A. Neumann: „Gemeinsame Infrastrukturnutzung beim Aufbau eines UMTS-Netzwerks und das Gebot wettbewerblicher Unabhängigkeit“, Kommunikation & Recht, 2001, S. 281.

Koenig, Ch. und A. Neumann: „Funktionsherrschaft und gemeinsame Infrastrukturnutzung beim Aufbau eines UMTS-Netzes“, Computer und Recht, 2001, S. 589.

Koenig, Ch. und J. Kühling: „Institutionelle Regulierungsordnung in der Eisenbahn- und Energiewirtschaft – sektorspezifische Regulierungsbehörden oder Bundeskartellamt?“, Wirtschaft und Wettbewerb, 2001, S. 810.

Koenig, Ch.: „Daseinsvorsorge durch Wettbewerb“, EuZW 2001, S. 481.

Koenig, Ch. und J.-D. Braun: „Element Based Charging Ante Portas: Die Regulierung der Zusammenschaltungsentgelte am Scheideweg“, MultiMedia und Recht, 2001, S. 563.

Koenig, Ch. und Ch. Engelmann: „Schutz von Reimporten durch die Freiheit des Warenverkehrs“, Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht, 2001, S. 405.

Koenig, Ch. und A. Neumann: „Die Telekommunikations-Datenschutzverordnung im Verordnungsgebungsverfahren“, RDV, 2001, S. 117.

Koenig, Ch., Ch. Engelmann, Ch. Wunsch: „Einführung einer unbegrenzten Gültigkeit der Arzneimittelzulassung“, EA, 2001, S. 1.

Koenig, Ch. und J. Kühling: „EG-beihilfenrechtliche Beurteilung mitgliedstaatlicher Infrastrukturförderung im Zeichen zunehmender Privatisierung“, DÖV, 2001, S. 881.

Koenig, Ch., J. Kühling, J.-D. Braun: „Die Interdependenz von Märkten in der Telekommunikation“ (Teil 1), CR, 2001, S. 745.

Koenig, Ch., Ch. Engelmann, C. Sander: „Parallelhandelsbeschränkungen im Arzneimittelbereich“, GRUR Int., 2001, S. 919.

Koenig, Ch., J. Kühling, J.-D. Braun: „Die Interdependenz von Märkten in der Telekommunikation“ (Teil 2), CR, 2001, S. 825.

Koenig, Ch. und A. Neumann: „Die Übermittlung von Entgeltdaten an Dritte durch Telekommunikationsdiensteanbieter“, RTkom, 2001, S. 226.

Koenig, Ch. und A. Neumann: „Gemeinsame Infrastrukturnutzung beim Aufbau eines UMTS-Netzwerks und das Gebot wettbewerblicher Unabhängigkeit“, K&R, 2001, S. 281.

Koenig, Ch.: „Funktionen des Bietverfahrens im EG-Beihilfenrecht“, EuZW, 2001, S. 741.

Koenig, Ch.: „Die fallweise Auswahl des Verbindungsnetzbetreibers in Mobilfunknetzen“, MMR Beilage, 1/2002, S. 11.

Koenig, Ch. und J. Kühling: „Der Streit um die neue Tabakprodukttrichtlinie“, EWS, 2002, S. 12.

Koenig, Ch. und C. Sander: „Staatshaftung und Festbeträge“, NZS, 2001, S. 617.
Branson, W., J. Braga de Macedo und J.

Forschungsgruppe III: „Makroökonomische Politik und Institutionen in Europa“

Branson, W., J. Braga de Macedo und J. von Hagen: „Macroeconomic Policy and Institutions During the Transition to EU Membership“ in: Roland MacDonald and Rod Cross (eds.), Central Europe Towards Monetary Union: Macroeconomic Underpinnings and Financial Reputation. Boston, Dordrecht: Kluwer Academic Publishers 2001

Brückner, M. und J. von Hagen: „Monetary Policy in Unknown Territory: The European Central Bank in the Early Years“, gemeinsam mit J. von Hagen, ZEI Working Paper B18-2001, erscheint in: D.E. Altig und B.D. Smith (Hrsg.): Evolution and Procedures in Central Banking, Cambridge University Press, im Druck.

Brückner, M.: „Voting Power in the European Central Bank“, in M. J. Holler und G. Owen (Hrsg.): Power Indices and Coalition Formation, S. 341-351, Kluwer, 2001, auch in Homo Oeconomicus XVII.

Chakrabati, D.: „Formal and Informal Sector Credit Institutions and Interlinkage“, (mit A. Chaudhuri) in: Journal of Economic Behavior and Organization, Vol. 46, No. 3, pp. 312-325.

von Hagen, J. (Hrsg.): „Fiscal Policy with a Stability and Growth Pact“, in: Public Finance and Management, Vol 1 No. 1 (e-journal at www.spaef.com).

von Hagen, J. (Hrsg.): „Central Bank Operations – Auction Theory and Empirical Evidence“, in: Journal of International Money and Finance, Special Issue, Vol 20 No. 6, November 2001.

von Hagen, J. und M. Fratianni: „The Konstanz Seminar on Monetary Theory and Policy at 30“, in: European Journal of Political Economy 17, 2001, 641-664.

von Hagen, J. und R.R. Strauch: „Fiscal Consolidations: Quality, Economic Conditions, and Success“, in: Public Choice 109, 2001, 327-346.

von Hagen, J.: „Financial Fragility, or What Went Right and What Could Go Wrong in Central European Banking“ (mit Ch. E. Weller), in: R. MacDonald and R. Cross (Hrsg.): *Central Europe Towards Monetary Union: Macroeconomic Underpinnings and Financial Reputation*. Boston, Dordrecht: Kluwer Academic Publishers 2001.

von Hagen, J.: „Discussion of Capital Market Imperfections, Investment, and the Monetary Transmission Mechanism by R. Glenn Hubbard“, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), *Investing Today for the World of Tomorrow*. Berlin, Heidelberg: Springer 2001.

von Hagen, J. und K. K. Kletzer: „Monetary Union and Fiscal Federalism“ in: Ch. Wyplosz (Hrsg.), *The Impact of EMU on Europe and the Developing Countries*. Oxford: Oxford University Press 2001.

von Hagen, J. und R.R. Strauch: „East Germany: Transition With Unification. Experiments and Experiences“, in: M. Blejer (Hrsg.), *Transition: The First Decade*. Boston: MIT Press 2001.

Hayo, B., I. Fender und J. von Hagen: „Geldtheorie, Geldpolitik und Finanzmärkte“, in: K. F. Zimmermann (Hrsg.), *Neue Entwicklungen in der Wirtschaftswissenschaft*. Heidelberg: Physica 2001.

Forschungsgruppe IV: „Europäische Arbeitsmärkte und soziale Sicherungssysteme“

Mundschenk, S. und J. von Hagen: „The Functioning of Economic Policy Coordination in Europe“, in: A. Sapir und M. Buti (Hrsg.), *EMU and Economic Policy in Europe: The Challenge of the Early Years*. London: Edward Elgar Publishing, im Druck.

Mundschenk, S. und J. von Hagen: „The Political Economy of Policy Coordination in EMU“, in: *Swedish Economic Policy Review*, im Druck.

Forschungsgruppe V „Erweiterung der Europäischen Union“

Biermann, R.: „Kurzbesprechung aktuelle Literatur Südosteuropa“, in: U. Backes und E. Jesse (Hg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, 12. Jg. Baden-Baden 2000, S. 486f.

Biermann, R.: „The Stability Pact for South Eastern Europe: Principles and Hurdles“, in: *Security and Reconstruction of Southeastern Europe*, Hrsg. Minchev, Ognyan, Tsekov, Georgi, Institute for Regional and International Studies. Sofia 2000, S. 117-124.

Biermann, R.: „Eine europäische Perspektive für die Bundesrepublik Jugoslawien im Rahmen des Stabilitätspaktes für Südosteuropa“, Vortrag anlässlich des 10. Jahrestages der Gründung des Humboldt-Clubs Serbien, Belgrad, in: *Mitteilungen des Humboldt-Clubs Serbien*, Nr. 10, 2001, S. 10-16.

Biermann, R.: „The New Agenda for Euro-Atlantic Security“, Vortrag auf der Konferenz: *The New Geopolitical Environment in: The Eastern Mediterranean and Beyond*, am 22. Okt. 1999 in Nikosia, organisiert vom Research and Development Center Intercollege, Nikosia (Tagungsband erscheint in Kürze).

Fidrmuc, J., S. Mundschenk, I. Traistaru und J. von Hagen (2002): „European Union Enlargement: Economic Consequences and Perspectives for the European Union“, in: A. Warner (Hrsg.) *The European Competitiveness and Transition Report 2001-2002: Ratings of Accession Progress, Competitiveness and Economic Restructuring of European and Transition Economies*, pp. 80-100, The World Economic Forum. New York: Oxford University Press.

Kühnhardt, L.: „What kind of enlarged EU do we want? Challenges and opportunities of the Eastern Enlargement“, in: *European Institute* (Hrsg.), *The Challenges of Eastern Enlargement*. Sofia 2001, pp. 23 ff.

Kühnhardt, L.: „Die Europäische Union – Fragen zur Erweiterung“, herausgegeben vom Auswärtigen Amt und der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland. Berlin 2001, 60 Seiten.

Kühnhardt, L.: „Ein föderatives Europa? Das politische Gesicht Europas im Zuge der Erweiterung“, *Diskussionsbeiträge in: Bergedorfer Gesprächskreis* Nr. 118. Hamburg 2001, passim.

Mintchev, E.: „Euroatlantische Partnerschaft auf dem Balkan“, in: *Internationale Politik*, Nr. 6, Juni 2001.

Mintchev, E.: „Der Stabilitätspakt für Südosteuropa - Neue Perspektiven und Herausforderungen nach der demokratischen Wende in Serbien“, in: *Militär und Gesellschaft im Kontext europäischer Sicherheit*. Baden-Baden 2001, Hrsg. H.-G. Ehrhart, S. 182-191.

Traistaru, I., P. Nijkamp und L. Resmini: „European integration, regional specialisation and location of industrial activity: A survey of theory and empirical evidence“, in: I. Traistaru, P. Nijkamp und L. Resmini, *European Integration, Regional Specialisation and Location of Industrial Activity in Accession Countries*. Ashgate Publishing, forthcoming.

Traistaru, I., A. Iara und C. Pauna: „European integration, regional specialisation and location of industrial activity in Romania“, in: I. Traistaru, P. Nijkamp und L. Resmini, *European Integration, Regional Specialisation and Location of Industrial Activity in Accession Countries*. Ashgate Publishing, forthcoming.

Traistaru, I., P. Nijkamp und S. Longhi: „Regional specialisation and concentration of industrial activity in accession countries“, in: I. Traistaru, P. Nijkamp und Laura Resmini, *European Integration, Regional Specialisation and Location of Industrial Activity in Accession Countries*. Ashgate Publishing, forthcoming.

Zhou, J. und J. von Hagen: „A simple empirical analysis for the exchange rate regime choices in transition economies“ (mit J. von Hagen), in: M. H. Stierle und Th. Birringer eds., *Economics of Transition: Theory, Experiences and EU Enlargement*, INFER Annual Conference 2001, Verlag für Wissenschaft und Forschung. Berlin 2001.

Forschungsgruppe VI: „Europas Rolle in der Welt“

Gu, X.: „China kann sich ein Wettrüsten nicht leisten: Die amerikanischen Pläne für ein Raketenabwehrsystem gefährden das geopolitische Gleichgewicht im Asien-Pazifik-Raum“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. April 2001.

Gu, X.: „China: Verwundbare Kontinentalvormacht“, in: Internationale Politik, 2001, Heft 4, S. 1-8.

Gu, X.: „China's Electoral System“, in: D. Nohlen (Hrsg.): Elections in Asia, Oxford 2001.

Gu, X.: „Neue Konstellationen und alte Strategie: Chinas Außenpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes“, in: Schubert, Gunther (Hrsg.): China: Perspektiven für das 21. Jahrhundert, Hamburg 2001.

Gu, X.: „China und der Westen: Wo liegen eigentlich die Probleme?“ in: K. R. Spillmann und A. Wenger (Hrsg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte III, Zürich 2001.

Meiers, F.-J.: „Deutschland: Der dreifache Spagat“, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, Jg. 19, Heft 2, 2001, S. 62-68.

Forschungsgruppe VII: „Europäische Identität und der Dialog der Kulturen“

Kühnhardt, L.: Rezension: Walter Schweidler, Geistesmacht und Menschenrechte. Untersuchungen zur Bedeutung des Universalanspruchs der Menschenrechte, Freiburg, München 1999, in: Historische Mitteilungen, 13. Jahrgang 2000, im Auftrag der Ranke-Gesellschaft, Seite 291 f.

Kühnhardt, L.: „Grundfragen und Konsequenzen der europäischen Einigungspolitik“, in: Hessische Landesregierung (Hrsg.), Europa im 21. Jahrhundert, 17 Standpunkte zum Thema. Wiesbaden 2000, Seite 75 ff.

Kühnhardt, L.: „Pragmatyzm nie wystarczy. Europa w poszukiwaniu nowego kształtu duchowego“, in: J. Wahl (Ed.) Kultura i tożsamość europejska. Duchowy fundament integracji naszego kontynentu. Gliwice 2001, p. 17 ff.

Kühnhardt, L.: Rezension: Arved Waltemathe, Austritt aus der EU. Sind die Mitgliedsstaaten noch souverän?, Bern 2000, in: Das historisch-politische Buch. 2001 Seite 404 f.

Kühnhardt, L.: „Wertorientierung in der modernen Gesellschaft“, in: B. Nacke (Hg.), Visionen für Gesellschaft und Christentum. Würzburg 2001, Seite 233ff.

Kühnhardt, L.: „Introduction, in: F. Ronge, S. Simon (Eds.), Multilateralism and Ethnic Minorities in Europe. ZEI Discussion Paper C 87 / 2001, pp. 9 ff.

Kühnhardt, L.: „The European Identity“, Council of Europe (ed.): Colloquium 17-18 April 2001, Summary. Strasbourg 2001, passim.

Kühnhardt, L.: „Baustelle Europa: Chancen für ein kulturelles Laboratorium“, in: Zeitschrift für Kulturaustausch, 51. Jg. 3/2001, Seite 45 ff.

Kühnhardt, L.: „Europa als Wertegemeinschaft - Verlierer der Österreich-Krise 2000?“, in: Wiener Zeitschrift zur Geschichte der Neuzeit, 1. Jg. 2001, Heft 1, Seite 73 ff.

Kühnhardt, L.: „Europa als Bestimmung“, Nachruf auf Dieter Chenaux-Repond, in: R. Kirt, A. Waschkuhn (Hrsg.), Kleinstaa-ten-Kontinent Europa. Probleme und Perspektiven. Baden-Baden 2001, Seite 9 ff.

Kühnhardt, L.: „Die Unteilbarkeit der Menschenwürde als Bedingung der Universalität der Menschenrechte“, in: U. Eibach, et.al., Biomedizin und Menschenwürde. ZEI Discussion Paper C97/2001, Bonn, Zentrum für Europäische Integrationsforschung 2001, Seite 67 ff.

Kühnhardt, L.: „Menschliche Werte. Versöhnung“, in: U. Zwiener, R. Kunze, A. Grosser, T. J. Reed, A. Schimmel, L. Kühnhardt, H. Koschnik (Hrsg.), 10 Jahre Collegium Europaeum Jenense. Jena, Erlangen 2001, darin: Seite 39 ff.

Kühnhardt, L.: „Perspektiven der Bildungsreform in Deutschland“, in: MUT. Forum für Kultur, Politik und Geschichte, Nr. 408/August 2001, Seite 55 ff.

Michels, G.: „Die Entstehung des Landadels in Preußen“, in: Preußische Landesgeschichte, FS B. Jähnig (Einzelschriften der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung 22). Marburg: Elwert 2001, 233-240.

Michels, G.: „Schluß mit der Volksschule – Zum Ende der DM“, in: Geld – Macht – Glück (=) Rheinischer Merkur extra Nr. 51/52, 2001, S. 3.

Kooperationspartner

American University Beirut	Center for Modern Management Shanghai
AOL America Online Inc. Deutschland, Hamburg	Centre d'Etudes Prospectives et d'Investigations Internationales (CEPII), Paris
Arnold Bergstraesser Institut, Freiburg	Centre d'étude de la vie politique, Université Libre de Bruxelles
Ascom Deutschland GmbH, Frankfurt	Centre for European Studies Research, University of Portsmouth, England
Außenministerium der Republik Bulgarien	Centre for Foreign Policy Studies, Budapest
Außenministerium der Republik Lettland	Centre Interdisciplinaire De La Recherche Comparative En Sciences Sociales, Paris
Außenministerium der Republik Litauen	Centrum für angewandte Politikforschung der Universität München
Außenministerium der Republik Slowakei	Centrum voor Duitsland Studies, Nijmegen
Auswärtiges Amt, Berlin	CIREC New Media (Centre for International Research on Electronic Communications), Münster
Aventis Behring GmbH, Marburg	Club of Rome
Aventis Pharma Deutschland, Bad Soden	Columbia University
Bank von Spanien, Madrid	debitel AG, Stuttgart
Bergische Universität GSH Wuppertal	Department of Political Science, New Bulgarian University, Sofia
Berufsverband deutscher Laborärzte e.V., Düsseldorf	Deutsche Bundesbank, Frankfurt
Bilkent Universität, Ankara	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
Bosporus-Gesellschaft, Bonn	Deutsche Gesellschaft für regulatorische Angelegenheiten e.V., Bonn
Bundesfachverband der Arzneimittelhersteller, Bonn	Deutsche Telekom AG, Bonn
Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin	Deutsche Welle, Köln
Bundesministerium für Finanzen, Berlin	Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD), Bonn
Bundesministerium für Gesundheit, Berlin	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin
Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin	Deutsches Orient-Institut, Hamburg
Bundesverband der deutschen Industrie e.V., Berlin	Deutsch-Kasachische Universität
Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V., Berlin	Diplomatenakademie Kroatien, Zagreb
Center for Economic Policy Research (CEPR), London	Europäische Kommission, Brüssel
Center for Europe, Warszawa	Europäische Rechtsakademie (ERA), Trier
Center for European Studies, Cluj	
Center for European Studies, Sichuan University, China	
Center for European Studies, Limerick	

Europäische Volkspartei (EVP) in Brüssel, Strassburg	Institut für Auslandsbeziehungen (IfA), Stuttgart
Europäische Zentralbank (EZB), Frankfurt	Institut für Deutsches und Europäisches Parteienrecht, Fernuniversität Hagen
Europaministerium der Republik Kroatien	Institut für Europäische Politik, Berlin
Europarat, Straßburg	Institut für Politikwissenschaft und Europäische Fragen, Universität Köln
Europe 2020, Paris	Institut für Weltwirtschaft, Kiel
European Association of Mail Service Pharmacies	Institute for Political Science, Hungarian Academy of Sciences, Budapest
European Institut, Sofia	Institute of Sociology, Hungarian Academy of Sciences, Budapest
Evangelisch-theologische Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn	Instituto di Sociologia, Universita degli Studi, Urbino, Italien
Evropaiki Ekfrassi Athina, Athen	Japanologisches Seminar der Universität Bonn
Exeter University, England	Junge Union Deutschland
Fonds Hessischer Arzneimittelhersteller e.V., Frankfurt	Kasachisches Institut für Strategische Studien beim Präsidenten der Republik Kasachstan, Almaty
Foreign Ministry of Thailand, Bangkok	Katholisch-theologische Fakultät der Universität Bonn
Forschungszentrum Jülich GmbH, Jülich	Keele European Research Centre, Keele University, United Kingdom
Friedrich-Ebert-Stiftung	Konrad-Adenauer-Stiftung, Bonn
Fritz-Thyssen-Stiftung, Köln	Landesverband Hessen im Bundesverband der Pharma- zeutischen Industrie e.V., Frankfurt
Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO), Leipzig	Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel
Gerhard-Mercator-Universität Duisburg	Le Centre Interdisciplinaire, Paris
Gesellschaft „Internationale Studentenfreunde“ e.V. Göttingen	London School of Economics and Political Science
Gustav-Stresemann-Institut, Bonn	Mediterranean Academy of Diplomatic Studies, University of Malta
Hallesches Wirtschaftsforschungsinstitut (HWI), Halle	Ministerium des Inneren des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg
Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung, Köln	Ministerium für Europäische Integration der Republik Kroatien
Hanns-Seidel-Stiftung	Mobilcom AG, Rendsburg-Büdelndorf
Harvard University	NEXNET GmbH, Berlin
Heinrich-Böll-Stiftung	Nordamerika-Programm der Universität Bonn
Hermann-und-Marianne-Straniak-Stiftung, Luzern	Novi Sad University
Hermann-von-Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren	OSZE, Wien
Hochschulrektorenkonferenz, Bonn	Politiken Kopenhagen
Industrie-Club e.V., Düsseldorf	
Informationszentrum Europa, Stadt Köln	
Institut Francais, Bonn	

Pontificio Comitato Di Scienze Storiche, Rom	Y. Jahnsson-Foundation, Helsinki
Robert-Bosch-Stiftung, Stuttgart	Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn
Sorbonne Paris III	Zentrum für Europäisches Wirtschaftsrecht der Universität Bonn
Soziologisches Institut, Polnische Akademie der Wissenschaften, Warschau	Zentrum für Niederlande-Studien, Münster
Sprachwissenschaftliches Seminar der Universität Bonn	Zentrum für Türkeistudien, Essen
Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf	
Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Essen	
Südosteuropa-Gesellschaft	
Swedish Institute of International Affairs, Stockholm	
The Interdisciplinary Centre for Comparative Research in the Social Science (ICCR), Wien-Paris	
The School of Social Studies at the Political Science Department at Masaryk University in Brno	
Umea University, Sweden	
Universität Bamberg, Lehrstuhl Soziologie	
Universität Dresden, Politologisches Seminar	
Universität Innsbruck, Historischer Fachbereich	
Universität Kiel	
Universität Köln	
University College of Southern Stockholm (Södertörns högskola), Stockholm	
University of Brno, Brno, Czech Republik	
University of Helsinki	
University of Minnesota	
University Trnava, Slowakei	
Verband der Anbieter von Telekommunikations- und Mehrwertdiensten (VATM) e.V., Köln	
Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der Europäischen Union, Brüssel	
VIAG Interkom GmbH & Co., München	
Wilton Park	
Wissenschaftliches Institut für Kommunikationsdienste (WIK), Bad Honnef	
Wissenschaftszentrum Berlin	

Pressespiegel (Auswahl)

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Rechte des Regulierers werden verfeinert

EU-Richtlinien wohl bis Ende 2001 / Telekom übt heftige Kritik

Stü. BONN, 9. Mai. Der neue europäische Rechtsrahmen für die Telekommunikation findet in Deutschland ein geteiltes Echo. Die Deutsche Telekom befürchtet, daß es zu einer Ausweitung der Regulierung kommt, obwohl eine Rückführung geboten sei. Die neuen Anbieter hegen dagegen die Hoffnung, daß die Regulierungsinstanzen künftig einschreiten können, wenn der dominante Anbieter seine Macht auf benachbarten Märkten ausnutzen will. Das wurde auf der zweiten Expertenkonferenz zum europäischen Telekommunikationsrecht in Bonn deutlich, die das Bundeswirtschaftsministerium mit dem Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Universität Bonn (ZEI) veranstaltet hat.

Staatssekretär Alfred Tacke aus dem Wirtschaftsministerium sagte, daß die Richtlinien voraussichtlich Ende des Jahres verabschiedet werden. 2002 und 2003 müßten sie in deutsches Recht umgesetzt werden. Es bestehe in der EU weitgehend Konsens, daß die sektorspezifische Regulierung erst nach dem Übergang zu einem wettbewerbsorientierten Markt ausklingen könne. Aber die Vorstellungen über Regulierung und Deregulierung gingen auseinander.

Die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post beurteilt die geplante EU-Rahmenrichtlinie positiver als zuvor. Ihr Präsident Matthias Kurth sagte, daß die EU eine einheitliche Regulierung aller Kommunikationsmärkte anstrebe und die Zahl der Richtlinien von 20 auf sechs vermindern wolle. Die Definition der Marktherrschaft nehme Bezug auf die EU-Wettbewerbsregeln; telekommunikationsspezifische Definitionen wie bisher solle es nicht mehr geben. Das entspreche dem deutschen Ansatz und erleichtere den Über-

gang zum allgemeinen Wettbewerbsrecht. Kurth hob hervor, daß die geplanten Konsultationen zwischen Brüssel und den nationalen Behörden entschärft worden seien. So erhalte die Kommission keine inhaltlichen Entscheidungs- und Eingriffsrechte. Die nationalen Regulierer aber sollen Entscheidungsentwürfe mit erheblicher Auswirkung auf den Markt der EU-Kommission zusenden. Das verlängere die zehn Wochen lange Entscheidungsfrist der Regulierungsbehörde nach bisherigem deutschem Recht. Kurth plädierte für eine bessere Koordination der nationalen Behörden. „Ein europäischer Superregulierer brauchen wir nicht.“

Die Deutsche Telekom trete für gleiche Wettbewerbsbedingungen auf europäischer Ebene ein, unterstrich Hans-Willi Hefekäuser, Leiter des Zentralbereichs Ordnungs- und Wettbewerbspolitik. Die Richtlinienvorschlüsse brächten in dieser Hinsicht keine Fortschritte. Es bestehe die Gefahr, daß Regulierung auch auf Märkten, auf denen Wettbewerb herrsche, zementiert werde. Sie solle sogar auf Märkte wie Mobilfunk und Internet ausgeweitet werden.

Dagegen nannte es der Präsident des Verbands der Anbieter von Telekommunikations- und Mehrwertdiensten (VATM), Joachim Dreyer, gefährlich, die Regulierung zurückzuschrauben. Der Sprecher der Telekom-Wettbewerber befürchtet, daß es zu einer Re-Monopolisierung des Telefonmarktes kommen könnte. So sichere sich die Telekom jetzt das Monopol von morgen, indem sie mit Dumpingpreisen Kunden zur DSL-Technik locke, mit der man schnell im Internet surfen kann. Gerade für solche Fälle bieten die Richtlinienentwürfe nach Ansicht von ZEI-Direktor Christian Koenig ein verfeinertes Instrumentarium.

„EZB sollte Fehler nicht wiederholen“

dffb. FRANKFURT, 5. Dezember. Die Europäische Zentralbank (EZB) sollte ihren Fehler von April 1999 nicht wiederholen und wegen der für kommendes Frühjahr erwarteten Konjunkturerholung die Zinsen nicht weiter senken. Das empfahl am Mittwoch Jürgen von Hagen, Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Bonn. Hagen zählt zur Gruppe „EMU Monitor“, in der europäische Ökonomen seit dem Beginn der Währungsunion die Geldpolitik der EZB kritisch verfolgen. Damals habe die EZB die Zinsen gesenkt, obwohl sich die Wirtschaft schon wieder erholt habe. Ende des vergangenen und

fang dieses Jahres habe sie wegen der aufkommenden Inflation die Geldpolitik trotz Konjunkturverschlechterung dann nicht lockern können. Nach den Zinssenkungen in diesem Jahr sei die Geldpolitik inzwischen expansiv, sagte Hagen. Der Rat der EZB tritt am heutigen Donnerstag zur ersten Sitzung im Monat zusammen; nur auf einer solchen wollen die Mitglieder über die Leitzinsen entscheiden. Zugleich wird der EZB-Rat den Referenzwert für das Wachstum der Geldmenge M3 im kommenden Jahr festlegen.

Die Ökonomen des EMU-Monitors halten einen Referenzwert – wie auch allgemein erwartet – von 4,5 Prozent für angemessen. Gleichzeitig empfahlen sie, den Referenzwert um einen Korridor von insgesamt 2 Prozent zu ergänzen. Sollte die Geldmenge nur vorübergehend durch Portfolioumschichtungen aufgebläht sein, werde ihre Wachstumsrate im Frühjahr die Korridorobergrenze von 5,5 Prozent untereilen. Geschehe dies nicht, müsse die EZB möglicherweise die Zinsen erhöhen. Mit Blick auf die EU-Erweiterung schlagen die Wissenschaftler vor, die Aufgaben des EZB-Rats und des Direktoriums neu zu verteilen. Das Direktorium besteht bisher aus dem EZB-Präsidenten, dem Vizepräsidenten und vier weiteren Mitgliedern. Zum EZB-Rat kommen noch die Präsidenten der nationalen Zentralbanken hinzu. Nach der EU-Erweiterung könnte der Rat aus mehr als 28 Mitgliedern bestehen. Das dürfte die Entscheidungsfindung erheblich erschweren. Nach Vorstellung des EMU-Monitors sollen im EZB-Rat Mitglieder aller Länder sitzen, die sich aber nur zwei- oder dreimal im Jahr treffen und über die grobe Linie der Geldpolitik entscheiden. Die Stellung des Direktoriums, das weiterhin aus sechs Mitgliedern besteht, wird dem Plan zufolge gestärkt, weil es ihm obliegt, kurzfristig über die Leitzinsen zu entscheiden. Das Direktorium soll dem EZB-Rat aber rechen-schaftspflichtig sein.

NRW sichert Zukunft von ZEI und ZEF

ANFRAGE Ministerin antwortet Bernhard von Grünberg

Die Entwicklungs- und Integrationsforschung in Bonn ist auch nach Auslaufen der Förderung aus Mitteln des Bonn/Berlin-Ausgleiches langfristig gesichert. Die Ministerin für Schule, Wissenschaft und Forschung des Landes NRW, Gabriele Behler, hat dem Bonner Landtagsabgeordneten Bernhard von Grünberg (SPD) auf Anfrage mitgeteilt, dass das Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) und das Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) an der Uni Bonn vom Land weiterfinanziert werden, wenn der Ausgleichs-

topf leer ist. Außerdem soll der Bestand der beiden Institute auch in den Zielvereinbarungen mit der Universität festgeschrieben und noch in diesem Semester zwischen Universität und Land beschlossen werden. „Ich bin froh, dass die ausgezeichnete Arbeit von ZEF und ZEI auf Dauer erhalten bleiben“, sagt von Grünberg. Die Arbeit sei ein wesentlicher Bestandteil des Internationalen Zentrums Bonn, weil sie die Praxis der Nichtregierungsorganisationen und UN-Organisationen mit der Wissenschaft verbinde. bz

„DIE EZB HAT SICH ZU WENIG DISZIPLIN AUFERLEGT“

Der Währungsexperte Jürgen von Hagen über die gemeinsame europäische Währung.

Herr von Hagen, seit seiner Einführung hat der Euro gegenüber dem US-Dollar kräftig abgewertet. Ist die Gemeinschaftswährung ein Fehlschlag?

Nein. Die reibungslose Einführung des Euro zum 1. Januar 1999 war ein großer Erfolg. Seither hat sich der Euro zu einer normalen Währung entwickelt.

Viele Menschen fürchten aber die Umstellung auf den Euro werde einen Preisschub auslösen.

Ich bin da optimistischer. Der intensive Wettbewerb auf den Märkten in Europa wird verhindern, dass die Unternehmen ihre Preisforderungen insgesamt nach oben schrauben. Allerdings kann es Veränderungen in der Preisstruktur auf Grund von Auf- und Abwärtsbewegungen bei den Preisen geben. Einige Güter werden etwas teurer, andere billiger. Im Durchschnitt dürfte sich das ausgleichen.

Die Inflationsrate liegt noch immer über der Obergrenze der Europäischen Zentralbank (EZB) von zwei Prozent. Was sind die Ursachen?

Die Europäische Zentralbank hat sich in der Vergangenheit zu wenig Disziplin im Hinblick auf das Ziel der Preisstabilität auferlegt. Sie hat vor allem der Geldmengenzunahme nicht genügend Beachtung geschenkt.

Könnte die Steuerung der Geldmenge durch das Euro-Bargeld in Zukunft noch schwieriger werden?

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass der Zusammenhang zwischen Geldmenge und Preisniveau im Euro-Raum erstaunlich stabil ist. Daran dürfte sich durch die Euro-Bargeldeinführung kaum etwas ändern. Der Anteil des umlaufenden Bargelds an der Geldmenge M3 ist recht gering. Selbst wenn die Bürger weniger Euro-Bargeld halten sollten als zuvor, wird das das Geldmengenwachstum und seinen Einfluss auf die Inflation nur wenig beeinflussen.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den einzelnen Ländern der Euro-Zone sind sehr unterschiedlich. Kann die EZB da überhaupt eine angemessene Geldpolitik für alle betreiben?



J. VON HAGEN, 45, ist Direktor im Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Universität Bonn. Der promovierte Volkswirt erhielt 1997 den Gossens-Preis des Vereins für Socialpolitik als bester deutscher Nachwuchswissenschaftler.

Die EZB muss eine Politik betreiben, die für den Durchschnitt des Euro-Raums geeignet ist. Aufgabe der nationalen Regierungen ist es dann, die Wirtschaftspolitik so zu gestalten, dass jedes Land mit den monetären Vorgaben der EZB leben kann.

Deutschland scheint auf Zinsänderungen der EZB besonders anfällig zu reagieren.

Das liegt zum Teil an unserer Wirtschaftsstruktur. Der traditionelle Industrieexport hat in Deutschland einen höheren Anteil an der gesamten Wertschöpfung als in anderen Ländern. Die Industrie reagiert jedoch schneller und stärker auf Zinsänderungen als etwa die Dienstleistungsbranche. Bei Bremsmanövern der Notenbank, wie im Jahr 2000, bricht die Konjunktur

in Deutschland dann rascher und tiefer ein als anderswo.

Andere Länder haben von der Einführung des Euro mehr profitiert?

Ja, das gilt vor allem für Länder wie Italien, Belgien oder Irland, die früher große Stabilitätsprobleme hatten. Der Disziplinierungseffekt durch die Mitgliedschaft in der Währungsunion hat dort zu großen Stabilitätsfortschritten geführt. Der Risikoaus-

schlag am Kapitalmarkt ist für diese Länder dadurch verschwunden. Heute zahlen sie praktisch die gleichen Zinsen für langfristige Kredite wie Deutschland.

Hat die gemeinsame Währung die Wirtschaftspolitik verändert?

Der Euro hat die Wechselkursrisiken beseitigt und so die Mobilität der Kapitalströme erhöht. Der verschärfte Standortwettbewerb hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die Regierungen die Steuern gesenkt haben. Jetzt müssen wir aufpassen, dass die Politiker den Wettbewerb nicht durch Absperrungen wieder zurückdrehen.

mit Sitz und Stimme im Zentralbankrat der EZB zu werden. Allerdings könnten kleine Länder wie Estland oder Slowenien den Euro schon bald als nationale Währung übernehmen, ohne offiziell Mitglied der Währungsunion zu werden.

Gefährdet das die Stabilität des Euro?

Nein, dazu sind diese Länder zu klein. Große Länder wie Polen und Ungarn müssen erst die Beitrittskriterien zur Europäischen Union erfüllen, bevor sie Mitglied der Währungsunion werden können. Das kann noch einige Zeit dauern.

Bonner Professor im Böhr-Team

LANDTAGSWAHL Kühnhardt berät CDU-Spitzenkandidaten

MAINZ/BONN. Als neue Mitglieder seines „Kompetenzteams“ hat der Spitzenkandidat der rheinland-pfälzischen CDU zur Landtagswahl, Christoph Böhr, gestern in Mainz die Professoren Ludger Kühnhardt und Michael Wolffsohn vorgestellt. Sie sollen in dem Beraterkreis für Bildungs- und Wissenschaftspolitik sowie für Kultur- und Integrationspolitik tätig sein.

Kühnhardt ist Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung in Bonn. Er fordert eine neue Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz. Das Land verfüge über exzellente Wissenschaftler und lebe in einer Kernzone Europas. Dennoch habe Rheinland-Pfalz in Wissenschaft und Forschung den Anschluss verloren. Wolffsohn, Historiker und Autor wissenschaftlicher Literatur, will sich in der Kultur- und Integrationspolitik für weniger Bürokratie und die Förderung der Eigeninitiative einsetzen. dpa

ZEI-Direktor spricht im Internationalen Ausschuss

Professor Ludger Kühnhardt, seit gut drei Jahren Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI), wird am heutigen Dienstag zu Beginn der Sitzung des Ausschusses für Internationale Beziehungen und Lokale Agenda über Aufgaben und Ziele seiner Institution sprechen. Das teilte Ausschussvorsitzender Ulrich Hauschild mit. Der Vortrag Kühnhardts sei Auftakt einer Reihe von Informationen aus Institutionen der Internationalen Zusammenarbeit, „die dem Kennenlernen wichtiger »Mitspieler« auf dem internationalen Sektor dienen und dem Ausschuss als kommunalpolitisches Service-Gremium Rechnung tragen soll“.

Nach dem Besuch Kühnhardts befasst sich der Ausschuss unter anderem mit Anträgen Bonner Vereine auf Fördermittel des Landes für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit und mit dem Doppelhaushalt 2001/02. Die Sitzung beginnt um 17 Uhr im Ratssaal des Stadthauses, Berliner Platz 2. kris

„DER INTENSIVE WETTBEWERB IN EUROPA WIRD VERHINDERN, DASS DIE UNTERNEHMEN IHRE PREISE NACH OBEN SCHRAUBEN“

schlag am Kapitalmarkt ist für diese Länder dadurch verschwunden. Heute zahlen sie praktisch die gleichen Zinsen für langfristige Kredite wie Deutschland.

Hat die gemeinsame Währung die Wirtschaftspolitik verändert?

Der Euro hat die Wechselkursrisiken beseitigt und so die Mobilität der Kapitalströme erhöht. Der verschärfte Standortwettbewerb hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die Regierungen die Steuern gesenkt haben. Jetzt müssen wir aufpassen, dass die Politiker den Wettbewerb nicht durch Absperrungen wieder zurückdrehen.

mit Sitz und Stimme im Zentralbankrat der EZB zu werden. Allerdings könnten kleine Länder wie Estland oder Slowenien den Euro schon bald als nationale Währung übernehmen, ohne offiziell Mitglied der Währungsunion zu werden.

Gefährdet das die Stabilität des Euro?

Nein, dazu sind diese Länder zu klein. Große Länder wie Polen und Ungarn müssen erst die Beitrittskriterien zur Europäischen Union erfüllen, bevor sie Mitglied der Währungsunion werden können. Das kann noch einige Zeit dauern.

WALTER FISCHER

Das Gewicht der Kultur in der Politik

ZEI/ZEI-Seminar über Politik und Regierungsführung im Mittelmeerraum

Bonn (epi). In welchem Umfang bestimmen kulturelle Traditionen und Verhaltensweisen die Politik und das Funktionieren der politischen Institutionen? In einem Seminar, das vom Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEI) und dem Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) veranstaltet wurde, gingen Fachleute der Frage nach, wie Kultur die Politik beeinflusst. Der Mittelmeerraum wurde als Szenario gewählt, da kulturelle Unterschiede in den verschiedenen Teilen dieser Region besonders deutlich hervortreten und die angestrebte Zusammenarbeit zwischen der EU und den Mittelmeerstaaten (Barcelona-Prozess) durch die kulturelle Vielfalt der Teilnehmer in besonderer Weise auf den Prüfstand gestellt wird. Zu den Rednern der Veranstaltung gehörte u.a. Prinz El Hassan bin Talal von Jordanien, Präsident des Club of Rome und Förderer des internationalen Dialogs der Glaubensgemeinschaften.

Kultur im ursprünglichen Sinne ist als dynamischer Prozess zu verstehen, der heute von zahlreichen Faktoren wie der internationalen

Mobilität und Migration, der weltweiten Informations- und Wirtschaftsvernetzung und Veränderungen in der Werteskala beeinflusst wird. Positiv betrachtet können kulturelle Veränderungen den Weg zu partizipativen politischen Systemen und wirtschaftlichen und sozialem Fortschritt auch in Fällen öffnen, in denen traditionelle Verhaltensweisen bisher eher hemmend wirkten. Keineswegs wirke, so das Fazit des Seminars, die Kultur monokausal auf einen politischen oder sozialen Entwicklungsstand.

Ihre Bedeutung würde es erfordern, den dritten Korb des Barcelona-Prozesses, der auf eine Partnerschaft im sozialen, kulturellen und humanen Bereich abzielt, besonders zu fördern. Es wurde kritisiert, dass dieser Bereich nicht ähnlich dynamisch angegangen wird wie die Bereiche Sicherheit und Wirtschaftspartnerschaft. Außerdem wurde der EU vorgeworfen, dass sie mit dem Barcelona-Prozess nur vor ihrer Haustüre Ordnung schaffen wolle, ohne die wirklichen Interessen der Partner in Maghreb und Mashrek zu berücksichtigen.

Telekommunikation

BONN. Die Zukunft der Telekommunikationsordnung steht im Mittelpunkt einer neuen Sommerschule, die das Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) mit der VIAG Interkom vom 24. bis 28. September in Bonn durchführt. Im Anschluss an die Sommerschule wird Studierenden die Möglichkeiten eröffnet, an einem einjährigen Trainee-Programm teilzunehmen. Die Sommerschule richtet sich an Studierende der Rechtswissenschaft und Referendare aus ganz Europa. Bewerbungsschluss ist der 12. April 2001. Infos: Silke Hinrichs, Tel. 0228/73-4936, E-Mail: s.hinrichs@uni-bonn.de mre

„Das Versandverbot für Arzneimittel ist rechtswidrig“

Bundesregierung sollte Sicherheitsstandards für Internet-Apotheken festlegen

Monetaristen warnen vor einer Lockerung der Euro-Geldpolitik

Markt erwartet für heute keinen EZB-Zinsschritt

Von Norbert Häring, Frankfurt

Ein Tag vor der heutigen Sitzung des Rates der Europäischen Zentralbank (EZB) hat eine Gruppe akademischer EZB-Berater die Notenbanker davor gewarnt, eine aggressive Zinsenkungspolitik nach dem Muster der US-Notenbank zu verfolgen. „Die jüngste Zinssenkung um 25 Basispunkte könnte sich als verfrüht herausstellen“, sagte der Sprecher der Gruppe, der Bonner Wirtschaftsprofessor Jürgen von Hagen.

Derzeit müsse alles vermieden werden, was Inflationserwartungen aufleben lassen und dadurch Zweitwährungsdefizite etwa bei den Löhnen hervorrufen könnte, heißt es in der Erklärung der EMU-Monnet-Gruppe, der neben von Hagen und seinem Bonner Kollegen Manfred Neumann Professoren aus Frankreich, den Niederlanden, Italien und Großbritannien angehören.

In einem vorbereitenden Papier für die Diskussion der Gruppe argumentiert von Hagen allerdings noch, dass zuletzt stark rückläufige Wach-

stum, der Geldmenge M1, deute auf eine zu restriktive Geldpolitik. „Die Wirtschaft des Euro-Zones könnte sich durchaus auf die erste geldpolitisch hervorgerufene Rezession zu bewegen, wenn die EZB nicht weiter die Geldpolitik lockert“, heißt es in dem Papier. Nach eigenen Aussagen ließ sich der Monetarist aber von seinen Kollegen überzeugen, dass ein Absinken des Wirtschaftswachstums unter zwei Prozent unwahrscheinlich sei.

„Ich habe meine Ansicht im Verlauf der Diskussion geändert“

Oskar von Hagen

Einig zeigte sich die Gruppe in der Kritik an der EZB-Begründung für die jüngste Zinssenkung. Der Verweis auf freiverfügbare Daten für die Geldmenge M3 sei fragwürdig. Die Glaubwürdigkeit der EZB habe großen Schaden erlitten, sagte der Pariser Ökonom Patrick Artus.

Die EZB-Berater in der Geschäftsbank erwarten in ihrer großen Mehrheit vorerst keine Zinssenkung. Die Futuris und Forward am Geldmarkt signalisieren die Erwartung, dass eine kleine Zinssenkung auf 4,25 Prozent im August kommt.

LEITARTIKEL Seite 31

Die Frage, ob die niederländische Internet-Apotheke DocMorris in Deutschland Medikamente verkaufen darf, wird der Europäische Gerichtshof voraussichtlich erst in zwei Jahren entscheiden. Ist bis dahin das Thema vom Tisch?

Nein. Wer glaubt, durch die Ende Mai gegen DocMorris N.V. ergangenen Verbotsurteile werde die Einführung des grenzüberschreitenden Internet-Handels mit Arzneimitteln nach Deutschland endgültig verhindert, unterliegt einem Irrtum. Zwar wurde es der Apotheke durch das Kammergericht Berlin und das Oberlandesgericht Frankfurt in zweiter Instanz untersagt, apothekenpflichtige Arzneimittel nach einer Internet-Bestellung an Kunden in Deutschland zu versenden. Die Verbotsentscheidungen haben jedoch bewirkt, dass das Thema noch intensiver als vorher durch die Europäische Kommission in Brüssel bearbeitet wird.

Diese wird die prekäre Lage für die europäischen Internet-Apotheken, die nach den deutschen Verbotsentscheidungen gesteuert ist, auf ihre Verträglichkeit mit Gemeinschaftsrecht überprüfen. Die Kommission könnte die Bundesregierung auch außerhalb eines förmlichen Verfahrens höflich, aber nachdrücklich darauf hinweisen, daß die mit einem grenzüberschreitend wirkenden Versandverbot für apothekenpflichtige Arzneimittel verbundene Beschränkung des zwischenstaatlichen Handels nur dann zulässig wäre, wenn der Schutz der öffentlichen Gesundheit gefährdet wäre.

Genau das behaupten die deutschen Apotheker...

Das ist jedoch nicht der Fall. Denn beim Versand von im Internet bestellten



Christian Koenig

Arzneimitteln kann der Apotheker seine Beratungs- und Kontrollfunktion ebenso gut erfüllen wie bei der Übergabe des Medikaments in der Apotheke. Dies kann durch spezielle Qualitätskriterien und Sicherheitsstandards für Internet-Apotheken – insbesondere durch Beratung mit Mitteln der Telekommunikation – abgesichert werden. Das deutsche Versandverbot stellt daher eine unverhältnismäßige und damit gegen den Grundsatz der Warenverkehrsfreiheit verstoßende Maßnahme dar.

Ist die EU-Richtlinie zum elektronischen Handel für Medikamente von Bedeutung?

Die Untersagung des grenzüberschreitenden Arzneimittel-Versands hat erhebliche Auswirkungen auf den E-Commerce, der durch die fehlende Möglichkeit der Auslieferung faktisch behindert wird. Auch wenn die bis Anfang nächsten Jahres durch die Mitgliedstaaten umzusetzende E-Commerce-Richtlinie der EU nur auf elektronisch erbrachte Dienstleistungen und nicht auf den Versand und die Auslieferung von Arzneimitteln anwendbar ist, so wird doch durch das Versandverbot ein bedeutender Wachstumsmarkt von Internetgestützten Geschäften mittelfristig ausgeschlossen.

In Deutschland gelten restriktive Bestimmungen für die Arzneimittelwerbung.

Die Bestellung von Arzneimitteln in EG-staatlichen Internet-Apotheken darf nicht durch nationale Vorgaben zur Heilmittelwerbung praktisch unmöglich gemacht werden. Deshalb muß es den Apotheken beispielsweise möglich sein, digitale Bestellformulare auf ihren Web-Seiten zu präsentieren. In Bezug auf den Internet-Auftritt, der als digital erbrachte Dienstleistung

angesehen wird, ist zudem das Herkunftslandprinzip zu beachten. Danach gilt für die Online-Werbung grundsätzlich nur das Recht desjenigen Mitgliedstaates, in dem die Online-Apotheke ihren Sitz hat.

Nach dem Fall Lipobay ist die Öffentlichkeit sensibilisiert für Risiken von Medikamenten. Wie kann die Arzneimittel-sicherheit beim elektronischen Handel gewährleistet werden?

Das von den deutschen Apothekern verfolgte Ziel eines effektiven Gesundheits- und Verbraucherschutzes unterstützen sich nachdrücklich. Allerdings kann ein effektiver Schutz der Verbraucher – angesichts der ohnehin stattfindenden grenzüberschreitenden Internet-Bestellungen – gerade nicht durch die Aufrechterhaltung nationaler Versandverbote erreicht werden. Vielmehr ist eine inhaltliche Regulierung erforderlich, um den Verbrauchern Kriterien an die Hand zu geben, mit deren Hilfe sie seriöse Internet-Apotheken erkennen können. Darüber hinaus kann durch geeignete Regulierungsinstrumente die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung auch im Falle der Zukunftsrisiko des internetgestützten Arzneimittelvertriebs sichergestellt werden. Zudem kann durch spezielle technische Infrastrukturen die Arzneimittelsicherheit und die pharmazeutische Betreuung eher noch verbessert werden. So können Versand-Apotheken mit Hilfe des Internets ein Drug-Monitoring betreiben, indem sie ihre Kunden beispielsweise über neue Risiken informieren und sie im Fall von Arzneimittel-Rückrufen wie bei Lipobay warnen.

Christian Koenig ist Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Universität Bonn. Er hat im Auftrag der European Association of Mail Service Providers (EAMSP) ein an die EU-Kommission gerichtetes Memorandum erstellt.

Die Fragen stellte Heinz Stöwe. Foto: Archiv

Behind the Barbed Wire, Some Advice for Bush at Davos

Protesters Make Heavy Security a 'Fact of Life'

By Tom Buerkle
International Herald Tribune

DAVOS, Switzerland — This ski resort has traditionally relied on Alpine charm and informality to provide a conducive environment for corporate chieftains and government leaders to mix it at the annual World Economic Forum. But this year, steel barbed wire, barbed wire and rifle-toting police officers have given the forum an altogether different look.

The Swiss authorities have mounted the biggest security operation in the 30-year history of the forum to guard against possible disruptions by anti-globalization activists. But far from putting a damper on proceedings, the measures were shrugged off as part of the scenery of international gatherings in the wake of violent anti-globalization protests at meetings of the World Trade Organization in Seattle in November 1999 and of the International Monetary Fund in Prague in September 2000.

"It's unfortunate that we have to provide this kind of security, but these kinds of demonstrations are a fact of life," said Charles McLean, spokesman for the World Economic Forum.

Mr. McLean said that there were fewer last-minute cancellations this year than last and that no one had cited security concerns as a factor.

Unlike the gathering last year, this one includes no Bill Clinton or Tony Blair or anyone from the administration of President George W. Bush. What's more, the forum has sought to address its critics by broadening its program, which this year is titled "Sustaining Growth and Bridging the Divides," and including more representatives from developing countries and nongovernmental organizations.

But an umbrella group of protesters promised to defy a court-ordered ban and go ahead

with demonstrations Saturday. Its Web site declared that the forum's real agenda remained one of creating "a future of profit maximizing and one of the impoverishment of millions of people, north and south."

The threat of violence was enough to prompt the U.S. State Department to issue a warning last week urging Americans "to exercise caution and consider deferring travel to Davos" during the forum. The advisory alerted Swiss tourism officials, who said it threatened to tarnish the image of Davos.

The Swiss authorities clearly are not taking any chances. About 300 members of the Queen's Guard have joined hundreds of police officers drafted from throughout Switzerland to create a protective barrier around the Congress Center, where the forum meetings take place.

If that force, armed with rubber-coated bullets and water cannons, was not enough, 600 members of the defense and civil protection department's militia are on standby. In addition, the Swiss immigration police have been given a list of some 300 undesirable who are to be denied entry to the country.

The Swiss authorities are determined to prevent any repeat of demonstrations last year, when about 1,000 protesters reached shore windows and rocked a McDonald's. Also on the organizers' minds were the demonstrations at a forum event in Melbourne last fall, when thousands of protesters prevented participants from getting into the meeting hall one day. David Hale, an economist at Zurich Financial Services who was caught up in the Melbourne protest, said he was not concerned by the security presence and was confident that the Swiss authorities would prevent any similar disruption of proceedings.

"What can I say? It's become a part of life," Mr. Hale said.

Senior Economists Cast Doubt on U.S. Tax Plan

By Tom Buerkle
International Herald Tribune

DAVOS, Switzerland — Senior international economists remained distinctly skeptical about the merits of the tax cuts proposed by President George W. Bush despite the apparent conversion of the Federal Reserve Board chairman, Alan Greenspan, to the cause of tax reduction on Thursday.

The economists, who were participating in the World Economic Forum here, were unanimous in rejecting the idea that tax cuts are an effective antidote to the slowdown gripping the U.S. economy. Given the time needed to win political support for tax cuts, any reduction would likely take effect when the economy was already in recovery mode, they said.

"I think it requires an unwarranted leap of faith to think you can time a tax cut well enough" to avert a recession, said Alan Blinder, an economics professor at Princeton University and former Fed vice chairman.

Jacob Frenkel, chairman of the sovereign advisory group at Merrill Lynch & Co. and former head of Israel's central bank, said: "By its nature, you will end up fighting the previous war. We have learned too many times that the fine-tuning does not work in this way."

The economists made it clear that their opposition was focused specifically on the \$1.6 trillion tax cut proposed by Mr. Bush during the campaign, not on tax cuts per se. "I think they're too much," Mr. Blinder said.

Mr. Greenspan's endorsement of tax cuts in Congressional testimony Thursday went much further than his qualified expressions of support in the past, but he refrained from commenting directly on the Bush package. He also appeared to straddle the question

of timing. He noted that past attempts to cut taxes "have proved difficult to implement" in the time frame of recessions, but he added, "should current economic weakness spread beyond what now appears likely, having a tax cut in place may, in fact, do noticeable good."

Mr. Frenkel said he had spoken privately with Mr. Greenspan about tax cuts and was in full agreement with him. Tax cuts are good for bolstering long-term supply incentives in the economy, not for moderating the business cycle, he said. "Have a tax structure that's good for the winter and the summer, not a Mickey Mouse plan to deal with the ups and downs of the economy," Mr. Frenkel said.

Juergen von Hagen, professor at the Center for European Integration Studies at the University of Bonn, expressed concern that tax cuts could worsen the U.S. current account deficit by stimulating more consumption that increases imports.

Others worried that fresh fiscal stimulus could tie the hands of Mr. Greenspan and limit the potential for interest-rate reductions. That concern was evident in the U.S. bond market on Thursday as prices fell, and yields rose, as some participants downgraded their expectations for rate reductions.

"The real problem with these tax cuts is they disturb monetary policy," said Kenneth Courie, a senior economist at Goldman Sachs & Co.

Mr. Greenspan may have few such fears because he is aware of the long and uncertain timetable that will confront any tax plan that Mr. Bush sends to Congress. In this view, the chairman was demonstrating political astuteness by supporting tax cuts in principle but giving himself plenty of room to argue about the details later on.

As Mr. Blinder put it, "no Fed chairman wants to pick a fight with a new president right off the bat."